Klassenkampf

10 Jahre

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.40 Mark; durch die Post bezogen 2.50 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH. Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 21045 (Red.); 21047 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag G. m. b. H., Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. — Halle, Freitag, 23. Januar 1931 — 11. Jahrgang * Nr. 19

Berliner Nazi-Versammlung von Kommunisten beherrscht

Die von den Nazis gerufenen Massen geben der KPD. Recht
Goebbels bekommt kein Schlußwort

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 23. Januar.**

Die gestrige öffentliche Versammlung der Nazis gestaltete sich zu einer empfindlichen Niederlage des Reit-…itschen-Goebbels und zu einem gewaltigen ideologischen Sieg des Kommunismus und der proletarischen Einheitsfront.

Auf die Aufforderung der KPD. an Goebbels, in einer ihrer Versammlungen zu der schändlichen Betrugspolitik der Naziführer Rede und Antwort zu stehen, hatte Goebbels, um unserer Abrechnung auszuweichen, eine eigene Versammlung einberufen, zu deren Besuch er die SPD., das Reichsbanner und die „selbständigen" KPD.-Arbeiter aufforderte. Während die SPD.- und Reichsbannerführer feige kniffen und in letzter Minute zum Boykott der Naziversammlung aufforderten, waren die Kommunisten und trotz des Verbots auch zahlreiche SPD.- und Reichsbannerarbeiter der Einladung Goebbels gefolgt. Nachdem der Führer der Berliner Arbeiter, der Reichstagsabgeordnete Genosse Ulbricht, in der Diskussion … Stunden unter größter Aufmerksamkeit auf die Phrasen der … Naziredner mit harten Tatsachen geantwortet, die Naziführer als bezahlte Söldlinge des Finanzkapitals entlarvt und das Programm der sozialen und nationalen Befreiung der KPD. dargelegt hatte

stand die Mehrheit der anwesenden Arbeiter, Angestellten, die ausgeplünderten Mittelständler hinter dem kommunistischen Redner.

Dann wollte Goebbels das Schlußwort halten. Aber er kam nicht dazu. Um von seinem jämmerlichen politischen Bankrott abzulenken, begann er seine Rede mit plumpen provokatorischen Mätzchen und gab damit für seine SA. das Stichwort, die sofort den wohlvorbereiteten Ueberfall auf die Arbeiter im Saal eröffneten.

Aber Goebbels hatte sich verrechnet. Die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter setzten sich gemeinsam zur Wehr und bewiesen, daß sie nicht nur ideologisch, sondern auch wehrhaft zu kämpfen verstehen.

Als dann die Internationale ertönte, erschien Grzesinskis Schupo und begann eine wüste Gummiknüppelattacke gegen die Versammlungsteilnehmer. Die Versammlung war von etwa 4000 Personen besucht. Der Polizeibericht meldet über 100 Verletzte.

Mit Gummiknüppeln gegen die kommunistische Volkstags-Fraktion

(Eig. Drahtm.) **Danzig**, 23. Januar.

In der gestrigen Sitzung des Danziger Parlaments ereigneten sich große Zusammenstöße, in deren Verlauf der Genosse Serotzki auf die Dauer von acht Sitzungen ausgeschlossen wurde. Um den kommunistischen Abgeordneten zu entfernen,

wurden vier Kriminalbeamte und zehn Schutzpolizisten geholt, die mit dem Gummiknüppel gegen die kommunistische Fraktion vorgingen.

Die Sitzung mußte unter ungeheurem Tumult geschlossen werden.

Wuchtige Protestdemonstrationen in Danzig trotz Verbots

(Eig. Drahtm.) **Danzig, 23. Januar.**

Die Kommunistische Partei veranstaltete gegen das von der Danziger Regierung geforderte Ermächtigungsgesetz, das gleichzeitig eine große Zahl neuer Steuererhöhungen vorsieht, wuchtige Protestdemonstrationen trotz Verbots. Die Polizei versuchte an einzelnen Stellen die Kundgebungen der Arbeitermassen zu verhindern, was ihr jedoch nicht gelang. Es kam zu einer Reihe von schweren Zusammenstößen.

Arbeiter verhindern Verteilung sozialfaschistischer Flugblätter vor Film-Wolfen

A.-K. Wolfen. Gestern mittag beim Schichtwechsel versuchte die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie vor den Toren der Film-Wolfen ein Flugblatt zu verteilen, das von gemeinen und verlogenen Angriffen gegen die KPD. und die Betriebszeitung „Der Rote Filmstreifen" strotzte. Die empörten Arbeiter haben den Verteilern die Flugblätter abgenommen und vernichtet. In einer Sonderausgabe des „Roten Filmstreifen" wird zu dem Vorfall Stellung genommen werden.

Hendersons Bemühen um die Kriegsfront gegen die Sowjetunion

Er befiehlt Beilegung des deutsch-polnischen Konflikts

(Eig. Bericht.) **Genf**, 23. Januar.

In der Völkerbundsversammlung gab es ein Rededuell zwischen dem deutschen Außenminister Curtius und dem Außenminister Pilsudski-Polens, Zaleski. Es handelt sich um die Vorgänge bei den letzten polnischen Wahlen. Ebenso wie gegen die Anhänger der anderen nationalen Minderheiten und vor allen Dingen gegen die klassenbewußten Arbeiter in ganz Polen, hatten Pilsudskis Banden gegen die Werktätigen deutscher Nationalität gewütet. Curtius nahm diese Vorfälle zum Anlaß der Angriffe gegen Zaleski. Zaleski gab Uebergriffe der Pilsudski-Leute zu, berief sich im übrigen aber darauf, daß in Deutschland sogar Hindenburg, der Reichspräsident, Ehrenmitglied einer Terrororganisation, nämlich des Stahlhelms sei.

In der gestrigen Sitzung des Völkerbundsrates äußerte sich Henderson, der gegenwärtig den Vorsitz führt, über den deutsch-polnischen Konflikt wegen der Vorgänge in Oberschlesien. Er erklärte, daß es sich bei dem Konflikt keineswegs um eine polnisch-deutsche Angelegenheit handele. Der Völkerbund sei für die Entwicklung der Dinge verantwortlich.

Wenn eine den Völkerbund befriedigende Regelung durch den Berichterstatter für die Minderheitenfrage nicht erreicht wird, so werde er, Henderson, in die Verhandlungen eingreifen, um eine endgültige Entscheidung herbeizuführen.

Die bürgerliche Presse deutet die Erklärungen Hendersons als einen unmittelbaren Druck auf die polnische Regierung, sich mit dem deutschen Imperialismus über die oberschlesischen Streitfragen zu einigen. Der englischen Regierung liege daran, in der oberschlesischen Frage zu einer endgültigen befriedigenden Regelung zu kommen.

Es ist selbstverständlich, daß Henderson nicht aus purer Menschenliebe und Friedensliebe um die Liquidierung der deutsch-polnischen Differenzen sich bemüht, sondern,

daß ihm daran gelegen ist, in dem Teile Europas, der für den Aufmarsch der imperialistischen Armeen gegen die Sowjetunion von größter Bedeutung ist, die einheitliche Front der imperialistischen Feinde der Sowjetunion herzustellen.

Diese Bemühungen Hendersons haben einen realen Inhalt. Das Gerede über die Abrüstungskonferenz des Völkerbundes ist ein Manöver zur Täuschung der Volksmassen.

Erste Bilanz der Delegiertenkonferenzen

Halle, 23. Januar.

Ueber 1400 gewählte Delegierte aus allen Schichten des werktätigen Volkes haben an den 14 Kampfkonferenzen des vorigen Sonntags teilgenommen — mit den fünf Konferenzen, die erst übermorgen tagen werden, wird die Gesamtzahl von 2000 wohl erreicht, wenn nicht überschritten werden. Schon diese Zahlen zeigen, daß

der Kampf gegen die Durchführung der faschistischen Volksausplünderung wirklich zur Sache der breitesten Volksmassen geworden ist.

Zusammensetzung und Verlauf der Konferenzen zeigen aber auch ziemlich klar, wie weit wir in der Organisierung der Einheitsfront des Volkes gegen den Faschismus vorgedrungen sind. Von den Massen der erwerbslosen Arbeiter läßt sich sagen, daß sie im großen und ganzen auf den Konferenzen vertreten waren und daß ihre Delegierten auch auf einer derartig breiten Grundlage gewählt sind, die Voraussetzungen für die ernste Durchführung der gefaßten Beschlüsse gibt.

An der entscheidenden Stelle, in den Betrieben, ist die rote Einheitsfront gegen den Faschismus aber noch durchaus unzulänglich verankert — nur 20 Prozent der gewählten Vertreter waren Betriebsdelegierte.

Am ernstesten stehen die Dinge in den Großbetrieben, von denen eigentlich nur DCF.-Eilenburg und einzelne Abteilungen von Anilin die Wahlen in wirklich befriedigender Weise, d. h. nach Abteilungen und Schichten durchgeführt haben. Die Schwäche unserer Leuna-Vertretung auf den Konferenzen ist eine ernste Mahnung zur Verstärkung unserer Arbeit in diesem entscheidenden Punkte. Auch gute Erfolge in den Mittelbetrieben können nicht darüber hinwegtäuschen, daß

ohne wirkliche, ernste Verankerung in den entscheidenden Großbetrieben die antifaschistische Einheitsfront flügellahm ist und daß die bevorstehende Betriebsrätewahlbewegung, wie die Konferenzen ja ausdrücklich feststellten, zu einer Mobilisierung aller Volkskräfte zur Verwandlung der Betriebe in rote Hochburgen werden muß.

Die Kampfbeschlüsse der Konferenzen gewinnen ihre feste Grundlage erst, wenn es uns gelingt, in den Betrieben, vor allem in den entscheidenden Großbetrieben,

einen revolutionären Vertrauensmännerkörper zu schaffen,

der die Kräfte der Belegschaft gegen Lohnraub und Faschismus zusammenfaßt, der den neugeschaffenen Aktionsausschüssen der Kreise und Orte, den roten Betriebsräten und den Kampfausschüssen der Betriebe die organisatorische Stütze in den Massen der Belegschaft gibt.

Von außerordentlicher Bedeutung sind die antifaschistischen Kampfkonferenzen aber auch in der Richtung der

Verbreiterung der Kampffront gegen Faschismus über das Proletariat hinaus auf die Massen der Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden.

Die Schwierigkeiten, die wir auf diesem Gebiete noch zu überwinden haben, sollen nicht unterschätzt werden: Von den gewählten Kleinbauernvertretern hat nur ein Viertel, von den gewählten Vertretern der Gewerbetreibenden rund die Hälfte an den Konferenzen teilgenommen, während die Vertreter der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen, soweit es technisch möglich, fast vollzählig erschienen. Diese Zahlen spiegeln zweifellos die Rückständigkeiten und den Terror wider, mit denen wir bei unserer Arbeit unter diesen Volksschichten zu kämpfen haben. Aber trotz alledem bedeutet die Tatsache, daß Tausende von Kleinbauern und Kleingewerbetrei-

Brüderlicher Gruß an die KPSU.

Telegramm an das Zentralkomitee und an die Zentrale Kontrollkommission der KPSU.

Das Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands begrüßt mit revolutionärer Freude und voller Solidarität die Beschlüsse der letzten Tagung des Vereinigten Plenums des ZK. und der ZKK. der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

An der Schwelle des dritten und entscheidenden Jahres des Fünfjahrplans, das den endgültigen Triumph des Sozialismus auch in der Landwirtschaft bringen wird, stand Eure Tagung im Zeichen des breit entfalteten sozialistischen Vormarsches auf allen Fronten. Eure Tagung hat gezeigt, daß das Tempo der Erfüllung des Fünfjahrplans in vier Jahren, die eiserne Durchführung der siegreichen bolschewistischen Generallinie gesichert sind.

Das Plenum des Zentralkomitees der KPD. begrüßt erneut die Unversöhnlichkeit Eures leninistischen Kampfes an den zwei Fronten, mit der Euer vereinigtes Plenum seine Beschlüsse gegen alle opportunistischen Elemente faßte. Der verschärfte Kampf gegen die rechtsopportunistischen und trotzkistischen Agenturen des Klassenfeindes, die Entlarvung des Heuchlertums des bankrotten, prinzipienlosen Blocks der rechten und „linken" Opportunisten Lominadse-Syrzow, die schonungslose Ausmerzung jeden Opportunismus in der Praxis, haben Eure großen Erfolge und den siegreichen Eintritt in die Periode des Sozialismus in der Sowjetunion ermöglicht. Die Ersetzung Rykows durch den standhaften Leninisten Genossen Molotow an der Spitze des Rates der Volkskommissare, wird nicht nur vom Proletariat der Sowjetunion, sondern von der Arbeiterschaft der ganzen Welt begrüßt.

Es lebe die Kommunistische Partei der Sowjetunion, das bolschewistische Vorbild für alle Parteien der Komintern!

Es lebe ihr stählernes, leninsches ZK. mit dem Genossen Stalin an der Spitze!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310123-12/fragment/page=0001
DFG

denen an der Delegiertenwahl teilgenommen haben, bedeutet selbst die Zahl der tatsächlich auf den Konferenzen erschienenen Delegierten dieser Schichten

einen gewaltigen Fortschritt gegenüber allem, was wir bisher an Erfolgen auf diesem Gebiete zu verzeichnen hatten.

Die Delegationen der Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden auf den Konferenzen und die Art ihres Auftretens beweisen, was alles in der Sammlung auch breitester Mittelschichten in der revolutionären Front erreicht werden kann und ist uns ein Ansporn, das Erreichte zu festigen, damit die Gewonnen auch wirklich regelmäßig an unseren Arbeiten teilnehmen. Es gilt auch weiterhin Neuland zu erschließen, insbesondere die bisher so stark vernachlässigten Angestellten und Beamten der gemeinsamen Kampffront eingliedern.

Die Frage der Verbreiterung unseres Einflußes, der Heranziehung neuer — und zwar gerade der am meisten gedrückten und am meisten kampfwilligen Schichten in die vorderste Kampffront, haben wir aber vor allem auch zu stellen innerhalb des Proletariats selbst: bei den Landarbeitern, bei den Frauen, bei den Jungarbeitern. In allen drei Richtungen war die Zusammensetzung der Konferenzen noch durchaus unzulänglich, während gleichzeitig das aktive und von den Delegierten mit höchster Zustimmung begrüßte Auftreten der anwesenden Vertreter dieser Gruppen beweist, daß auf den Gütern, bei den Frauen, bei den Jungarbeitern entscheidende Kraftquellen der Volksrevolution liegen, die nur erschlossen werden müssen, um ihre Kraft zu entfalten.

Größere Breite, größere Tiefe der Kampffront — kraftvolleres Eindringen in neue Schichten des werktätigen Volkes —

das sind auch die Notwendigkeiten, die sich aus der Betrachtung der Parteizugehörigkeit der Delegierten ergeben. Das Vorhandensein in der SPD. und NSDAP. organisierter Delegierter ist an sich natürlich schon ein großer Fortschritt — aber auch er beweist nur, daß noch viel größere Schritte getan werden können, wenn wir es verstehen, uns nicht im altgewohnten Kreise zu drehen, sondern an neue Schichten, neue Massen zu wenden, die durch die Krise des Kapitalismus uns zugetrieben werden, und mit denen wir nur die richtige Sprache sprechen müssen, um sie auf den richtigen Weg zu bringen. Wenn — wie es in einzelnen Fällen vorkam, Komunisten den hohen Prozentsatz von KPD.-Mitgliedern in einer Delegation als Erfolg ansahen, wenn sich Parteimitglieder dagegen sträubten, parteilosen Arbeitern bei der Delegiertenwahl den Vortritt zu lassen, wenn es in Torgau sogar soweit gekommen ist, daß die Unterbezirksleitung der Partei Delegierte zu Kampfkonferenzen wählte, — ein Fehler, der dann von der Konferenz natürlich korrigiert wurde — dann ist es klar, daß das Erfassen bisher noch von Sozial- und Nationalfaschisten irregeführter Proleten auf große Schwierigkeiten stoßen muß. Das Auftreten der gewählten SPD.- und NSDAP.-Arbeiter, die in ihrer Mehrheit aktiv fördernd an der Arbeit der Konferenzen teilnahmen und sich auch an der Bildung der Aktionsausschüsse beteiligten, die aber selbst in jenen Fällen, wo sie grundsätzlich abweichende Auffassungen vertraten, der Klärung gute Dienste leisteten, — dieses Auftreten beweist, daß die gemeinsame Not, die Schranken, die unsere Anhänger, von denen der anderen Parteien trennen, weitgehend zermürbt hat und daß es nur eines kraftvollen Anstoßes bedarf, um

entscheidende Schritte zur Zerstörung des Masseneinflusses der SPD. und der NSDAP. zu tun,

die von ihnen irregeführten Massen der gemeinsamen Kampffront gegen die gemeinsamen Feinde einzugliedern.

Die Aussprache, die auf den Konferenzen stattfand und im allgemeinen einen breiten und lebendigen Charakter trug, war ein getreues Abbild der Lage und der Nöte der verschiedenen Schichten des werktätigen Volkes. Ihre Tiefe beweist, daß wirklich schon

die Massen verstehen, daß die Nöte und Kämpfe jeder einzelnen Gruppe des Volkes die Nöte und Kämpfe der Gesamtheit sind.

Was noch wesentlich stärker sein konnte, und hoffentlich auf den fünf Konferenzen des Sonntages noch stärker werden wird, waren die positiven Vorschläge zur Organisierung der Kämpfe. Am stärksten und aktivsten kamen sie von seiten der Erwerbslosen, die am stärksten vertreten waren und deren Not die drückendste ist. Vorschläge auf Durchsetzung bestimmter Forderungen durch Demonstrationen gegen die Staatsorgane, auf gemeinsame Organisierung der Holzbeschaffung, auf energisches Auftreten der Frauen zum Schutze ihrer Kinder von dem drohenden Untergange wurden in zahlreichen Konferenzen gemacht, fanden allgemeine Zustimmung und werden sicher

in Verbindung mit dem internationalen Kampftag der Erwerbslosen am 25. Februar zum Gegenstand des gemeinsamen Kampfes aller Werktätigen werden.

Die Frage des Steuerstreiks spielte in allen Konferenzen eine entscheidende Rolle — die 15 000 Einsprüche gegen die Negersteuer in Halle beweisen, daß hier wirklich eine Volksbewegung vorhanden ist, und den neugewählten Aktionsausschüssen wird sich in der Organisierung dieser Volksbewegung ein breites Betätigungsfeld bieten. Fast wichtiger aber noch war der in zahlreichen Reden der Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden und in den Antworterklärungen der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen zum Ausbruch gekommene Gedanke, daß

Zwangsversteigerungen und Pfändungen bei kleinen Bauern und Gewerbetreibenden durch die vereinte Kraft des werktätigen Volkes verhindert werden müssen.

Die Bündniserklärung der Arbeiter und Bauern auf der Bitterfelder Konferenz ist eine Kundgebung des eisernen Willens zum gemeinsamen Kampf gegen alle Verfolgungen und Bedrückungen im vollen Bewußtsein aller Konsequenzen.

Die entscheidende Aktion nicht nur der Betriebs- und Gutsarbeiter, sondern des ganzen werktätigen Volkes, die Aktion, von der heute entscheidend das Vordringen unseres Gegenangriffs gegen die Durchführung des Faschismus abhängt,

ist der Streik.

Den Chemieproleten, der entscheidenden Industriegruppe unseres Bezirks, steht Lohnraub unmittelbar bevor und selbst die elenden Löhne der Landarbeiter sollen gekürzt werden. Die Parole eines Landarbeitervertreters auf der Bitterfelder Konferenz:

„Kein Korn kommt in die Erde, wenn der Lohn gekürzt wird!“

muß zum Signal für uns alle werden,

zum Frühjahrsanbau den Angriffsstreik der Landarbeiter um ein menschenwürdiges Dasein zu organisieren, der neben dem Streik der Chemiearbeiter, neben dem Kampf der Bergarbeiter und der Eisenbahner zum entscheidenden Hebel unseres gemeinsamen Kampfes werden wird.

Der Organisierung des Streiks, des Streiks vor allem an den entscheidenden Punkten gilt unser Kampf um rote Betriebsräte, der insbesondere in den chemischen Betrieben und ganz besonders im Leuna-Werk zu einer entscheidenden Auseinandersetzung um die Organisierung des entscheidenden Stoßtrupps gegen den Faschismus werden wird. Der Organisierung des gemeinen Kampfes dienen die

Aktionsausschüsse,

die auf sämtlichen Konferenzen gewählt wurden und die nun vor der Aufgabe stehen, nicht nur die Berichterstattung und die Bildung örtlicher Aktionsausschüsse zu organisieren, sondern

sich praktische, konkrete Aufgaben zu stellen, unter denen die Mobilisierung der Betriebsarbeiter zum Streik, die Durchführung der Steuerstreikbewegung, die kraftvolle Vertretung der Erwerbslosenforderungen und die Verteidigung der Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden gegen Pfändungen und Zwangsversteigerungen die Hauptrolle spielen wird.

Die Massen des Volkes wollen den Kampf gegen den gemeinsamen Feind. Diesen Kampf zu organisieren, muß unsere dringlichste Aufgabe sein.

Die faschistische Reichswehr

Die kommunistischen Enthüllungen über die Pläne der Reichswehrgenerale durch die Etablier[ung] der faschistischen Diktatur und durch die Ernennung des Herrn von Hammerstein zum Chef [der] Heeresleitung vollkommen bestätigt — Die SPD. sagte „konfuses Gewäsch“ — Die Reichsw[ehr] bereitet zusammen mit Nazis und SPD. Verschärfung der faschistischen Diktatur vor

Von der kommunistischen Reichstagsfraktion ist folgende Interpellation eingebracht worden:

„Die kommunistische Reichstagsfraktion verlangte in der vergangenen Reichstagsperiode in einer Interpellation auf Nr. 1322 der Drucksachen Aufklärung über **die direkte Beteiligung hoher Reichswehroffiziere an faschistischen Umsturzplänen,** wie sie von der kommunistischen Presse u. a. in folgenden Fällen nachgewiesen worden ist:

Verbindung des damaligen Generalmajors von Hammerstein mit dem Landbund-Putschisten Major a. D. von Gaza (Brief des von Gaza vom 26. April 1929).

Verbindung desselben von Hammerstein mit dem Faschisten Freiherrn von Eckerstein-Prötzel (Verein Hirschmann).

Verbindung des damaligen Reichswehr-Ministerialrats Wandersleben mit den faschistischen Studentenorganisationen und dem Stahlhelmführer von Stephani.

Schreiben des ostpreußischen Junkers Graf Eulenburg an den damaligen Chef des Reichsheeres über Offiziersarbeitsge[mein]schaften zwischen Reichswehroffizieren und „zivilen“ Fasch[isten].

Die Regierung des damaligen Reichskanzlers Hermann M[üller] hat die Beantwortung der Interpellation und die Aufdeckung [der] faschistischen Machenschaften verhindert.

Der sozialdemokratische „Vorwärts“ schrieb zu dem Brief [des] von Gaza an Hammerstein:

„Der Brief ist konfuses Gewäsch.“

(Der Abend-„Vorwärts vom 18. September 19[29].)

Dabei lautete die entscheidende Stelle des Brie[fes] wie folgt:

„Die Maßnahmen, die heute notwendig geworden sind, um [zu] retten, kann eine an die heutige Verfassung, an das Parlam[ent ge]bundene Regierung nicht ergreifen, das kann nur ein Dik[ta]tor ... Ich habe das Gefühl, daß Sie unserem Lande [einen] großen, sehr großen Dienst erweisen können. Sie werden [...] wer die Persönlichkeit aus der Reichswehr sein kann, die di[e ...] macht. Ich glaube bestimmt, daß der Reichspräsident schon in [...] Zeit den § 48 wird brauchen müssen.“

Die Entwicklung in dieser Zeit, seit der Brief geschrieben [wor]den ist, beweist, wie gut die faschistischen Kreise innerhalb [und] außerhalb der Reichswehr über den Kurs der Entwicklung [zur] faschistischen Diktatur unterrichtet waren und sind. [...] Hammerstein ist mittlerweile zum Chef des Reich[s]heeres befördert worden; von Wandersleben [...] ebenfalls avanciert.

Die Verbindungen des Reichswehrministeriums [zu den] faschistischen Studentenorganisationen beste[hen] nach wie vor unter Leitung von Wandersleben. Regel[mäßig] finden Kurse studentischer Organisationen durch Beauftra[gte des] Reichswehrministeriums statt über alle Fragen des militär[ischen] Wissens, einschließlich von Gaskursen, die sogar unter Leitung [von] Reichswehroffizieren und -beauftragten in Universitätsräumen gehalten werden.

An der Aufstellung und Bewaffnung der faschistischen Selbstschutzorganisationen in Schlesien und Oberschlesien sind Reichswehroffiziere direkt beteiligt,

z. B. Hauptmann von Rinteln von der Abwehrstelle in [Bres]lau, gemeinsam mit dem Beauftragten Severings und den [Ver]trauensleuten der faschistischen Organisationen, z. B. Major [...]kirch-Oppeln, Grabowski-Gleiwitz, Hartlieb für Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.

Hinzu kommt noch, daß die Unterbringung nationalsozialisti[scher] Parteimitglieder in der Reichswehr jetzt planmäßig betrieb[en] wird.

ebenso erfolgt neuerdings ganz offen die Registrierung der nati[onal]sozialistischen Offiziere in der Reichswehr durch besondere Be[...] der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

Ist die Reichsregierung bereit, sich im Reichstag zu diesen [Vor]gängen zu äußern?“

Mißglückte Reinwaschungsversuche der Sozialfaschisten

wegen der Riesensubventionen für die Mansfeld A.-G.

Das „Volksblatt“ sucht in seiner gestrigen Nummer nachzuweisen, daß die von den Nazis und Sozialfaschisten gemeinsam der Mansfeld A.-G. bewilligten Subventionen „im Interesse der Mansfelder Arbeiter“ gewährt worden seien. Welches Interesse die Mansfeld-Kumpels daran haben, daß ihren Ausbeutern, die an Otto Wolffs Stolberg-Spekulation 4½ Millionen verloren haben, 7 Millionen Mark Steuergelder in den Rachen geworfen werden, weiß der Teufel. Was die Stillegungsdrohungen der Mansfeld A.-G. betrifft, so hat diese selbst durch die Anlage des neuen Riesenschachtes bei Burgsdorf bewiesen, daß diese Drohungen ein ganz gewöhnlicher Bluff sind: ein Unternehmen, das vor dem Untergange steht, erweitert seine Anlagen nicht. 1,6 Millionen Reichsgelder werden der Mansfeld A.-G. ausdrücklich „zum Zwecke der Betriebsverbesserung“, also im wesentlichen für den neuen Schacht, bewilligt — die deutsche Bourgeoisie weiß, wie „linke“ Sozialdemokraten selbst zugegeben haben, sehr gut, daß die Mansfeld-Betriebe im höchsten Grade kriegswichtig sind — und

zum Zwecke der Kriegsrüstung werfen SPD. und Nazis den Otto Wolff und Konsorten die Steuergelder in den Rachen.

Auf das blöde Gerede des Herrn Hertz gegen unseren Antrag auf Staatsunterstützung für die Mansfeld-Proleten näher einzugehen, lohnt nicht der Mühe. Würde Herr Hertz seinen Wahlkreis kennen, so müßte er wissen, daß die Wohlfahrtskassen der Gemeinden schon lange „das zweite Lohnbüro der Mansfeld A.-G.“ sind, daß Tausende von Kumpels — ganz abgesehen von den Gemaßregelten des letzten Streiks — obwohl in Arbeit stehend, unter den entsetzlichsten Bedingungen leben und wirklich nicht erst aufs Pflaster geworfen werden müssen, um auf Unterstützung durch die Kommunen angewiesen zu sein. Die Mansfeld A.-G. wird — schon wegen ihrer Kriegswichtigkeit — nicht stillgelegt werden — aber die Mansfeld-Kumpels wissen auch, wenn sie im Betriebe stehen, sehr gut, wozu die 7 Millionen Subventionsgelder verwendet werden müßten, wenn — die SPD. nicht ebenso wie ihre Nazikollegen

die Hilfe für Otto Wolff und Konsorten der Hilfe für die Kumpels vorziehen würde.

Die Regierung Steeg tritt zurück

(Eig. Ber.) **Paris,** 23. Janu[ar].

Am Donnerstagabend ist die Regierung Steeg bei der Ab[stim]mung über die Interpellation des Abgeordneten Buyat in [der] Minderheit geblieben. Gegen den Ackerbauminister des Kabin[etts] Steeg Boret waren Vorwürfe deswegen erhoben worden, wei[l] die Absicht der Regierung, den Getreidepreis auf 175 Franken [je] Zentner (1 Frank = zirka 16 Pf.) zu stabilisieren, zur Kenn[tnis] der Getreidehändler gebracht hat, wodurch eine wilde Spekula[tion] einsetzte.

In einer Kabinettssitzung, die noch am Donnerstagabend [statt]fand, hat die Regierung den Rücktritt beschlossen. Dem Präsident[en] der Republik ist das Rücktrittsgesuch des Ministeriums überr[eicht] worden.

Feiger Nazi-Mord an KPD.-Genossen

(Eig. Drahtm.) **Köln,** 23. Janu[ar].

In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag wurde der Ge[nosse] Wilhelm Höschel, der mit mehreren Genossen vor [seiner] Wohnung stand,

durch die Schüsse eines Nationalsozialisten ins Herz getroff[en,] so daß er auf der Stelle verschied.

Die Tat erfolgte ohne die geringste Veranlassung[. Es] hat weder einen Zusammenstoß noch eine Diskussion zwischen [den] Nazis und unseren Genossen stattgefunden. Vier Nazis g[ingen] an unserem Genossen vorüber, einer von ihnen zog im [selben] Moment eine Pistole und schoß wie wild drauflos. Sämt[liche] vier Mordbanditen wurden noch in derselben Nacht verha[ftet.] **Doch macht die bürgerliche Presse bereits krampfhafte Ve[rsuche,] sie reinzuwaschen.**

Deutsche Arbeiterklasse grüßt den Führer der Roten Armee

Telegramm an den Genossen Woroschilow, Moskau

Das Zentralkomitee der KPD. sendet Dir, dem bolschewistischen Führer der Roten Armee, im Namen von Millionen deutscher revolutionärer Arbeiter und Werktätiger die flammenden brüderlichen Kampfesgrüße zu Deinem heutigen 50. Geburtstag. Mit Begeisterung blicken viele Millionen deutscher Arbeiter auf die Verwirklichung des Sozialismus in der Sowjetunion. Mit unerschütterlicher Liebe sind sie mit der roten Arbeiter- und Bauernarmee, dem Schw[ert] der proletarischen Revolution, der internationalistischen Armee des Weltsozialismus verbun[den.] Dein heutiger Ehrentag, Genosse Woroschilow, ist ein Ehrentag der Roten Armee, deren Weg von der Roten Garde des Oktober bis zu ihrer heutigen Größe als Armee des Friedens und [der] wehrhaften Verteidigung des sozialistischen A[uf]baues in der Geschichte unlösbar mit Deinem Namen verb[unden] ist. Unser Gruß gilt gleichzeitig der KPSU., deren Vo[rhut] Du angehörst, der Führerin der siegreichen bolschewistischen Ge[neral]linie.

Wir grüßen Dich mit dem Gruß des deutschen revolutionären Proletariats: Rot Front und versichern damit unsere entsch[lossene] Bereitschaft, das Sowjetland des Sozialismus [mit] allen Mitteln gegen seine imperialistischen, faschistischen [und] sozialfaschistischen Feinde zu verteidigen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101931012З-12/fragment/page=0002

Oberschlesien

Ein unterdrücktes Volk als Schacherobjekt der Imperialisten

In Oberschlesien, in der Ukraine, in Westweißrußland stöhnen die unterdrückten Völker unter dem blutigen Joch des polnischen Faschismus. Und um die geknebelte deutsche Minderheit in Oberschlesien erhebt sich in Genf vor dem Forum des Völkerbundes der imperialistischen Sklavenhalter ein heftiges Wortgefecht zwischen dem Vertreter des faschistischen Polen und dem Außenminister des imperialistischen Deutschland. Berge von Dokumenten und Beschwerdeschriften gegen den polnischen Terror liegen im Genfer Völkerbundssekretariat aufgestapelt. Ungeheuerliche Tatsachen wurden aufgedeckt — Tatsachen von beispielloser Niedertracht.

Unter den von den polnischen Behörden ins Werk gesetzten Zwangsmaßnahmen führen die Dokumente erstens den Zwang an, offene Stimmzettel abzugeben, denn gemäß der Proklamation des Regierungsblockes „können nur Staatsfeinde, vor denen Deutsche, Furcht haben, offen zu stimmen". Ein Rundschreiben des Wojwoden Grazynski erklärte, daß jene, die die Vorschrift der offenen Abstimmung verletzten wollten, von den Insurgenten als Staatsfeinde betrachtet werden würden.

Zweitens führen sie die Streichung zahlreicher deutscher Wähler unter dem Vorwande mangelnder Zugehörigkeit zum polnischen Staate an. Unter den gestrichenen Wählern befinden sich auch solche, die Wahlfunktionen innehatten. Tausende von Streichungsformularen wurden unausgefüllt dem Büro des Regierungsblocks zugesandt, wo die Namen eingetragen wurden. 4000 Wähler wurden auf diese Weise des Stimmrechts beraubt.

Drittens wird angeführt, benützte die Regierung zur Durchführung dieser Gewaltmaßnahmen den Insurgentenverband, der im Jahre 1921 geschaffen worden war, um den Anschluß Schlesiens an Polen zu bewerkstelligen, und zwar auf Veranlassung des gegenwärtigen Wojwoden Grazynski und Korfantys. Die Insurgenten, die 40 000 Mitglieder aufweisen, tragen Militäruniform, Dolch, Revolver und Knüppel und führen Strafexpeditionen durch. Der Vorsitzende der Wahlkommission in Kattowitz beauftragte die Insurgenten, die Wähler zu überwachen, die Stimmzettel zu kontrollieren und jene, die Widerstand leisteten, als Staatsfeinde zu behandeln.

Eine andere Terrororganisation ist der Verband des Marsches nach dem Westen, der in einem Aufruf erklärt: „Wer immer die Kühnheit hat, für die deutsche Liste zu stimmen, setzt sich unangenehmen Folgen aus."

Der Insurgentenverband wird von der Regierung subventioniert und hat zum Ehrenvorsitzenden den Wojwoden von Schlesien. Plakate der Insurgenten waren von polnischen Beamten, Richtern, Eisenbahndirektoren, stellvertretenden Bürgermeistern usw. unterzeichnet.

Viertens zählen die deutsche Note und die Dokumente des Völkerbundes zahllose Strafexpeditionen, Entführungen, Plünderungen und Folterungen der Bevölkerung unter offener Mitwirkung der Polizei auf.

Alle diese Tatsachen wurden vor der gesamten Weltöffentlichkeit angeprangert. Und was geschieht?

Einige Wochen lang lieferten die polnischen Terrorakte in Oberschlesien dem offiziellen Deutschland einen brauchbaren Vorwand, um durch eine chauvinistische Kampagne von den innerpolitischen Schwierigkeiten abzulenken und den polnischen Nachbar unter Druck zu setzen. Damals vernahm man in der Presse wie in amtlichen Erklärungen starke Worte und offene Drohungen.

Inzwischen ist es merklich ruhiger geworden. Statt mit der Faust auf den Tisch zu schlagen, hat Curtius in Genf nur mit gedämpfter Stimmung eine lästige Pflicht erfüllt. Denn hinter dem polnischen Nachbarn steht das mit England verbündete Frankreich. Und das durch Versailles und Youngplan geknechtete Deutschland, dessen Regierung vor keiner Demütigung, vor keinem Verrat an den Interessen des werktätigen Volkes zurückscheut, um sich mit dem „Erbfeind" von gestern gegen den gemeinsamen Feind der ganzen kapitalistischen Welt, die Sowjetunion, zu verständigen, kann sich keinen offenen und ernsten Konflikt mit dem östlichen Nachbar leisten.

Die unterdrückte deutsche Minderheit in Oberschlesien spielt angesichts dieser Situation für den deutschen Imperialismus nur die Rolle eines brauchbaren Verhandlungsobjekts für die Verständigung mit Polen und seinen westlichen Schutzherren gegen die Sowjetunion.

Auf dem Rücken der Minderheit in Oberschlesien und der Bauernmassen in Deutschland und Polen, die durch die Versailler Grenzregelung im Osten dem Untergang preisgegeben sind, reichen sich die imperialistischen Gegner die Hände zum Bündnis gegen die Sowjetmacht unter Zurückstellung ihrer ökonomischen und politischen Gegensätze, die dadurch nicht aus der Welt verschwinden, sondern durch die Krise vertieft und verschärft auftreten.

Nur Sowjetdeutschland und Sowjetpolen können und werden in brüderlichem Bündnis gemeinsam die nationalen Minderheiten befreien und das Versailler System mit seinen knechtenden und drosselnden Bestimmungen zerreißen.

Rüstet zum Weltkampftag gegen Arbeitslosigkeit am 25. Februar!

Die Arbeitslosen in Budapest erobern die Straße

Riesenkundgebungen im Geldsackviertel — Schwere Zusammenstöße mit der Polizei

Wien, 22. Januar. Aus Budapest wird gemeldet: Die Arbeitslosendemonstrationen, die sich bereits seit einigen Tagen in den verschiedensten Stadtteilen wiederholten, haben heute ihren bisherigen Höhepunkt erreicht. Gegen 11.30 Uhr versammelten sich viele Hunderte von Arbeitslosen vor dem Nationaltheater und demonstrierten laut mit den Rufen: „Wir haben Hunger" und „Wir wollen Arbeit und Brot". Die Demonstranten erhielten fortwährend Zuzug durch Arbeitslose aus den äußeren Bezirken. Die Polizei war nicht imstande, die Kundgebung zu verhindern, sondern beschränkte sich darauf, einzelne Arbeitslose zu verhaften.

Als die Demonstration bereits großen Umfang angenommen hatte, setzte sich die Menge in Bewegung und veranstaltete einen Demonstrationszug auf dem Ring. Die Polizei war auch hier außerstande, dem einen Widerstand entgegenzusetzen und versuchte bloß, die Demonstranten von der Fahrbahn auf den Bürgersteig abzudrängen.

Gegen 12 Uhr traf bei der Polizei die Meldung ein, daß sich die Arbeitslosen des Vorortes Engelsfeld gesammelt hätten und gegen die Stadtmitte zögen. Starke Polizeiabteilungen wurden darauf vom Stadtinnern abgezogen und diesem Arbeitslosenzug entgegengeschickt, um ihn am Weitermarsch zu verhindern. Inzwischen kam es auf dem Ring zu ernsten Zusammenstößen mit der Polizei. An mehreren Stellen ging die Polizei mit der größten Brutalität vor und machte von der blanken Waffe Gebrauch.

Die Kundgebungen dauern in den Nachmittagsstunden noch an. Große Mengen von Arbeitslosen demonstrierten auf dem Ring. Die Arbeiterschaft der ganzen Stadt befindet sich in großer Erregung.

„Die entscheidende Etappe"

Lenins Todestag in der Sowjetunion

Moskau, 21. Januar. Anläßlich des siebenten Todestages Lenins widmet die gesamte Presse dem Andenken des großen Führers des Weltproletariats Artikel und bringt verschiedene Dokumente zum Abdruck. Die „Prawda" veröffentlicht die Erinnerungen der Genossin Krupskaja „Beginn des Krieges 1914". Alle Blätter bringen unveröffentlichte Schriftstücke Lenins: den von Lenin abgefaßten Entwurf der Resolution des ZK. von 1917 anläßlich des oppositionellen Vorgehens einer Gruppe von Mitgliedern des ZK., Sinowjew, Kamenjew, Rykow u. a., einen Brief an die finnischen Genossen, einen Brief an den Justizkommissar Kurski zur Frage der Bekämpfung der Saumseligkeit und des Bürokratismus in den Sowjetinstitutionen, einen Brief an den Verkehrskommissar über die mangelhafte Arbeit des Transportwesens u. a.. Die Blätter bringen auch die Gedenkrede des Genossen Stalin für Lenin auf dem Rätekongresse der Swojteunion am 24. Januar 1924.

Die „Prawda" blickt auf den Weg zurück, den die Partei seit dem Ableben Lenins zurückgelegt hat, und verweist darauf, daß die Partei unter der Führung des ZK. und des Generalsekretärs, Genossen Stalin, keinen Schritt von den Leninschen Beschlüssen abwich, die auf dem 10. Parteitage, der die Hauptwege der neuen Wirtschaftspolitik absteckte, gefaßt wurden.

Auf dem 11. Parteitage im Jahre 1922 sagte Lenin der Partei, daß wir dem letzten entscheidenden Kampfe gegen den russischen Kapitalismus entgegengehen. Die Partei ist jetzt in diesen Kampf eingetreten, indem sie sich die Aufgabe der Liquidierung des Kulakentums als Klasse gestellt hat.

Wir sind bereits in die Periode des Sozialismus eingetreten. Nicht der bäuerliche Kleinwarenwirtschaftssektor, der täglich und stündlich den Kapitalismus zeugt, sondern der sozialistische Sektor spielt auf allen Gebieten unserer Wirtschaft die entscheidende Rolle. Das Fundament der sozialistischen Wirtschaft wird in diesem Jahre vollendet sein. Das wird die entscheidende Etappe für den vollen Sieg der Ideen des großen Führers der Arbeiterklasse nicht nur in unserem Lande, sondern auch in internationalem Maßstab sein.

20 Milliarden für Kriegszwecke

Das Budget des französischen Imperialismus

Paris, den 21. Januar. In der Abgeordnetenkammer hat gestern die Diskussion über das Budget für 1931-32 begonnen, das mehr als 50 Milliarden Franken beträgt, von denen nahezu 20 Milliarden für die Armee, die Flotte und die Luftflotte und mehr als 2 Milliarden für die Polizei vorgesehen sind.

Als der Berichterstatter von dem sich nach Frankreich ergießenden Goldstrom sprach und demzufolge eine Politik der Kapitalausfuhr forderte, sei es durch den Ankauf ausländischer Papiere oder durch die Gewährung von Anleihen in andere Staaten, wurde er von Genossen Cachin unterbrochen, der ihm zurief: „Fahren Sie nur fort, Anleihen an Polen, an Rumänien und Ihre übrigen Vasallen zu geben, damit Sie den Krieg gegen die Sowjetunion vorbereiten!"

Die Meuterer von der „Lucia" vor dem Kriegsgericht

London, 21. Jan. Gegen vier der 30 unter Anklage der Meuterei verhafteten Matrosen des englischen Kriegsschiffes „Lucia" hat der Prozeß vor dem Kriegsgericht begonnen. Gegen die übrigen 26 soll der Kapitän der „Lucia" nach Abschluß des Prozesses vor dem Kriegsgericht vorgehen.

Der erste Fall wurde gestern behandelt. Der angeklagte Matrose wurde für schuldig befunden und zu drei Monaten Zwangsarbeit sowie zur Entlassung aus der Kriegsflotte verurteilt.

Das Kriegsgericht setzte sich ausschließlich aus hohen Offizieren zusammen; auch die Anklage und die Verteidigung wurden von hohen Offizieren besorgt. Infolgedessen bot die Verteidigung alles auf, um die tiefgehende Unzufriedenheit der Besatzung nicht erkennen zu lassen.

Die Strasse ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von

N. Tokunaga

Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin.

17. Fortsetzung

„Herein", sagte Yatsuo. Ein weiterer Kurier, der geschlafen hatte, richtete sich auf und schlang die Arme um die Knie.

Hagimura trat herein.

„Hallo!"

Die drei drehten sich zu ihm. „Neue Berichte?" fragten sie.

„Ja, sehr Wichtiges."

Hagimura setzte sich auf die umherliegenden Zeitungen.

„Da, es ist eilig."

Auf dem Zettel standen mit Bleistift drei Zeilen:

„Am 19. abends wird die Gesellschaft alle entführten Lehrlinge mit Auto in die Mühlenfabrik fahren, zusammen mit den Buchbindemaschinen."

Alle lasen den Zettel.

„Woher kommt das?" erkundigte sich Watamasa ruhig.

„Von Miatji, ich habe ihn vor einer Stunde durch die Genossin Talag Haruki von der Frauenabteilung bekommen."

Die drei Männer überlegten — das eilte — am 19. abends — das heißt heute abend — es galt also keine Zeit zu verlieren.

„Wir wollen es so machen," sagte Watamasa, und die vier Köpfe beugten sich zueinander.

Tomi-tjan, der Kurier, informierte inzwischen Kijose:

„Der Genosse Miatji hat sich selbst der Polizei gestellt."

Die Beratung dauerte fünf Minuten. Nakai schrieb eilends die Befehle.

„Nakai, ich empfehle als Beobachter den Lehrling Hisachita, er ist zuverlässig." Tomi-tjan und Kijose bekamen je einen Befehl.

„Sehr eilig, mit Auto ... seid vorsichtig," mahnte Yatsuo die beiden. Sie verschwanden durch die Tür in der Wand und liefen in verschiedenen Richtungen davon.

„Das hat man an die Gesellschaft geschickt," sagte Hagimura und nahm einen Zettel aus der Tasche, seine linke Hand wärmte er am Ofen.

„Ist das die genaue Abschrift?" Watamasa faltete den Zettel auseinander:

Resolution.

Der Streik der Daido-Drucker zeigt deutlich, wie frech die Gesellschaft den Arbeitern das Recht auf ihre Existenz rauben will. Deshalb sprechen wir, die Eltern und Brüder der Lehrlinge, den 2500 Streikenden unsere Sympathie aus und stimmen dafür, daß während des Streiks unsere Söhne und Brüder die Arbeit niederlegen.

Vertreter der Eltern und Brüder der Lehrlinge.
Genziro, Hisachita und weitere 32 Eltern.

„Ho, ho!" Alle bejahen den Zettel.

„Man muß diese Lehrlinge schleunigst befreien."

Hagimura haßte das Lehrlingssystem, das er alle Tage mit ansehen mußte. Die Ausbeutung der Lehrlinge war noch schlimmer als die der Arbeiter.

„Ist eigentlich allerhand, daß noch im ganzen Osten das feudalistische Gildensystem selbst in den modernsten und fortschrittlichsten Fabrikationszweigen weiterlebt. 300 Lehrlinge arbeiten allein in der Daido-Druckerei."

Watamasa und Yatsuo sahen sich an. Sie zeigten beide das gleiche bittere Lächeln. Hagimura kannte Watamasa schon sieben oder acht Jahre, seit der ersten Bewegung gegen das „Gesetz für Ruhe und Ordnung". All die Zeit hatte Watamasa ausschließlich für die Bewegung gearbeitet. Hagimura blieb in der Fabrik und tat dort seine Pflicht, und so hatten sie in den letzten drei Jahren keine Gelegenheit gefunden, sich zu sehen. Aber er erinnerte sich noch genau, wie er und Watamasa, zusammen mit Kawai und Yamagishi, die dann vom Militär ermordet wurden, bei dieser Kampagne in einer Polizeizelle gesessen hatten. Zuverlässigkeit und Treue waren in die Stirnfalten dieses Dreißigjährigen eingegraben. Sein Kimono mit den schmalen Aermeln war noch derselbe, den er vor acht Jahren getragen hatte.

„Ach, das paßt ja, daß du gerade jetzt gekommen bist; hilf mir einen Augenblick, hast du Zeit?" fragte Watamasa, dem die Anwesenheit Hagimuras sehr gelegen kam.

„Ja, ich habe noch eine Stunde Zeit. — Was gibt es?"

„Wir wollen eine Karte der Fabrik und ihrer Umgebung machen und du weißt doch sicher gut Bescheid dort," sagte Nagai.

„Ja, natürlich, ich kenne jeden Abort."

Alle lachten und Hagimura trat an den Tisch.

„Die Umgebung der Fabrik haben wir nach dem Plan von Tokio eingezeichnet, aber wichtiger ist der weiße Fleck hier, wo wir den genauen Plan der Fabrikanlage einzeichnen wollen."

„Nichts leichter."

Hagimura nahm einen neuen Bogen und begann zu zeichnen.

„Dieser Privatweg, der zwischen der rechten und linken Werkstatt durchführt, ist ungefähr 360 Meter lang, er macht an dieser Stelle einen Bogen und endet am Abhang des botanischen Gartens. Das linke Seitentor geht nach Shimizudani, das rechte nach dem Abhang Densuin, verstehst du, und die Aus- und Eingänge sind ..." beschrieb Hagimura jede Einzelheit der Lage. Er kannte die Fabrik viel genauer als die Zahl der Strohmatten in seinem Zimmer*. Den größten Teil seines Lebens hatte er in dieser Fabrik verbracht.

Alle Eingänge der Fabrik wurden mit roten Strichen bezeichnet und bald war mit Hagimuras Hilfe die Karte fertig.

Hagimura konnte sich schon denken, wozu man diese Karte brauchte; das war keine Sache, nach der man fragte.

Es war im Zimmer fast dunkel geworden. Yatsuo drehte am Schalter.

„Es wird Zeit." Watamasa dachte an den Boten, da klingelte es.

„Telephon ..."

Yatsuo ging an den Apparat, der in der Ecke des Zimmers verborgen war und nahm den Hörer.

„O, von Hisachita ...," sagte er zu den andern hin.

2. Revolverschüsse

An der Kreuzung der Susageijastraße, im Verwaltungsbezirk Koishikawa, neben dem roten Kasten des öffentlichen Fernsprechers, rechts an der Ecke des Geishaviertels von Hakusan schlenderte ein Junge mit breiten gelben Matrosenhosen herum. Das war Hisachita, den Hagimura vor einer Stunde im Restaurant „Kanarienvogel" empfohlen hatte und den sie aus 300 Lehrlingen ausgewählt hatten.

(Fortsetzung folgt)

* An Stelle von Teppichen sind die japanischen Zimmer mit Strohmatten ausgelegt, die in einer Normalgröße hergestellt werden, nach denen im Volke die Größe des Raumes angegeben wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310123-12/fragment/page=0003

„Germania“ bestätigt Sparpläne der Brüning-Regierung

300 bis 500 Millionen sollen am Sozialetat gestrichen werden

In einer Polemik gegen die Volkspartei, die bekanntlich die Forderung aufgestellt hat, das Defizit des Reichshaushaltes durch die Streichung von mindestens 300 bis 500 Millionen am Sozialetat zu verringern, gibt die „Germania“ unumwunden diesen Plan zu. Sie schreibt u. a.:

„Auch wir halten es für kaum vermeidbar, daß auf der Ausgabenseite des Etats weitere Abstriche gemacht werden. Wir unterstützen also das Verlangen nach weiteren Ausgabensenkungen, die aber nicht nach der Vorliebe einzelner Parteien für diese oder jene Ersparnismöglichkeit, sondern nur rein sachlich ausgesucht werden dürfen.“

Der letzte Satz enthält zugleich den Grund, weshalb die „Germania“ gegen die Volkspartei polemisiert. Das Zentrum muß gewisse Rücksicht auf die christlichen Arbeiter nehmen. Die laut hinausgeschriene Forderung der schwerindustriellen Volkspartei, die „Einsparung“ am Sozialetat vorzunehmen, nachdem bereits im Etat alle Mittel für die Arbeitslosenfürsorge gestrichen worden sind, muß auch die christlichen Arbeiter gegen die Brüning-Regierung mobilisieren. Das Zentrum wünscht diesen neuen Raub an der Arbeiterklasse und den anderen notleidenden Schichten der Bevölkerung in aller Stille durchzuführen. Das lärmende Auftreten der Volksparteiler hat dem Zentrum das Konzept verdorben. Aber einig ist es mit der Schwerindustrie in dem Bestreben, die arbeitenden Massen in noch stärkerem Maße auszuplündern.

SPD. für Schnellgerichte

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 23. Januar.**

In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages forderten die Kommunisten bei der Beratung des Justizetats u. a. die sofortige Aufhebung der Schnellgerichte, die ihrem ganzen Wesen nach sich nur gegen die revolutionäre Arbeiterklasse richten und deren Urteile einer ausgesprochenen Rachejustiz gleichkommen. Ausgerechnet der schwerreiche sozialdemokratische Rechtsanwalt Marum verteidigte die Schnellgerichte und ihre brutalen Urteile.

Druckfehlerberichtigung

In unserem gestrigen Spitzenartikel über die Staatssubventionen für die Mansfeld A.-G. hat sich durch Zeilenverstellung ein sinnstörender Druckfehler eingeschlichen. Es muß in der zweiten Spalte unten heißen:

„Er (Otto Wolff) hat der Mansfeld A.-G. ein großes Paket Stolberg-Aktien zum Preise von 300 Prozent verkauft, die er loswerden wollte, weil sie „faul“ waren, diese Aktien haben heute einen Kurs von 30 Prozent.“

Die Mansfeld A.-G. hat daran 4½ Millionen verloren und dieser Verlust diente ihr samt ihren reformistischen Handlangern zur „Begründung“ des Lohnraubs.

Berichtigung zur Resolution über politische Lage und die Aufgaben der

In der politischen Entschließung des ZK. ist in ... unser Kampf gegen Faschismus, ein wichtiger Satz ... hebung einer Korrekturzeile verstümmelt worden. ... im richtigen Wortlaut nachstehend nochmals wieder.

„Wir müssen die zügellose Kriegsrüstungs- und ... politik des deutschen Faschismus, seine mörderische ... Interventionskrieg gegen die Sowjetunion wie ... Revanchekrieg, vor den Massen entlarven und dem ... das Banner des Internationalismus unserer Partei ...

Wie wird das Wetter?

Sonnabend: Bei stark auffrischenden, zwischen ... schwankenden Winden mehrfacher Wechsel zwischen ... und Eintrübung und Niederschlagsneigung. Temperatur ... lande meist zwischen 5 und 8 Grad Wärme.

Sonntag: Wetterlage unsicher.

Verantwortlich: Ernst Schneller, Berlin, für Politik und ...; Rothe, Halle, für Lokales und Sozialteil; Ella Seidel, Halle ...; Kurt Kühn, Merseburg, für Betriebe und Gewerkschaften; ... Halle für Anzeigenteil.

Frauenduschen ◆ Spülapparate ◆ Gummi...

Wie in jedem Jahr um diese Zeit bringe ich meine bekannte

Sonderverkaufs-Veranstaltung

Paul Ehlert Nfg.

Große Warenmengen, am Lager im Preis bedeutend herabgesetzt, sowie besondere Gelegenheitskäufe, werden außergewöhnlich billig verkauft. Aber nicht die Preise allein, sondern das dafür Gebotene wird überraschen.

Alle Waren, mit Ausnahme einiger Markenartikel, die nicht schon im Preise herabgesetzt sind, erhalten einen Abzug von **10%**

Einen kleinen Auszug der Preise bitte ich in der morgigen Ausgabe dieser Zeitung zu beachten.

Walhalla

Die entzückende Operette **Der Tanz ins Glück** ist Halles Stadtgespräch

Sonntag, nachm. 4 Uhr 313 **Familien-Vorstellung** Kl. Pr. 0,50–2,50 M. Kinder die Hälfte

Stadt-Theater

Heute, Freitag 20 bis 22½ Uhr **Die Geisha** Operette von Sidney Jones

Sonnabend 20 bis 22 Uhr 314 **Hänsel u. Gretel** Märchenoper von E. Humperdinck

Gültig: bei dritten Stammkarten „Rat“ erbeten

Thalia-Theater

Sonnabend, 24. 1. 20–22½ Uhr **Der keusche Lebemann** 31? Schwank von Arnold und Bach

Sonntag, 25. 1. 20 bis 22½ Uhr **Der Mustergatte** Schwank von Avery Hopwood

Inserenten fordert Offerten über Druckarbeiten ein

Burg-Theater Große Gosenstraße 12 Nur heute bis Sonntag

Quartier Latin

(Paris, du Stadt der Liebe) mit Carmen Boni u. Ivan Petrovich

Außerdem: Neuer Schäferhundfilm „Qualen der Schuld“

Otto Penzel Zschornewitz

Ulzerin-Tee Das bewährteste Blutreinigungsmittel 156 **Adler-Apotheke, Wittenberg**

Immer am billigsten H.

17,– 19,50 22,50

METALLBETTEN 20,– 25,– 28,–

HOLZBETTEN 14,50 17,50 19,–

MATRATZEN

Bettenhaus BRUNO PARIS Kl. Ulrichstr. 2 bis Domplatz 9 Auf Wunsch Zahlungserleichterung

Café „Sport“, Zschornewitz

empfiehlt allen Vereinen zu sämtlichen Veranstaltungen seine Lokalitäten.

UT.-Lichtspiele mit neuzeitigem Programm in ...

Kammerlichtspiele Merseburg

Nur etliche Tage. Der große Musik- u. Geräuschfilm

Der blaue Expreß

Ein Film, durchpulst von glühender Leidenschaft, packend und mit sich reißend in dem ungeheuren Wirbel weltgeschichtlichen Geschehens. Ein Potemkin auf Schienen! Kommt und seht Euch diesen Film an, er ist das sensationellste Filmereignis des Jahres. Ein hinreißendes Werk voll Spannung und Erlebnis-Fiebers. 164

Arbeiter-Rad- u. Kraftfahrer-Verein Kreizschau

Sonntag, 25. Januar findet im Gasthof Döschwitz unser **Vergnügen** statt. Um regen Besuch bitten 303

Der Vorstand Der Wirt

Gasthof „Zum goldenen Löwen“ Brehna

empfiehlt der Arbeiterschaft seine Lokalitäten 152 Inhaber: Alfred Ritter

Allerfeinster Caßler	1 Pfd.	110 ₰
Meine allerfeinst. Molkerei-Mokka-Butter 1 Stück nur		72 ₰
Feine Molkerei-Butter	Stück	62 ₰
Prima Knoblauchwurst	1 Pfd.	100 ₰
Allerf. Schweine-Schnitzel		125 ₰
Allerfeinste Schweine-Leber		98 ₰
Allerfeinste Schweine Nieren		88 ₰
Allerfeinsten geräuch. Speck		80 ₰
Frischer Schmeer	Pfd.	64 ₰
Frische Quer-Rippe		88 ₰
Hühner sowie Gänse		105 ₰

wird von keiner anderen Molkereibutter an Qualität übertroffen, überzeugen Sie sich bitte persönlich. — Sie staunen bestimmt über Geschmack, Aroma usw.

Gänse auch ausgehackt!

Alles ohne Knochen

Kalbskeule frisch	125 ₰
Nierenbraten frisch	115 ₰
Vorderschinken frisch	100 ₰
Schweinefleisch frisch	78 ₰
Zart. Rinderbraten	115 ₰

A. Knäusel Butter, Wurst Fleischwaren

Herabgesetzte Preise

Speisezimmer Große Auswahl 308 825,– 630,– 495,– 395,–

Herrenzimmer Eiche und Nußbaum poliert 790,– 615,– 480,– 315,–

Gebr. Jungblut Halle a. S. [illegible]

Empfehle alle Arten Lebensmittel Tabak, Zigarren, Zigaretten Coswiger Braungeschirr

O. Baumgarten, Zschornewitz Dorfstraße 9

Spezialgeschäft in Haus- und Küchengeräten, Glas und Porzellan 159

Emil Frenzel Zschornewitz, Hauptstraße

Reserviert 161

Schuhhaus Reinhold Elzner Brehna, Bahnhofstraße 31 a Reparatur-Werkstatt 151

Allg. Ortskrankenkasse für die Stadt ...

Am **Freitag,** dem **30. Januar 1931,** ... Restaurant **„Stadtgraben“** um 20 Uhr

Außerordentliche Ausschußsitzung statt

Tagesordnung:

1. Aenderung des am 28. Oktober ... schlossenen Satzungsentwurfs
2. Aenderung der Dienstordnung
3. Bericht über die Neuregelung ... rechtes
4. Anträge und Verschiedenes

Die Herren Vertreter der Arbeitgeber ... Versicherten werden gemäß den Bestimmungen der Satzung hiermit zu dieser Sitzung ...

Der Vorstand: Louis Wagner, ...

Habe mich hier als Reformarzt niedergelassen und wohne **Martinstraße 25 I.** (nächst Leipziger Straße) Sprechzeit: Täglich 10–12½, Uhr 4–6 Uhr 318

Dr. med. Eduard Niggemeyer Reformarzt (Ernährung, natürliche Heilkuren)

Karl Werner Wittenberg, Heubnerstraße Nr. 3 Empfehle den geehrten Hausfrauen meine 157 Fleisch- und Wurstwaren

Gute Romane stehen im „Klassenkampf“

Billige Seefische ...2 Pfd. nur 45 ₰ Echte Sprotten 1-Pfd.-Kiste nur 45 ₰ Neue zarte Schottenheringe 5 Stück nur 45 ₰ Lebendfrische grüne Heringe 5 Pfd. nur 100 ₰ empfiehlt **Hugo Schädel Zeitz** 153

Prima **Fleisch- und Wurstwaren** 154 empfiehlt **Hugo Hoffmann** Roßschlächterei **Weißenfels,** Kirchgasse 1

Gebt für die **Rote Hilfe**

Anzeigen haben im „Klassenkampf“ **Große Wirkung**

Lumpen Zeitungen Knochen kauft 309 **A. Bode** Große Klausstraße 22

TRAUER- BRIEFE U. KARTEN DANKSAGUNGEN LIEFERT SOFORT PRODUKTIV BUCHDRUCKEREI G.M.B.H. ◆ HALLE LERCHENFELDSTRASSE

Marmeladen in hochfeinen Qualitäten

	1 Pfd.	2-Pfd.-Eimer
Himbeer-Konfitüre	80 ₰	155 ₰
Erdbeer- „	85 ₰	165 ₰
Aprikosen- „	70 ₰	135 ₰
Kirsch- „	60 ₰	115 ₰
Ananas- „	85 ₰	165 ₰
Johannisbeer- „	55 ₰	105 ₰
Stachelbeer- „	48 ₰	95 ₰
Pflaumen- „	48 ₰	95 ₰
Apfel-Himbeer Marmel.	45 ₰	90 ₰
Apfel-Erdbeer- „	45 ₰	90 ₰
Vierfrucht- „	38 ₰	75 ₰
Pflaumenmus	45 ₰	90 ₰

Die Preise sind unerreicht, da unsere Fabrik keiner Preiskonvention angeschlossen ist und wir die Ware gleich an den Verbraucher abgeben

Mit Gutscheinen!

W. Paul Pömpner Weißenfels, Jüdenstraße 27 153

Diese Woche **Hasen- und Gänsefleisch billiger!** Große wilde Kaninchen, Pfund von 0 Pf. an. Große frische Hasenklein, 3 Stück 1,10 Mk., u. alles andere Wild und Geflügel

E. Riemer Ladengeschäft Wörmlitzer Straße 101 und Wochenmarkt 317

Heute beginnt unser **Inventur-Ausverkauf** Während desselben ganz besonders billige Angebote in **Konfektion Herrenartikeln Schuhwaren**

Herm. Henze Bitterfeld, am Markt

Stets größte Auswahl in: **Herren- u. Knaben-Kleidung Berufs- und Sport-Kleidung**

Richard Hirschfeldt Wittenberg Collegienstr. 22 und Mittelstr. 51 Konsum-Mitglieder erhalt. vollen Rabatt

Neueingeführt: **Proletarische Schallplatten**

Neueste Aufnahmen, November 1930

Preis pro Stück Mk. 3,–, politische Redeplatten, Vorzugspreis pro Stück nur Mk. 2,50

Verlangen Sie Prospekt und Schallplattentexte

Neu! Das Weihnachtslied des Proleten **„Der neue Stern“** (Text von Erich Weinert, Musik von Hans Eisler, vorgetragen von Renee Stobrowa und „Die Stürmer“). **Preis Mk. 3,–**

Gewünschte Platten werden auf Wunsch vorgeführt!

Versand nach außerhalb (nach vorheriger Bestellung an uns) direkt durch die Proletarische Schallplatten-Zentrale, Berlin, nur gegen Nachnahme!

Alleiniger Vertrieb für den Bezirk Halle-Merseburg **Volksbuchhandlung,** Halle, Lerchenfeldstraße 14

Hausfrauen, kauft nur bei unseren Inserenten!

Wer billig kaufen will kauft **Haushaltwaren** bei **SOBEL** 279 Das Haus der volkstümlichen Preise **Steinweg 45 — Große Ulrichstraße 57 — Im Norden am Reileck**

Statt Karten

Mittwochabend entschlief sanft mein ... Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder, Schwager, der Gastwirt

Wilhelm Vogel

im Alter von 46 Jahren

Halle a. d. S., den 21. Januar 1931

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Frau Else Vogel
Else und Erna als Kinder

Die Beerdigung findet am Montag, ... mittags 3 Uhr, von der Kirche Halle-... aus statt. Etwaige Kranzspenden an ... W. Kniestedt, Hansastraße 1, erbeten

VfB. Halle-Trotha e. V.

Am Mittwochabend erlöste ein sanfter Tod unseren ... genossen, den Gastwirt

Wilh. Vogel

im Alter von 46 Jahren.

Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310123-12/fragment/page=0004
DFG

Das werktätige Dorf

ündung neuer Gutsgruppen der RGO.

erste Antwort auf Lohnraub und Kündigungen bei den arbeitern — Die zweite Antwort muß der Streik zur Zeit der Frühjahrs-Bestellzeit sein

Jessen, 20. Januar.

verschiedenen Orten gehen die Junker dazu über, tarifwidrige ürzungen vorzunehmen. Der tarifmäßige Barlohn beträgt im Schweinitz ganze 25 Pfennig.

einem Gut hat man den Lohn auf 23 Pfennig herabgesetzt, Besitzer eines anderen Gutes hat sogar die Unverfrorenheit, nur 20 Pfennig zu zahlen.

Landarbeiter sind auf beiden Gütern im christlichen Ver-; der rührt sich nicht, er sorgt nicht einmal dafür, daß on ihm abgeschlossene Tarif auch eingehalten wird.

r die Kollegen sind entschlossen, im Frühjahr den Kampf en den Lohnraub aufzunehmen, sie sind allesamt der RGO. beigetreten.

anderen Gütern, so z. B. auf dem Rittergut Grauwinkel bei ewalde, will man den Lohnraub durch Kündigungen vor-en.

ganzen Belegschaft, darunter alte Landarbeiter von 50 bis 60 Jahren, ist zum 30. Juni gekündigt worden.

klar: man will die ständigen Arbeiter los sein, man braucht Winter keine Leute mehr, man will nur noch Saisonarbeiter ftigen.

erdem will man ein gutes Geschäft machen, indem man einige ungen vom Gut abtrennt. Dazu braucht man aber die Guts-erhäuser, um den Bau von Siedlungshäusern zu en. Wo die Landarbeiter bleiben, aus deren Knochen man letzte herausgeholt hat, das kümmert die Herren nicht.

die Kollegen von Grauwinkel haben erkannt, daß sie nur ampf das Herabsinken in immer größeres Elend abwehren n.

sie haben sich der RGO. angeschlossen und sind bereit, die egen von den Nachbargütern zu überzeugen, daß nur die O. durch Verbreiterung des Kampfes im Frühjahr Lohnraub und Entlassungen verhindern kann.

man mit den Landarbeitern umspringt, zeigt ein Beispiel lls von Grauwinkel. Die Frau des Kutschers war im enhaus in Herzberg plötzlich gestorben. Die Beerdigung fand erzberg statt. Der Mann sollte nun am selben Nach-ag wieder auf dem Gut sein, um den Herrn Admini-tor zur Jagd zu fahren. Da er aber nach der Beerdigung Wichtiges mit seinen Verwandten zu besprechen hatte, tele-erte er, daß er erst am nächsten Tag wieder antreten könne.

Er ist am nächsten Tag fristlos entlassen worden.

Das werktätige Landvolk in die Kampffront!

Organisiert den Frühjahrsstreik der Landarbeiter!

Die Vorbereitungskampagne zu den Kampfkonferenzen gegen den Faschismus, sowohl der, die am 18. Januar stattgefunden, als auch der, die am 25. Januar stattfinden werden, hat gezeigt, daß das werktätige Landvolk, Landarbeiter und Kleinbauern, in die Kampffront gegen Lohnraub und Steuerdruck, gegen die faschistische Diktatur sich einzureihen beginnt. Aber die Tatsache, daß auf den 14 Konferenzen, die am 18. Januar stattfanden, von 1339 gewählten Delegierten nur 31 Landarbeiter und 39 Kleinbauern waren, zeigt sehr deutlich, wie außerordentlich groß die Aufgaben auf dem Lande immer noch sind. Dabei sehen wir ganz ab davon, daß sehr viele Kleinbauerndelegierte gewählt waren, z. B. zur Konferenz in Bitterfeld, zur Konferenz in Jessen, dann aber gar nicht oder nur zu einem geringen Teil erschienen. Es bestanden Mängel in der Vorbereitung der Konferenzen selbst, Finanzierung der Delegationen, Ort und Zeit der Tagung. Die entscheidende Rolle aber besteht in einer noch nicht genügenden ideologischen Gewinnung des Landvolkes. Also da muß überall im Bezirk der Hebel angesetzt und gleichzeitig die organisatorischen Arbeiten geleistet werden, ohne die die Verankerung unsereres politischen Einflusses und die Formierung der Kampffront der breitesten Massen des werktätigen Landvolkes unmöglich ist.

Zweifellos hat unser Bezirk in den letztvergangenen Monaten und Wochen mehr als je zuvor sich dem werktätigen Landvolk gewidmet.

Aber von sehr vielen Ortsgruppen muß gesagt werden, daß sie auch heute noch nicht ihre Aufgaben erkannt haben, geschweige denn an deren Lösung herangegangen sind.

Es kommt heute noch vor, daß ländliche Ortsgruppen, die aus Industriearbeitern bzw. aus gelernten Arbeitern bestehen, die in der benachbarten Stadt ihren Beruf ausüben (jetzt zum großen Teil auch erwerbslos sind), gar keine Kenntnis davon besitzen, was die Landarbeiter ihres Wohnortes bewegt, die keinerlei Beziehungen mit den Landarbeitern haben.

Wir haben kürzlich in einem Dorf in der Nähe von Halle die Beobachtung gemacht,

daß die Parteigenossen, die in diesem Dorfe beheimatet sind, nicht einmal wußten, wie groß das Gut ist, das im Dorfe liegt und wieviel Arbeiter auf ihm beschäftigt werden.

Derartige Beobachtungen sind von uns auch früher schon gemacht worden. Solche Genossen in den Dörfern — und zwar handelt es sich dabei um die leitenden Funktionäre — schimpfen nur über die Zurückgebliebenheit der Landarbeiter, darüber, daß sie im Stahlhelm sind (vom Junker gezwungen) und ähnliches. Natürlich ist es nicht immer leicht, die Landarbeiter zu gewinnen. Mit einem gelegentlichen Broschürenverkauf ist es nicht getan.

Unsere Genossen müssen es verstehen, sich das Vertrauen der Landarbeiter zu erwerben. Sie müssen persönliche Beziehungen zu ihnen anknüpfen, ihnen in ihren besonderen Nöten Hilfe leisten.

Dasselbe gilt auch für die Arbeit unter den Kleinbauern. Wo solche Voraussetzungen bestehen oder geschaffen werden, werden Literaturvertrieb und Versammlungen auf einen besonders günstigen Boden fallen, was nicht bedeuten soll, daß ohne diese Voraussetzungen überhaupt keine Versuche zur Gewinnung des Landvolkes gemacht werden sollen. Unser Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes muß zur Grundlage unserer Arbeit auf dem Lande gemacht werden.

In die allgemeine Lohnrauboffensive der Unternehmer fällt der geplante Lohnraub an den Landarbeitern.

Die Unternehmer, das heißt die Großagrarier, haben die Absicht, den jetzt schon erbärmlich geringen Lohn der Landarbeiter um 30 Prozent zu verringern.

Man kann sich vorstellen, was das für die Landarbeiter bedeutet, die in unserem Bezirk in der Spitze 47½ Pfennig Stundenlohn haben. Dabei ist zu bedenken, daß für die für das Deputat eingesetzten 19 Pfennig in Wirklichkeit Naturalien geliefert werden, die gar nicht 19 Pfennig wert sind. Die Junker profitieren dadurch mindestens 6 Pfennig und der Landarbeiter bekommt dementsprechend in der Spitze höchstens einen Gesamtlohn von 41½ Pf. Diese Tatsachen muß man sich vor Augen halten, wenn man die Auswirkungen des jetzt geplanten Lohnraubes an den Landarbeitern begreifen will.

Die einzige Antwort auf den frechen Vorstoß der Unternehmer ist die Organisierung des Streiks um folgende Forderungen:

Keinen Pfennig Lohnabbau,

10 Pfennig Lohnerhöhung,

gleicher Lohn für gleiche Arbeit (das heißt Beseitigung der Minderentlohnung der Frauen),

Herabsetzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auf 2400 Jahresstunden (Achtstundentag),

Schaffung eines neuen Landarbeitertarifes.

Auf allen Gütern gilt es, RGO.-Gruppen zu schaffen, für die auch die Arbeiter, die im DLV. und im christlichen Verband organisiert sind, gewonnen werden müssen. Es müssen auf allen Gütern Landarbeiter-Delegierte gewählt werden, die zu Delegiertenkonferenzen zusammentreten und dort die Forderungen für die einzelnen Gebiete des Bezirks spezialisieren und konkrete Kampfmaßnahmen beschließen müssen. Gleichzeitig muß auf allen Gütern die Wahl roter Gutsräte vorbereitet werden.

Nur wenig Zeit noch bleibt bis zum Eintritt der Bestellzeit.

Sie muß ausgenutzt werden, damit wahr wird, was einer der Landarbeiterdelegierten auf der Bitterfelder Konferenz ausrief:

„Kein Korn kommt in die Erde, wenn der Lohnabzug vorgenommen wird!“

Und es wird möglich sein, die Landarbeiter in den Kampf zu führen, wenn unsere Genossen die Größe der Aufgabe und die Notwendigkeit, sie zu lösen, begreifen.

Achnlich liegen die Dinge bei den Kleinbauern, sie werden von der Steuerlast, von den niedrigen Preisen für Agrarprodukte, die sie selber bekommen (der Arbeiter in der Stadt merkt davon nichts), fast erdrückt. Der Zollwucher nutzt ihnen nicht, aber er zwingt sie, dem Großgrundbesitzer Futtermittel (Roggen) zu hohen Preisen abzukaufen. Die von den Junkern geführten Spar- und Darlehnskassen treiben ein Willkürregiment, das der Bauer fürchtet, und schließlich wird er noch ein Opfer des Stahlhelm-Getreidehändlers im Dorf, wie wir es eben bei dem Getreidegroßhändler Großer in Zeckeritz (Kreis Torgau) erleben.

Es ist bei den Klein- und Mittelbauern ein dringendes Bedürfnis nach einer Loslösung von dem junkerlichen und großbäuerlichen Landbund vorhanden. Wir müssen den werktätigen Bauern helfen, sich im Bunde der schaffenden Landwirte die Organisation aufzubauen, die es ihnen ermöglichen wird, erfolgreich gegen Steuerraub und gegen Landbundterror zu kämpfen.

Ohne das werktätige Landvolk gibt es keine Volksrevolution. Die Landarbeiter und Kleinbauern wollen kämpfen. Sie verlangen, daß die klassenbewußten Arbeiter, die Kommunisten, sie führen. Wenn wir vor ihrem Ruf die Ohren verschließen, wenn wir nicht alles tun, um dem Kampfwillen des schaffenden Landvolks organisatorische Formen zu geben, dann haben wir eine schwere Schlacht verloren. Aber wir wollen nicht nur in einer Schlacht, wir wollen in dem ganzen Klassenkriege gegen die Bourgeoisie, gegen das Finanzkapital und gegen die Junker siegreich sein. Deshalb:

Alle Kraft der Organisierung des werktätigen Landvolks zum Kampf!

Kleinbauern organisieren die Abwehr

Landbundführer versucht die Opfer des Bankrotts des Stahlhelm-Getreidehändlers Großer bei der Stange zu halten und erlebt eine Abfuhr

(Kleinbauernkonferenz)

Der „Klassenkampf“ berichtete bereits über den Konkurs des Getreidegroßhändlers Großer in Zecritz-Zschadau (Kreis Torgau). Tausend meist kleine Bauern aus der ganzen Umgegend sind dadurch in Mitleidenschaft gezogen, am schwersten die, die dem Großer Gefälligkeitswechsel gegeben hatten. Großer soll dadurch in Schwierigkeiten geraten sein, daß er einigen Großgrundbesitzern umfangreiche Kredite eingeräumt hat. Der „Bund schaffender Landwirte“ veranstaltet in der Gegend Versammlungen, in denen Maßnahmen zum Schutze der kleinen Bauern beraten werden.

Montag, dem 19. Januar, fand in Großtreben die erste mmlung in dem Gebiet statt, das durch den Konkurs des händlers Grosser in Zschadau (Kreis Torgau) in enschaft gezogen ist, und zwar für die Orte Bethau, treben und Dautzschen.

waren über 50 Bauern erschienen, die mit großer Aufmerksamkeit den Ausführungen eines Kollegen vom Bund schaffender Landwirte folgten.

Referent ging von der Frage aus: „Was ist zu tun, um die massenhafter Zwangsversteigerungen in dem betroffenen abzuwenden?“ Er führte aus, daß es sinnlos wäre, sich welche Illusionen über eine staatliche Hilfsaktion zu machen, te an Hand aller Maßnahmen, die bisher „zum Schutze der irtschaft“ durchgeführt worden sind, sowie an Hand der Steuergesetze, daß die Regierung Brüning nur die Interessen der Großagrarier, Großindustriellen und Finanzleute vertritt und die werktätigen Bauern immer tiefer ins Elend hinab-

aus der allgemeinen Not herauszukommen und die besondere Not, hervorgerufen durch diesen Konkurs, abzuwehren, gibt es nur eins: Selbsthilfe.

erktätigen Massen müssen sich organisieren, genau so wie die er, dann sind sie eine Macht, gegen die Gerichtsvollzieher und Polizei nichts ausrichten können. organisierte Bauernschaft muß gemeinsam mit den eitern den Kampf gegen das kapitalistische Ausbeuter- aufnehmen, die Ausbeuter beseitigen, eine Arbeiter- Bauernregierung errichten.

der Diskussion meldete sich als erster ein Herr mit fragen als Vertreter der Junkerorganisation, des dbundes, und brachte die üblichen Argumente des Landbundes vor, daß es „den Großen noch schlechter gehe, als den en“, und daß der Landbund nur deswegen nichts erreichen weil noch so viele Landwirte abseits stehen.

dem der Referent sofort klar die Rolle des Landbundes zeigt hatte, daß nämlich der Landbund die werktätigen n einspannt, um den Karren der Großagrarier aus dem zu ziehen, daß alle seine Maßnahmen, die ganze Zoll- tik sich zum Schaden der werktätigen Bauern kt,

ff einer von den versammelten Bauern das Wort und berichtete, daß er selbst zu den Geschädigten gehöre.

t 166 Zentner Getreide bei Grosser eingelagert. Dafür er das ganze Jahr über Futtermittel beziehen und hat nun achsehen.

andte sich, trotzdem er selbst Landbund-Mitglied ist, scharf gegen den Landbund, der in der ganzen Konkurssache zum Schutze der Geschädigten nichts unternimmt.

Noch trauten sich die übrigen Bauern, unter denen sich noch mehr Geschädigte befanden, nicht so offen mit dem Wort heraus in Gegenwart des Landbundführers.

Der Referent schlug nun vor, aus der Versammlung heraus Delegierte zu wählen, die in einer Konferenz am 1. Februar in Zecritz mit Delegierten aus dem ganzen Gebiet über konkrete Maßnahmen beraten sollen. Der Bauer, der in der Diskussion gesprochen hatte, erklärte sich bereit, zu der Konferenz hinzufahren, wenn die Versammlung ihn wähle.

Als die Abstimmung vorgenommen wurde, waren außer dem Wortführer des Landbundes zunächst nur drei Mann mit der Beschickung der Konferenz nicht einverstanden. Erst als der Landbundführer in befehlendem Tone rief: „Alles aufstehen!“, standen zögernd noch zirka zehn Bauern auf. Die Mehrzahl der anwesenden Bauern erklärte sich für die Beschickung der Konferenz und für die Wahl des Delegierten, trotzdem alle Landbundmitglieder sind. Der Delegierte war damit gewählt.

In seinem Schlußwort wies der Referent darauf hin, daß das Verhalten des Landbundführers bei der Abstimmung gezeigt hat, wie sehr der Landbund fürchtet, und mit allen Mitteln zu verhindern sucht, daß die werktätigen Bauern untereinander, ohne die Gegenwart eines Großagrariers, sich auf einer Konferenz aussprechen über ihre Not.

Nach Schluß der Versammlung äußerte ein Bauer, daß doch vieles von dem Gesagten hängen bleibe, wenn sich auch mancher noch dagegen sträubt.

Bei den Gärtnern in Heldrungen

„Nur noch die Kommunisten sind unsere Hoffnung“

A.-K. Anläßlich meiner Versammlungstour im Arbeitsgebiet Sachsenburg hatte ich Gelegenheit, zu den Gärtnern von Heldrungen (Kreis Eckartsberga) zu sprechen. Das große Gastzimmer saß dicht gedrängt voll von Gärtnern. Die nachkommenden Arbeiter fanden keinen Sitzplatz mehr. Die Gärtner waren aufmerksame Zuhörer meiner zweistündigen Ausführungen.

In der Diskussion wurde erst eine Anfrage in bezug auf die Wolgabauern gestellt. Nach deren Beantwortung kam eine lebhafte Aussprache über die Delegiertenkonferenzen in Gang. In ihren Ausführungen kam ganz drastisch die ungeheure Notlage der Gärtner zum Ausdruck. Nur von einem Tag zum anderen schleppen sie sich durch. Es gibt schon Fälle, wo der Gerichtsvollzieher ständiger Gast ist.

Trotz unendlicher Schinderei können sie nicht mehr die Steuern und die Pacht aufbringen, die oft 100 Mark pro Morgen beträgt.

In schweren Körben und Säcken schleppen sie alle Wochen ihre Erzeugnisse nach den Städten Sömmerda, Erfurt, Weimar und Apolda. Infolge der, im Verhältnis zu den vom Trustkapital hochgehaltenen Preisen für Industriewaren, niedrigen Preise schlagen sie dann oft nicht einmal ihr Fahrgeld heraus. Klipp und klar erklärten sie:

„So kann es nicht mehr weitergehen, es muß anders werden.“

Alle bürgerlichen Parteien, von der SPD. bis zu den Nazis, haben sie bis jetzt enttäuscht.

Eine ganze Reihe von ihnen erklärte ganz offen, daß sie nun ihre Hoffnung nur noch auf die Kommunisten setzen.

Auf die Frage von anderen: „Kann uns niemand helfen?“, gab ich in längeren Ausführungen die Antwort:

„Nur Ihr selbst könnt Euch helfen, wenn ihr gemeinsam mit der Arbeiterschaft in einer Front kämpft zur Beseitigung dieses Systems.“

Nach der Wahl von zwei Delegierten (Gärtnern) entspann sich noch eine Diskussion mit einem Nationalsozialisten. Er gab schließlich zu, daß der Kommunismus kommen wird. Nach Schließung der Versammlung ging die Diskussion weiter bis zur Polizeistunde.

Auch die Versammlungen in Gorsleben und Kannawurf, wo speziell Bauern und Landarbeiter anwesend waren, zeitigten gute Resultate. Dort wurden drei Aufnahmen für die Partei gemacht und eine Menge Literatur verkauft. In Gorsleben wurden drei, darunter ein Kleinbauer, und in Kannawurf zwei Delegierte gewählt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310123-12/fragment/page=0005

Lenin für Arbeiterkorrespondenten

Die Arbeiterkorrespondenten ehren das teure Andenken des Schöpfers der Arbeiterkorrespondentenbewegu

Unser teurer, unvergeßlicher Führer Lenin war der Schöpfer der Arbeiterkorrespondentenbewegung, weil er als Bolschewik als Erster die ungeheure politische Bedeutung der Arbeiterbriefe erkannt hatte. Bevor er in dieser Richtung politisch und organisatorisch Anweisungen gegeben hatte, hat er auf die Arbeiterbriefe ein sehr großes Gewicht gelegt. Er nahm sofort die Arbeiterbriefe, hat sie sorgfältig durchgelesen und studiert, und durch die verwirrtesten Sätze hatte er in die tiefsten Regungen der Arbeiterbewegung hineingesehen. Er hat sie auch eigenhändig registriert.

Als 1904 die Zeitung „Wperjod" („Vorwärts") erschien, hat er Richtlinien aufgestellt über die Ausgestaltung der Zeitung und Heranziehung der Mitarbeiter. In diesem Brief erklärt er:

Lenin auf dem 2. Kongreß der Komintern

„. . . das ist die falsche Ansicht, daß nur die Literaten (im beruflichen Sinne des Wortes) imstande sind, mit Erfolg an dem Organ mitzuarbeiten. Im Gegenteil, das Organ wird nur dann lebendig und lebensnotwendig sein, wenn auf fünf leitende und ständige Mitarbeiter fünfhundert und fünftausend Nichtliteraten kommen.

Wir bitten alle, mit uns zu korrespondieren — und besonders die Arbeiter. Gebt den Arbeitern größere Möglichkeit, an unsere Zeitung zu schreiben, und zwar über alles zu schreiben, möglichst viel über das alltägliche Leben, über ihre Interessen, über ihre Arbeit. Ohne dieses Material wird das sozialdemokratische (1904 hieß die Partei noch „Sozialdemokratische Partei") Organ keinen Groschen wert sein und die Bezeichnung sozialdemokratisch nicht verdienen.

Schreibt uns über die Gespräche in den Arbeiterzirkeln, über den Charakter derselben, über die Fragen der Arbeiter, über die Art der Propaganda und Agitation, über die Verbindung in der Oeffentlichkeit mit dem Militär und mit der Jugend, schreibt mehr über die Unzufriedenheit unter den Arbeitern (mit uns Sozialdemokraten), über ihre Fragen, Proteste usw. Diese praktischen Fragen sind namentlich jetzt sehr interessant, und es gibt keine andere Mittel, die Redaktion mit ihnen bekannt zu machen, als den lebhaften kameradschaftlichen Briefwechsel. Allerdings, nicht jeder kann und will uns schreiben — aber sage nicht: ich kann nicht, sondern ich will nicht. Wenn ihr wollt, dann werden sich in jedem Zirkel, ja sogar in der kleinsten unwichtigen Gruppe (und die sind besonders interessant, denn sie führen oft den wichtigsten, wenn auch unsichtbaren Teil der Sache aus), ein oder zwei Genossen finden, die zu schreiben verstehen. Laßt vor allem die jungen Parteiarbeiter, die Jugend, die Arbeiter, die Zentralisten und Organisatoren und die einfachen Mitglieder an uns schreiben, nur dann und nur unter der Bedingung eines solchen breiten Briefwechsels sind wir imstande, unsere Zeitung zu einem wirklichen Organ der Arbeiterbewegung Rußlands zu machen."

Aus diesen Ausführungen ist ersichtlich, daß neben den ungeheuer wichtigen Quellen der Information die Arbeiterbriefe auch den äußeren Charakter der Zeitung bestimmen sollten. Diesen Charakter hatte besonders später die „Prawda" von 1912 bis 1914, wo den wichtigsten Teil der Zeitung die Enthüllung und Geißelung der Zustände in den Industriebetrieben gebildet hatten.

Lenin hat auf Bewegung immer ein sehr großes Gewicht gelegt. 1905 schreibt er an die Odessaer Genossen:

„Nehmt ihr Arbeiter in das Komitee auf? Dies ist notwendig. Warum tretet ihr nicht in unmittelbare Fühlung mit den Arbeitern? Kein einziger Arbeiter schreibt für den „Wperjod". Es ist ein Skandal! Wir müssen unbedingt Dutzende von Arbeiterkorrespondenten haben. Ich bitte sehr darum, diesen Teil des Briefes nicht nur allen Komiteemitgliedern, sondern auch allen Agitatoren und Organisatoren der Mehrheit vorzulesen."

Trotzdem die Arbeiterkorrespondentenbewegung besonders in Deutschland einen großen Fortschritt erzielt hatte, ist es nicht unzeitgemäß, wieder seine Worte zu wiederholen, von der politischen und innerparteilichen Wichtigkeit der Arbeiterkorrespondenten-Bewegung noch nicht alle Parteigenossen überzeugt sind, wie unser großer Führer Lenin. Nach den le Erfahrungen können wir auch hinzufügen, daß die journalis Bedeutung der Arbeiterkorrespondenzen auch noch jetzt sehr terschätzt wird. Nur die Arbeiterkorrespondenzen können kommunistischen Zeitung den eigenartigen Wert geben, der fähig macht, mit den milliardenschweren Zeitungskonzernen den Massen einen siegreichen Kampf aufzunehmen und Massenorgane zu verwandeln.

Lenin zeigt den kommunistischen Zeitungen und den Arbeiterkorrespondenten den Weg. Wir müssen das Ziel erreichen, er uns gewiesen hat: daß die Zeitung nicht nur ein kollekt Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch kollektiver Organisator sein soll.

Die Wand

Der junge Lenin

Wladimir Iljitsch wurde in der Nacht vom 4. auf den 5. Dezember in seiner Wohnung verhaftet und mußte mehrere Tage mit anderen Verhafteten (insgesamt 40 Mann) im Gefängnis zubringen. Sie alle wurden aus Kasan ausgewiesen. W. W. Ajoratski erzählt folgendes, ihm später von Wladimir Iljitsch mitgeteiltes Gespräch, das Lenin mit dem Polizeioffizier (Pristaff) hatte, der ihn nach der Verhaftung abgeführt hatte.

Was wollen Sie mit ihrem Aufruhr, junger Mann — sehen Sie nicht, daß Sie gegen eine Wand anrennen.

Eine Wand, ja, aber eine morsche, die nur einen Stoß braucht, um zusammenzustürzen, erwiderte Wladimir Iljitsch schlagfertig.

(A. Jelisarowa „Ueber das Leben von W. J. Uljanow — Lenin in Kasan", 1887—1889).

Lenin im Schützengraben

Kämpfe der Bolschewiki gegen den imperialistischen Krie

(Arbeiterkorrespondenz)

Es war an der Ostfront Anfang 1916. Mein Truppenteil war damals der 31. Landwehrdivision einverleibt. Wir standen in der Gegend von Jakobstadt.

Wir alle hatten den Krieg satt. Wir sahen seine Zwecklosigkeit, wir begriffen, daß wir unser Blut um fremder Interessen willen vergießen mußten und wollten es nicht weiter tun.

Eines Tages tauchte in unserem Schützengraben mit dem Ruf „Kamerad, Kamerad" ein russischer Soldat auf. Der Feldwebel wollte mit dem Seitengewehr dreinhauen, wir aber drohten schweigend mit den Bajonetten. Der Russe, ein stämmiger Bursche, stand ruhig abseits und wartete der Dinge, die da kommen sollten. Plötzlich, ganz unerwartet für uns, ging er auf mich los, der Hauptanführer der ihn verteidigenden Gruppe umarmte mich, küßte mich auf beide Wangen und zog aus seiner Tasche ein zerknülltes russisches Flugblatt hervor. (Ich habe es noch heute, es trägt die Ueberschrift „Petrograder Kurier").

Ich drehte das Blättchen hin und her, zuckte die Achsel — „kann nicht verstehn". Er nickte eilfertig ein paarmal hintereinander und zog aus der anderen Tasche einen Papierwisch hervor, wo deutsch gekritzelt war: „Lest und tut wie geschrieben. Wir sind Arbeitbrüder, müssen einander die Hände reichen. Genug Blutvergießen um fremder Interessen willen. Kommt morgen mittag aus Euren Schützengräben heraus, wir werden Euch entgegengehen."

Unten stand mit großen sorgfältigen Lettern: „Verwandeln wir den imperialistischen in den Bürgerkrieg!" Darunter stand „Lenin". Ich dachte, es wäre der Name des Zettelschreibers.

Etwa zweihundert Kameraden aus unserem Schützengraben beschlossen, dieser Aufforderung Folge zu leisten. Trotz aller Ueberredungskünste der Offiziere ließen wir unsere Waffen im Graben und gingen in der Richtung der russischen Positionen.

Die Stimmung der Soldaten war eine derartige, daß die O ziere es nicht wagten, etwas gegen uns zu unternehmen.

Ein großer Haufen russischer Soldaten wartete auf uns.

Und nun, Genossen, wir erwachsene, im Krieg ver Männer weinten vor Freude, als wir einander die Hä reichten. Viele umarmten einander und tauschten Küsse wie alte Freunde. Ich muß sagen, daß ich selbst bei mei baldigen Wiedersehen mit meinen allernächsten Angehö keine so tiefe innere Erregung und Freude gefühlt habe.

Einer der russischen Soldaten, ein Lette, richtete an einige Worte in deutscher Sprache, ich streckte ihm die Hand gegen mit dem Ruf: „Du bist also Lenin!"

Er lachte und schüttelte den Kopf: „Nein, ich bin es n ich bin nur Mitglied der Leninschen Partei, ein Bolsche

Er war sehr erstaunt, als er merkte, daß dieser Name uns keinen Eindruck machte. Von Lenin wußten wir dam noch sehr wenig.

„Kennst du Karl Liebknecht?" fragte er — „hast du Rosa Luxemburg gehört? Sie gehen mit Lenin. Lenin" — er hob die Hand hoch empor — „Lenin ist unser erprobter Fü Die Interessen der Arbeiterklasse sind seine Interessen, er h keine anderen. Er wird noch zeigen, wer er ist. Jetzt erst beg der Krieg — ein Krieg gegen diejenigen, die uns heute in Krieg hineintreiben."

So lernte ich zum erstenmal Lenin kennen, in der Pe eines seiner treuen Anhänger. Es war der erste Bolschewik, ich gesehen, wenn ich nicht irre, ein Arbeiter der „Phön Werke". Er machte auf mich einen großen Eindruck seine Entschlossenheit und seine Begeisterung.

Wir kamen überein, nicht mehr aufeinander zu schießen, dieses Versprechen wurde beiderseits gehalten. Unser Trup teil wurde bald, wegen Zersetzung, aufgelöst und weit hinter Front zurückgezogen.

Lenin, der Lehrer

Lenins ungeheure Ueberzeugungskraft

(Arbeiterkorrespondenz)

Ich bin Eisenbahner. Zugführer. Schon alt. Ich lebe in einem kleinen Land — in der Schweiz. In einer großen Stadt — Zürich.

Mein Haus — ein fahrender Waggon. Meine Straße — die Eisenbahn des ganzen Landes. Meine Gesellschaft — tausende der verschiedensten Leute. Und ich sehe, höre und weiß häufig mehr als die anderen. Ich schaue in die dunkelsten Winkel des Lebens und kämpfe dreißig Jahre gegen diese Finsternis, um die Befreiung der Menschen, die bei uns alle Arbeit leisten und dabei nichts haben. Ich spreche von den Arbeitern. Auf diesen ständigen Wanderungen und in diesem Kampfe stieß ich eines Abends im Jahre 1916 auf einen untersetzten, bescheidenen Menschen mit mächtigem Schädel. Er stand auf der Tribüne des großen Saales des Züricher Gewerkschaftshauses, betrachtete mich, der ich die Tür zugeschlagen hatte, mit zusammengezogenen Augenbrauen und kaum merklich spöttischem Blick.

An diesem Abend erkannte ich, der ich mich für sehend hielt, daß ich blind und taub bin, daß ich jahrzehntelang den Ausweg nicht dort gesucht hatte, wo es nötig ist und daß ich für die Interessen der Arbeiterklasse nicht so gekämpft habe, wie es nötig ist.

Man nannte diesen Menschen Uljanow. Er sprach über die Lehren der ersten russischen Revolution des Jahres 1905. Ich hörte begierig dieser so verständlichen, einfachen und bilderreichen Rede zu. Er sprach ohne die gewöhnlichen Rednerkniffe, ohne Pathos und Gemachtheit, ohne Führerpose. Er sprach wie einer der unseren, wie ein uns nahestehender Mensch über und ihn angehende Dinge spricht. Die Klarheit des Gedan die ungeheure Kraft der Ueberzeugung, die eiserne Logik Rede nahm dich an die Hand und führte dich durch von ihm aufgerissene Türen, auf einen breiten Weg, der das zaristische Rußland der Sklaverei direkt zum Sozial brachte. Von diesem Abend ab betrat ich, der jahrzehnt gesucht hat, fest den von Lenin gewiesenen Weg und halte seit diesem denkwürdigen Abend unveränderlich ein.

Ich habe bereits gesagt, daß mein Haus — der Ga Eisenbahnwaggon ist. Meine Straße sind die Eisenbahnen ganzen Landes. Und seither trete ich in diesem Hause und dieser Straße sowie vor allen Leuten für die Lehre Lenins und propagiere sie.

Zusammen mit den Arbeitern der Sowjetunion habe ganzen schwierigen Weg von der Oktoberrevolution bis heutigen Siegeszuge des Sozialismus mitgemacht. Ich kämpfe und werde mit ihnen gegen jeden Versuch zur der Lehre Lenins kämpfen und wer gegen die Politik und Taktik Lenins ist, ist gegen die Arbeiterklasse. Er hilft gleich wer er ist, dem Feinde der Arbeiterklasse.

Man muß Lenin studieren, um danach zu streben, Lenin zu werden. Jede Kleinigkeit, jeder Wesenszug a Leben, dem Kampf und der Arbeit Lenins, die uns können, Lenin besser zu verstehen und kennen zu lernen, wie Lenin zu werden, müssen wir uns sorgfältig aneig müssen sie studieren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310123-12/fragment/page=0006

Die RGO. ist der Haupthebel

zur Sammlung der Millionenmassen im Lager des proletarischen Klassenkampfes. Setzt ihn an zur Organisierung von Streiks, zur Durchführung roter Betriebsrätewahlen, zur Vorbereitung des Kampftages gegen Welterwerbslosigkeit

leiste jeder gute, präzise RGO.-Arbeit

Faschistische Diktatur à la Brüning im Bergarbeiterverband

. Der Bergarbeiterbonze Martin Geks in M e r s e b u r g siegt über alle „oppositionellen Strömungen“. Es fragt sich nur, das macht. Nachfolgend bringen wir ein Dokument seiner egie“, ein Rundschreiben an alle Zahlstellen:

rifft: Kartelldelegierte. M e r s e b u r g, 16. Januar.

Werter Kamerad!

Sonntag, dem 11. Januar 1931, tagte im Verbandsbüro in burg eine Vertrauensmännerkonferenz, die u. a. auch die Ortsleitung für unser Revier wählte. Der Ortsverwaltung gehören s Jahr 1931 an die Kameraden Ernst Barth, Benndorf, Arthur , Mücheln, Max Murre, Reinsdorf, Fritz Piatraschk, Körbis und Börner, Neumark. Die Ortsverwaltung wählte dann die erten zum Mücheltner Kartell, und zwar folgende Kameraden:

Mücheln: Arthur Pinkny, Hermann Gerndt, Otto Schramm, Hühndorf und Karl Nelke.

Neubiendorf: Franz Greier, Ewald Bockel, Karl Zörner, Emil t und Paul Lademann.

Neumark: Wilhelm Börner, Oswin Bochnia, Joseph Pesche, Barth und Fritz Piatraschk.

Braunsdorf: Mussial, Hilmar Mahr, Goitka, Otto Sickert und Albrecht.

Großkayna: Julius Lüben, Otto Maier und Max Naundorf.

Delegierte bekamen eine Ausweiskarte und haben nur solche raden Zutritt zu den Kartellsitzungen, die im Besitze dieses eises sind.

I. A.: Martin Geks.

arbeiter, was sagt Ihr nun? Die Ortsverwaltungs- und die delegierten wurden von den Bonzen bestimmt. Die Generalmlung ist Luxus. Wahlvorschläge sind Luxus. Eine Aus- überflüssig. Ihr habt nur Beiträge zu zahlen und Euch jeden verrat bieten zu lassen. Arbeitet für Hungerlöhne, findet it allem ab.

, Kumpels, so darf es unter keinen Umständen gehen. Geks wie Brüning mit der Diktaturmethode im Verband. Besser ch dieser Sozialfaschist nicht entlarven. Am kommenden Sonn d eine Reihe Zahlstellenversammlungen im Geiseltal. Dort t mit der Bonzenwirtschaft gründlich ab. Sprecht Geks das auen aus, verlangt Neuwahl der Ortsverwaltung und Neu der Kartelldelegierten. Mobilisiert alle oppositionellen Kame zu den Versammlungen. Sollte sie Geks ablehnen in letzter e, führt sie selbständig durch und faßt Eure Beschlüsse!

Bonzenangriff in Naumburg abgeschlagen

Die Kollegen im Gesamtverband stehen zur RGO.

. Seit acht Wochen drohen die Bonzen im Gesamtverband eine Ausschlüsse oppositioneller Genossen von Naumburg an. Am anuar wurde plötzlich eine Vorstandssitzung der Zahlstelle burg auf Drängen der Bürokratie einberufen. Die Vorstands wurde zur „Gerichtsverhandlung“. Die Bonzen meinten, daß n einer Lohnverhandlung, die abgebrochen werden mußte, , und nun wollten sie Verbandsangelegenheiten regeln.

der Frage: „Weshalb führt Ihr denn überhaupt noch Lohn handlungen?“ wurden sie ganz ruppig, weil die Kollegen ihnen iesen, daß sie doch absolut den § 48 sanktionieren. Darauf n die Bonzen frech und meinten § 51 (!). Ein Wort gab das . Die oppositionellen Ortsverwaltungsmitglieder ließen sich verblüffen. Die Bonzen rückten mit ihrem Anliegen heraus: luß von den Kollegen Ronneburg, Zeitschel, Freitag und Ditt , die sich sämtlich als RGO.-Funktionäre entpuppt hätten. Ein , der 25 Jahre im Verband organisiert war, ein Parteiloser, igte die Ortsverwaltung und erklärte: „Wenn Ihr unsere en ausschließt, dann bringen wir die ganze Mitgliedschaft Euch auf, dann müßt Ihr eben die Zahlstelle ausschließen. da wurden die Bonzen kleinlaut, sie meinten, sie könnten doch nbers, Berlin verlange, daß gegen die RGO. gekämpft werde. richteter Dinge zogen die Spalter ab.

egen, steht geschlossen zu Eurer Ortsverwaltung, schafft die tionäre Kampfeinheit gegen die kapitalistischen Ausbeuter und akaien, die Bonzen.

„Die Gewerkschaftskasse ist leer“

Schamloses Schreiben der Bürokratie des Zimmererverbandes — Sie gehen fechten beim Unternehmer Invalidenrente kann nicht gezahlt werden

Die Bürokratie des Zentralverbandes der Zimmerer, Hamburg, wandte sich im Dezember mit folgendem Schreiben an die Geschäftswelt Hamburgs:

„Der Zimmererverband wendet sich mit folgender Bitte an Ihre Firma. Wir haben jedes Jahr unseren am meisten notleidenden Mitgliedern durch eine besondere Zuwendung geholfen. Durch die übergroße Arbeitslosigkeit ist u n s e r e K a s s e j e d o c h l e e r und wir sind deswegen auf Sammlungen angewiesen.

Die Firmen, die sich beteiligen, werden den Zimmerleuten bekanntgegeben. Indem wir im voraus bestens danken, zeichnet

hochachtungsvoll

Zentralverband der Zimmerer Hamburg.“

Mit diesem Schreiben wandte sich die Bürokratie nicht etwa nur an die kleinen Geschäftsleute, sondern auch **an die Großunternehmer.** Dadurch, daß man dem Unternehmertum direkt mitteilt, daß die Gewerkschaftskassen leer sind, gibt man ihnen direkt zu verstehen, daß die Bürokratie gegen den Lohnabbau im Baugewerbe nicht kämpfen wird. Dadurch ist das Rundschreiben direkt ein verräterisches Dokument.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die sich mit einem solchen Schreiben an die Großkapitalisten wenden, sind dieselben, die darüber höhnen, daß die IAH. bei den Arbeiterkämpfen bei kleinen Geschäftsleuten und kleinen Gewerbetreibenden sammelt. Die kleinen Geschäftsleute gehören aber zum Proletariat und unterstützen die Kämpfe der Arbeiter mit Sympathie, währenddem die Großkapitalisten, wenn sie einer Gewerkschaft Geld geben, es mit der Erwartung tun, daß die Bürokratie alle Kämpfe abwürgt.

Richtig ist, daß in vielen Gewerkschaften gegenwärtig starke Ebbe ist, da die Unterstützung der ungeheuren Erwerbslosenzahl riesige Summen erfordert. Auch wurden Millionen aus den Gewerkschaftskassen i n d i e P a r t e i k a s s e d e r S P D geleitet und jetzt fehlen den Gewerkschaften diese Gelder. Aber daran, daß die Erwerbslosenzahl so ungeheuer groß werden konnte, ist die Politik der Gewerkschaftsbürokratie voll mitschuldig. **Wäre die 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich erkämpft worden, und bei Zusammenfassung der Kräfte der Arbeiterklasse wäre dies möglich, so wäre die Arbeitslosenzahl bedeutend geringer. Aber die Bankrott-Politik, die die Gewerkschaftsbürokratie betreibt, muß auch je länger, je mehr die Finanzen der Gewerkschaften vollständig ruinieren, wodurch auch die Leistungen der gewerkschaftlichen Invalidenversicherung bald nicht mehr aufrecht erhalten werden können.**

Die Arbeiterschaft kann diese verräterische Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie nur dadurch parieren, daß sie sich um die RGO., die einzige gewerkschaftliche Kampforganisation, schart.

Fabrikarbeiter-Generalversammlung Weißenfels!

Alle revolutionären Fabrikarbeiter von Weißenfels und Umgebung besuchen am Sonntag, dem 25. Januar, die Generalversammlung, die in Weißenfels im „Stadttheater“ stattfindet.

Lenin: Der politische Massenstreik

Das ungeheure Land mit 130 Millionen Einwohnern geriet in die Revolution, so ist aus dem schlafenden Rußland das Rußland des revolutionären Proletariats und des revolutionären Volkes entstanden . . .

Das wichtigste Mittel dieses Uebergangs war der Massenstreik. Die Eigentümlichkeit **der russischen Revolution** besteht eben darin, daß sie nach ihrem sozialen Inhalt eine bürgerlich-demokratische, **nach ihren Kampfesmitteln aber** eine proletarische war. Sie war bürgerlich-demokratisch, weil das, was sie unmittelbar **erstrebte und unmittelbar, mit** ihren eigenen Kräften, **erreichen konnte,** das war **demokratische Republik, Achtstundentag, Konfiskation des enormen** Großgrundbesitzes der Adligen — alles **Maßnahmen, die die bürgerliche Revolution in Frankreich in den Jahren 1792/93** zum großen Teil verwirklicht hat.

Die russische Revolution war **gleichzeitig eine proletarische nicht nur in dem Sinne, daß das Proletariat die** führende Kraft, die Avantgarde der **Bewegung darstellte,** sondern auch **in dem Sinne, daß**

d a s s p e z i f i s c h p r o l e t a r i s c h e K a m p f e s m i t t e l,

nämlich der Streik, das **Hauptmittel der Aufrüttelung der Massen und das am meisten Charakteristische im wellenmäßigen** Gang der entscheidenden **Ereignisse bildete.**

Die russische Revolution **ist die erste — sie wird** sicher **nicht die letzte — große Revolution in der Weltgeschichte** sein, in der der politische Massenstreik eine ungemein **große Rolle spielte. Ja, man kann nicht einmal die Vorgänge** der russischen Revolution, die **Abwechslung ihrer politischen Formen, verstehen, ohne die Grundlage dieser Vorgänge und** dieses Wechsels in der Statistik **der Streiks zu suchen . . .**

Die jährliche **Durchschnittszahl der Streikenden in Rußland während zehn Jahren vor der Revolution war** 43 000. Also die Gesamtsumme der Streikenden in einem Jahrzehnt **vor der Revolution — 430 000. Im Januar 1905,** in dem ersten Monat **der Revolution, war die Zahl der** Streikenden **440 000. Also in einem einzigen Monat mehr als** im ganzen verflossenen **Jahrzehnt! . . .**

Das beweist aber, wie groß die schlummernde Energie des Proletariats überhaupt sein kann. Das beweist, daß in einer revolutionären Periode das Proletariat eine **hundertmal größere Kampfeskraft entwickeln kann, als in ge**wöhnlichen ruhigen Zeiten. **Das beweist, daß die Menschheit bis zum Jahre 1905 noch nicht gewußt hat, wie enorm,** wie großartig die **Steigerung der Kräfte des Proletariats sein kann und sein wird, wenn es gilt, wirklich um große** Ziele, **wirklich revolutionär zu kämpfen! . . .**

Die besten Elemente der Arbeiterklasse gingen voran, die Zögernden hinreißend, die Schlafenden erweckend, die Schwachen **ermutigend.**

6 Prozent Lohnraub in der Zeitzer Allgemeinindustrie!

Die Gewerkschaftsbonzen haben mit den Unternehmern ohne jede Verständigung der Belegschaften einen sechsprozentigen Lohnabbau für die Zeitzer Allgemeinindustrie abgeschlossen. Betriebsarbeiter, Erwerbslose, heraus zur

Massenversammlung am Freitag, dem 23. Januar, 20 Uhr in der „Reichshalle“.

Mobilisiert alles gegen die Ausbeuter und ihre Lakaien!

Bonzenverrat in der Kaliindustrie

9½-Stunden-Tag trotz Massenerwerbslosigkeit verlängert

WTB. meldet:

Berlin. E i n i g u n g i n d e r K a l i i n d u s t r i e ! Zwischen dem Arbeitgeberverband der Kali-Industrie und den Gewerkschaften ist eine Vereinbarung getroffen worden, wonach das Mehrarbeitsabkommen vom 22. Januar 1929, der allgemeine Tarifvertrag vom 1. Juni 1928 und der Lohntarif vom 1. Februar 1929 bis auf weiteres verlängert werden.

*

Was die RGO. sagte, daß nur durch Kampf die Arbeitszeitfrage zu lösen ist, wenn sie im Interesse der Kollegen ausfallen soll, ist somit bestätigt. Die Bonzen vertreten nur die Interessen des Kapitals. Die Antwort auf den Verrat kann nur sein:

Streikreifmachung der Kalischächte!

Preisabbau auf Kosten der Gesellen bei Mertlick, Naumburg

Der Zentralverband der Schuhmacher, Zahlstelle Naumburg, ersucht um Veröffentlichung folgender Zeilen:

Die Firma Josef Mertlick, Salamander-Schuhgeschäft in Naumburg, macht den Naumburger Bürgern und Arbeitern in großen Lettern bekannt: Preisabbau. Die Firma macht einen Preisabbau für Schuhreparaturen. Wir wollen hier nicht gegen den Preisabbauschwindel an sich schreiben, aber wir wollen allen Arbeitern klarmachen, auf wessen Kosten der Preisabbau geht. **Die Firma Mertlick macht Preisabbau auf Kosten der Arbeiter im Betriebe.**

Der Stundenlohn für Schuhmacher beträgt 77 Pf., im Stücklohn wird gezahlt für Herrensohlen und -absätze genäht 2,50 und 2,60 Mk., Damen 1,90 und 2,10 Mk. Mertlick zahlt Stundenlohn von höchstens 60 Pf. und Stücklohn von 1,60 und 1,20 Mk.

Klassenbewußte Arbeiter, meidet diese Läden, die den Arbeitern keine Tariflöhne zahlen und Ihr, Kollegen der Firma Mertlick, hinein in die RGO., kämpft um bessere Löhne. Antwortet auf diesen Lohnraub mit Streik. Der Preisabbau auf Kosten der Arbeiter bedeutet ein Geschäft für die Firma Mertlick. **Hinein in die KPD. und RGO., gegen Lohnraub und Unternehmerwillkür.**

Zentralverband der Schuhmacher.

Unerhörter Anschlag gegen die Arbeiterklasse

In Gladbach-Rheidt soll Sklavenarbeit eingeführt werden — Der Plan Dietrichs wird durchgeführt

(Eig. Bericht.) **Gladbach-Rheidt,** 21. Januar.

In einer Sitzung der Stadtverwaltung mit den Unternehmern und der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie ist ein ungeheuerlicher Plan gegen die werktätige Bevölkerung beraten worden, der praktisch die **Versklavung von 5000 Wohlfahrtsunterstützungsempfängern bedeutet.** Es wurde in dieser Sitzung beschlossen, den gesamten Wohlfahrtsetat der Stadt in einer Höhe **von jährlich zehn Millionen Mark als Subvention an die Unternehmer der Gladbach-Rheidter Betriebe zu zahlen, die sich dafür verpflichten, 4000 bis 5000 Wohlfahrtsempfänger in ihren Betrieben einzustellen. Die Unternehmer brauchen für diese Arbeiter nur die Differenz zwischen der Wohlfahrtsunterstützung und dem Tariflohn zu bezahlen, so daß sie jährlich aus den Steuergroschen der Bevölkerung rund zehn Millionen Mark in ihre Tasche stecken!**

Der Finanzausschuß der Stadtverordnetenversammlung hat diesem Plan bereits zugestimmt. Alle bürgerlichen Parteien, das Zentrum, die Nazis und die SPD., haben sich für die Durchführung ausgesprochen.

Was wird die Folge sein, wenn dieser Plan durchgeführt wird? 5000 Wohlfahrtsarbeiter, die aus der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge ausgesteuert sind, kommen in die Betriebe. Da aber das Problem zur Behebung der Krise nicht darin liegt, daß die Kapitalisten mehr Arbeiter einstellen, um mehr Waren zu produzieren, sondern darin, daß die Kapitalisten die produzierten Waren nicht absetzen können, so werden an Stelle der 5000 Wohlfahrtsarbeiter 5000 Arbeiter, die gegenwärtig noch im Betrieb stehen, auf das Pflaster fliegen. Der Unternehmer hat den Vorteil, für die Wohlfahrtsarbeiter weniger Lohn zu zahlen. Die zehn Millionen Mark sind in diesem Falle ein glattes Geschenk an die Unternehmer zum Zwecke der Erhöhung ihrer Profite.

Die in den Betrieb eingestellten Wohlfahrtsarbeiter aber sind dem Unternehmer auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, der sie durch die ständige Drohung mit der Entlassung, was gleichbedeutend mit dem sicheren Hungertode, da die Wohlfahrtsfürsorge beseitigt ist, in der unerhörtesten Weise ausbeuten kann. Diese Wohlfahrtsarbeiter sollen jetzt als Streikbrecher in die Betriebe gepreßt werden, weil die Unternehmer zum 1. Februar den Lohn der Textilarbeiter um 18 Prozent, von 63 auf 52 Pfennig abbauen wollen.

Gegen diesen ungeheuerlichen schändlichen Plan, die Sklavenarbeit einzuführen, müssen sich **nicht nur die Arbeiter von Gladbach-Rheidt zur Wehr setzen, nicht nur wenn dieser Schandplan endgültig beschlossen wird, mit der Waffe des Massenstreiks antworten, sondern durch die gesamte Arbeiterschaft ganz Deutschlands muß eine Welle des Protestes gehen zur Verteidigung ihrer Lebensrechte.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310123-12/fragment/page=0007

HALLE

Freitag, 23. Januar 1931.

Massenkampf gegen Diktatursteuern

Als Antwort auf Justizterror gegen rote Kommunalfunktionäre

Gestern fand vor dem hallischen Schöffengericht abermals ein Steuerstreikprozeß statt. Diesmal hatten sich folgende Genossen vor dem Klassenrichter zu verantworten: Nitzsche, Hildebrandt aus Greppin, Winkler, Annaburg, Koch und Wendt, Mühlberg, Klaus, Wolfen, Lobig, Eich, Annaburg und Naumann, Liebenwerda. Sämtliche Genossen hatten die Steuerstreikerklärung der roten Kommunalfunktionäre im „Klassenkampf" unterzeichnet. Der Genosse N., der im Namen aller Genossen sprach, führte aus, daß sie die Rechtsgültigkeit der Notverordnung nach wie vor bezweifeln und daß sie, trotz aller Maßregelungen, trotz Kerker und Verfolgungen, ihre Pflicht als revolutionäre Klassenkämpfer auch weiter erfüllen werden. Nun erst recht! Genosse N., der in einem rein landwirtschaftlichen Gebiet wohnt und auch dort als Kommunalfunktionär Einblick in die Verhältnisse der Landarbeiter und Kleinbauern hat, wies darauf hin, daß

zahlreiche Kleinbauern heute überhaupt nicht mehr in der Lage sind, die Steuern zu bezahlen.

Wie immer, bestritt auch diesmal Staatsanwalt Rabbow die Rechtsungültigkeit der Notverordnung. Das Recht zur Kritik an Gesetzen und Verordnungen stehe jedem zu, aber die Aufforderung zur Steuerverweigerung sei strafbar. Er beantragte die Aufrechterhaltung der Strafbefehle in Höhe von zwei Monaten Gefängnis zuzüglich 50 Mark Geldstrafe.

Nach kurzer Beratung fällte das Gericht folgendes Urteil: Die Angeklagten sind des Verstoßes gegen die Verordnungen der Reichspräsidenten von 1923 und 1930 (also Ebert und Hindenburg) schuldig und werden jeder an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von einem Monat, zu 110 Mark Geldstrafe verurteilt. In der Begründung heißt es, daß die Notverordnungen der Reichspräsidenten rechtsgültig seien. Das ist also das Gegenteil von dem, was derselbe Herr Landgerichtsdirektor bei dem Freispruch gegen Beyling und Genossen am 8. Januar vor derselben Kammer ausgesprochen hat.

Das ist die „Gerechtigkeit" innerhalb einer Republik, die ihren eigenen Gesetzesplunder mißachtet, um die Volksausplünderung um so bequemer und hemmungsloser vornehmen zu können. Alle Werktätigen erkennen an diesen Tatsachen, wie offen auch die bürgerliche Justiz in den Dienst der Verwirklichung des faschistischen Diktaturprogramms einbezogen wird. Die aktiven Kampfesmaßnahmen der Arbeiter und Kleingewerbetreibenden werden dem Staat bei der Eintreibung der Diktatursteuern trotzdem unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten.

Besuch im „Dritten Reich"

Differenzen werden grundsätzlich nur mit Fußtritten ausgetragen

Wir berichteten vor einigen Tagen über eine viehische Mißhandlung eines ehemaligen Seemannes im Parteibüro der NSDAP. in der Geiststraße durch einige nationalsozialistische Lümmels. Der Betreffende, der dort mit Fußtritten traktiert und krankenhausfähig geschlagen worden war, teilt uns über den Vorfall noch folgende Einzelheiten mit:

Ich hatte am 17. Januar mit einem Redakteur des „Kampf" einen Sühnetermin wegen einer mir zugefügten Beleidigung. Die Sühneverhandlung endete mit einer Einigung. Es wurde vereinbart, daß der „Kampf" eine Ehrenerklärung veröffentlichen sollte. Diese Erklärung war aber bis zum 20. Januar noch nicht erschienen. Ich begab mich deshalb zum „Mitteldeutschen Volksverlag", wurde aber von dort aus nach dem Gaubüro der NSDAP. in der Geiststraße verwiesen. Hier ließen sich die Vertreter des „Dritten Reiches" gar nicht auf eine Auseinandersetzung ein, sondern sie gingen sofort dazu über, mich mit Fußtritten und Schlägen zu bearbeiten bis ich besinnungslos am Boden lag. Hierbei taten sich besonders die Nationalsozialisten Kaßler und Schüler hervor, die bei den hallischen Nazis eine führende Rolle spielen. Kaßler brachte es sogar fertig, während er auf mich einschlug, zu zählen: „Eins, zwei drei . . . Eins, zwei, drei . . ." Sie schlugen auch noch auf mich ein, als ich bereits am Boden lag und mich kaum noch rühren konnte.

Die Tatsache, daß ich Schwerkriegsbeschädigter bin und nur noch ein Bein habe, hielt die Rohlinge nicht davon ab, ihre Mißhandlung an mir zu verüben.

Ich selbst war absolut nicht in der Lage, mich irgendwie zur Wehr setzen zu können. Arbeiter und Arbeiterinnen, so springen die nationalsozialistischen „Weltbefreier" mit armen schwerkriegsbeschädigten Menschen um. Wehrt Euch gegen die braune Mordpest, organisiert Euch im Kampfbund gegen den Faschismus.

Der schießwütige Gemeindevorsteher von Mötzlich

Ein Arbeiter schwer verletzt

Der Arbeiter Pf. aus Mötzlich hat auf seinem Hof zur Bewachung seines kleinen Anwesens einen Wachhund, da bei ihm schon mehrmals eingebrochen wurde. Vor einigen Tagen hörte man mitten in der Nacht lautes Gebell. Als Pf. nach dem Hund sah, stellte sich heraus, daß sein Wachhund mit dem Hunde des ihm gegenüber wohnenden Gemeindevorstehers Saalmann in Streit geraten war und beide aufeinander losstürzten. Pf. ging mit einem Ausklopfer in den Hof, um die beiden Hunde voneinander zu trennen, als plötzlich vom Fenster des Saalmann aus ein Schuß fiel. Der Arbeiter Pf. rief Saalmann sofort an: „Aufhören, Du triffst mich ja!"

Trotzdem schoß Saalmann nochmals und traf den Arbeiter Pf.

Dieser wurde schwer verletzt ins Elisabeth-Krankenhaus eingeliefert, wo er jetzt noch in Behandlung ist. Der Schuß ist in einen Oberschenkel gedrungen, es ist fraglich, ob dem Arbeiter Pf. das schwerverwundete Bein erhalten bleibt. Saalmann versucht immer wieder, einen Vergleich mit dem Arbeiter einzugehen, daß dieser ihn nicht verklagen soll. Pf. läßt sich darauf jedoch auf keinen Fall ein, da dieser Arbeiterfeind für seine Fahrlässigkeiten die Verantwortung allein übernehmen soll.

An alle proletarischen Eltern,

deren Kinder Ostern die Schule verlassen!

Der Vorbereitungsunterricht für die Kinder beginnt am Sonntag, dem 25. Januar 1931, vormittags ½10 Uhr, im Lokal Albrecht, „Promenaden-Restaurant", Universitätsring. Wir ersuchen die Eltern, ihre Kinder zu diesem Vorbereitungsunterricht zu schicken. Unter anderem wird ein Lichtbildervortrag gegeben. Unkosten entstehen den Eltern für die Teilnahme der Kinder am Unterricht nicht.

Die Praxis der nationalsozialistischen Führer ist

Arbeitermord und Volksbetrug

„Diesem System keinen Mann und keinen Groschen" — Aber die Nazi-Minister Frick und … treiben zur Erhaltung der Young-Republik die Negersteuer ein

Ein Wort an alle nationalistischen Arbeiter und Angestellten:

Hitler und Goebbels versprachen vor den Wahlen allen Werktätigen Kampf gegen die Volksausplünderung durch das deutsche und internationale Finanzkapital, Kampf gegen die Young-Sklaverei, Kampf für den Sozialismus.

Was haben sie gehalten?

Goebbels erklärte im „Kriegervereinshaus" in Berlin am Freitag, dem 16. Januar:

„Unsere Anhänger werden verzweifelt sein. Vielleicht wenden sich viele ab, weil die Parteileitung nicht erfüllte, was sie versprach. Wir werden uns aber nicht zu Unüberlegtheiten hinreißen lassen. Was wir tun können, wird getan, um die Massen zurückzuhalten."

Wovon halten Hitler und Goebbels Euch zurück? Vom Kampf um Arbeit und Brot, vom Kampf gegen Hunger. Aber zu gleicher Zeit gehen sie zu den Großindustriellen und schnorren Geld zum Kampf gegen revolutionäre Arbeiter.

Heute rufen die Nazis in Halle die Arbeiter und Angestellten wieder zu einer „Massenversammlung" nach der „Saalschloßbrauerei" auf. An allen Plakatsäulen prangen die Versammlungsplakate mit dem Hakenkreuz. Die Nazis haben wieder eine neue Parole gefunden und an die Plakatsäule gebracht. Diese Parole lautet:

„Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!"

Die Nazis reden davon, dem Young-System keinen Mann und keinen Groschen zu geben. In Wirklichkeit betreiben sie in Thüringen, Braunschweig und im Reiche die Volksausplünderung zum Zwecke der Erhaltung dieses Systems!

An die Mitglieder der Kommunistischen Partei und des Kommunistischen Jugendverbandes von Halle!

Genossen der Betriebszellen und Straßenzellen!

Montag, den 26. Januar, 20 Uhr, „Volkspark", großer Saal:

Außergewöhnliche Parteiversammlung

Tagesordnung: Die Plenartagung des Zentral-Komitees, Streikbewegungen, Lage in den Massenorganisationen.

Nur Partei- und Jugendmitglieder haben Zutritt. Mitgliedsbücher als Ausweis mitbringen, sonst kein Einlaß.

BL. der KPD. Halle-Merseburg.
BL. des KJVD., Halle-Merseburg.

Die Tatsachen beweisen das:

Die Naziabgeordneten haben im Reichstag der Ma… den Kupferkönigen, den Trustherren Otto Wolff, Ja… schmidt (Jude) usw. 7 Millionen in Gestalt von Sub… den Rachen geworfen.

Die Nazis stimmten im Reichstagsausschuß, gemeinsam … SPD. und den bürgerlichen Parteien gegen die … stellung der Young-Zahlungen!

Sie stimmten mit den Young-Parteien gegen die … munistischen Fraktion beantragte Millionärsteuer…

Sie organisierten an Rhein und Ruhr Streik… garden und unterstützten damit den Terror von Severing… horden gegen die Bergkumpels, die gegen die Young-… lierten!

Sie sind in Braunschweig und Thüringen die … der Eintreibung der Young-Tribute in Gestalt der Neger…

Sie stehen an der Spitze aller Scharfmacher, die die … der Zwangsarbeit für die Erwerbslosen betreiben!

Statt den Kampf zu führen gegen die Feinde des … Volkes, hetzen sie zu blutigem Mordterror gegen Arbeiter…

In allen Städten floß Arbeiterblut, währ… Kapitalisten auch nur ein Haar gekrümmt wurde.

Nationalistische Arbeiter und Angestellte! … Euch zu:

Ihr hungert wie wir,

Euch werden wie uns die Hungerlöhne, die Ge… Unterstützungsgroschen gekürzt, Ihr bezahlt wie wir die … und die Wuchermieten. Für uns alle muß es dau… Gemeinsame Not, gemeinsamer Kampf! … alle nur einen Feind und das ist das räuberische Finan… Großindustriellen, Großaktionäre und Großgrundbesitzer, … ob es deutsche oder ausländische, christliche oder jüdische … diesen Feind unterstützt, und das tun die Hitler, Goebbels … und Konsorten wie die Severing und Grzesinski, der übt … an den Interessen des werktätigen Volkes!

Deshalb her zu uns!

Die KPD. ist die einzige antikapitalistische Par… die KPD. kämpft gegen die Herrschaft des Finanzkapitals, … Young-Sklaverei, für die nationale und soziale Befr… werktätigen Volkes, für den Sozialismus!

Reiht Euch ein in die kämpfende Einheitsfr… Werktätigen zum Sturze der kapitalistischen Schw… schaft und zur Errichtung eines freien sozialistischen Deu…

Entsendet Delegierte zu der am Sonnta… 25. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Schütz… in Ammendorf stattfindenden Ka… konferenz gegen den Faschis…

Arbeiterfrauen wählen Delegierte zum Kampfkongreß gegen den Faschismus

In der am 21. Januar stattgefundenen öffentlichen Frauenversammlung des Stadtteils Zentrum sprach die Genossin Herrmann über das Thema: Volksrevolution oder Faschismus. Sie zeigte die Notwendigkeit der Einreihung der Frauen in die revolutionäre Kampffront des Proletariats auf. Nicht Gebärmaschinen, sondern Kampfgenossinnen sollen die Arbeiterfrauen sein. Anschließend wurden fünf Delegiertinnen zum Kampfkongreß gegen den Faschismus am Sonntag, dem 25. Januar, gewählt. Davon sind drei Delegiertinnen parteilos.

Arbeitsgerichtsvergleiche sind Betrug

Wie man versucht, Arbeiter über die Ohren zu hauen

Gütetermin vor dem Arbeitsgericht. Vergleich hinter Vergleich geht an der Barriere des Arbeitsrichters vorbei. „Na, 18 Mark. Nehmen Sie es an? Sonst kommt noch Termin in nächster Instanz, dann müssen Sie vier Wochen warten." Der klagende Arbeiter B. braucht Geld. Er weiß, daß die Firma H. immer Recht bekam. Er beugt sich dem Vergleich. 18 Mark statt 32 Mark, die er zu kriegen hat.

Frau G. gegen V. — „Frau G., was haben Sie denn, erzählen Sie mal schnell."

Die Sechzigjährige hat als Plätterin bei V. lange gearbeitet, wurde entlassen und fordert jetzt eine Nachzahlung von 110 Mark, weil sie ständig unter Tarif entlohnt wurde. Die „Rechtslage" ist klar. V. müßte zahlen, müßte, wenn es vor dem bürgerlichen Gericht für Proleten Recht geben würde.

Richter: „Vergleichen Sie sich auf 60 Mark." Die weiteren 50 Mark soll die Arbeiterin ihrem Ausbeuter schenken. Die Klägerin lehnt ab. Der Richter handelt weiter. „75 Mark — sagen Sie ja! — Wollen Sie es auf ein Urteil ankommen lassen?"

Die Alte ist einverstanden. Jetzt protestiert V. Er will drücken. „Ich bin nicht verpflichtet, Tariflöhne zu zahlen", meckert der Unternehmer.

Der Richter runzelt die Stirn. Der Vergleich fällt, die 60jährige Frau G. ist um 50 Mark betrogen.

So ist jeder Vergleich für den Proleten ein Betrug und für den Unternehmer ein Geschenk.

203 875 Einwohner in Halle

Die Einwohnerzahl Halles hat am 1. Januar 1931 203 875 Personen betragen. Im Vergleich zum 1. Januar 1930 ist ein Zuwachs von 781 Personen erfolgt. Gegenüber den früheren Jahren ist dieser „Gewinn" bescheiden, denn die Einwohnerzahl war gestiegen im Jahre 1928 um 1961 Personen, 1927 um 3221 Personen, 1926 um 1436 Personen. Wohl aber zeigte schon das unmittelbar vor 1930 gelegene Jahr nur einen Bevölkerungszuwachs von 992 Personen. Die beiden letzten Jahre 1929 und 1930 sind danach als schwache Zuwachsjahre zu bezeichnen. Entscheidend hierfür ist der geringe Zuzug, der ein deutlicher Ausdruck der schlechten Wirtschaftslage ist.

Achtung, Strzelewicz kommt nach Halle!

Am Sonnabend, 24. Januar, ½8 Uhr, spielt der Genosse Strzelewicz im „Volkspark", Burgstraße 27.

Der Genosse Strzelewicz ist dem hallischen Proletariat nicht unbekannt. In allen Orten, wo er gespielt hat, sind die Häuser ausverkauft gewesen. Sein satirisches Programm ist antireligiös eingestellt.

Kommt, holt Euch Aufklärung!

Unter anderen wirkt mit das hallische Arbeitermusikorchester.

Der Eintritt beträgt für Betriebsarbeiter 30 Pf., für Erwerbslose gegen Ausweis 10 Pf.

Arbeiter, Jungpro…

Was weißt Du über Amerika

Professor Dr. Alfons Goldschmidt, …

Leiter des Wirtschaftsinstituts für Lateinamerika … spricht über dieses Thema

am Freitag, dem 23. Januar, im „Gesel… schaftshaus", Leipziger Straße

abends 8 Uhr. Einlaß ½8 Uhr. Besorge Dir recht… Einlaßkarte im Vorverkauf in den Volksbuch… Harz 1 und Lerchenfeldstraße 14, AIZ.-Auslieferst… ackerstraße 13/14 und in Bibliotheksstunden der … schaft „Volkspark" oder an der Abendkasse. Für Er… 30 Pfennig, für Erwerbstätige 60 Pfennig.

Masch Marxistische Arbeiterschule …
IfA.-Kartell Halle.

Achtung, Kampfbund gegen den Faschis…

Alle Mitglieder treten heute abend 19 Uhr zur Demons… dem Hallmarkt an. Kameraden, erscheint restlos zum … dem „Volkspark" zur Kampfkundgebung gegen den Fa…

Kreistagsfraktion des Saalkreises nimmt am Kampfko… Faschismus in Ammendorf teil. Anschließend Frakti…

J. A.: F. …

Achtung, Mitglieder des Arbeiter-Sänger…

Am Sonntag, dem 25. Januar, vormittags ½10 Uhr, … kleinen Saal im „Volkspark" eine außerordentliche … versammlung statt. Thema: Stellungnahme zum Beschluß … ralversammlung betreffs Anschluß an das Ifa-Kartell. … glieder, auch die passiven, müssen unbedingt erscheinen!

*

Alle der KPD. angehörenden und mit ihr sympathisier… glieder werden dringend ersucht, zu einer Fraktionssi… erscheinen, die am Sonnabend, dem 24. Januar, abends … „Volkspark" stattfindet. Restloses Erscheinen ist unbe… wendig, da entscheidende Fragen behandelt werden mü…

Der Hunger geht um. Gestern gegen 18,30 Uhr erlitt … beiter auf dem Steintorplatz einen Ohnmachtsanfall; … nicht wieder erholte, erfolgte seine Ueberführung in die …

Es waren nur Funken. Gestern gegen 9 Uhr wurde … wehr nach einem Grundstück in der Spiegelstraße geru… Brand vermutet wurde, weil Funken und verbranntes … die Straße flogen. Die Feuerwehr brauchte nicht einzu…

Gefährlicher Sturz. Gestern gegen 13.30 Uhr stürzte … riger Invalide infolge Glätte auf dem Bürgersteig in der … Straße vor dem Grundstück Nr. 88. Er zog sich einen … zu und mußte zur Klinik gebracht werden.

Brand im Mansardenzimmer. Gestern gegen 22 Uhr … Feuerwehr nach Lessingstraße 36 gerufen, wo in einem … zimmer ein Brand ausgebrochen war. Die Feuerwehr … kurzer Tätigkeit wieder abrücken.

Unter der Straßenbahn. Gestern gegen 8.30 Uhr … Leipziger Straße ein Mann von einem Straßenbahn… fahren. Er geriet unter den Wagen und wurde durch … bahner hervorgeholt. Der Verunglückte trug Verletzun… sicht und am Hinterkopf davon und wurde dem Elisabe… haus zugeführt. Verkehrsstörung etwa 10 Minuten.

Walhalla-Theater. Am kommenden Sonntag, nachmittags 4 Uhr, … und letzte Familienvorstellung mit der lustigen Operette „Der Tanz … kleinen Preisen von 50 Pf. bis 2,50 Mk., Kinder die Hälfte. … begonnen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310123-12/fragment/page=0008

AUS MITTELDEUTSCHLAND

Entfesselt in Stadt und Land ein Massenbekenntnis für die

Volksrevolution gegen faschistische Diktatur!

Organisiert den Kampf gegen Lohn- und Steuerraub — Holt Euch Aufklärung über den Kampf gegen die Negersteuer, die vom 10. Januar ab eingetrieben werden soll — Rüstet zu den Kampfkonferenzen gegen den Faschismus am 18. Januar — Schafft Kampforgane des werktätigen Volkes — Heraus zu den

Massenversammlungen in Stadt und Land

Einwohner-Versammlungen:

Breitungen: Sonnabend, den 24. Januar, 20 Uhr. Referent: Genosse Schroter, Kelbra.

Wimmelburg: Sonnabend, den 24. Januar, 20 Uhr, in der „Hüneburg".

Bedra: Sonnabend, den 24. Januar, 19 Uhr, bei Dörge

Theißen: Sonntag, den 25. Januar, 14 Uhr.

Kleinbauernversammlungen:

Roitzsch: Freitag, den 23. Januar, 20 Uhr.

Frauen-Versammlung:

Schildau: Sonntag, den 25. Januar, 14 Uhr, im „Deutschen Haus".

LLL.-Feiern:

Sandersdorf: Sonnabend, den 24. Januar, 20 Uhr.

Dölau: Sonnabend, den 24. Januar, 20 Uhr, bei Richter. Referent: Genosse Kunz.

Zschortau: Sonnabend, den 24. Januar, 20 Uhr.

Bruckdorf: Sonnabend, den 24. Januar, 20 Uhr, bei Heinicke. Referent: Genossin Hertha Melcher.

Frebroda: Sonnabend, den 24. Januar, 20 Uhr, im Gasthof.

Dommitzsch: Freitag, den 23. Januar, 20 Uhr.

Mücheln: Sonntag, den 25. Januar, 20 Uhr, im Gasthof Otler, Möckerling.

Querfurt: Sonntag, den 25. Januar, 20 Uhr, in der „Tanne".

Letztes Signal zu den

Kampfkonferenzen gegen den Faschismus

Wählt in letzter Stunde überall Delegierte

Halle-Ammendorf: vormittags 10 Uhr im „Schützenhaus", Ammendorf, für: Halle, einschließlich südlichen Teil des Saalkreises, ab Halle mit Linie 14 oder Ueberlandbahn.

Naumburg: vormittags 9,30 Uhr im „Goldenen Hahn": für Stadt und Kreis Naumburg mit Unstruttal und Kreis Eckartsberga.

Eisleben: vormittags 10 Uhr in der „Terrasse": für das Mansfelder Revier einschließlich Landorte.

Wansleben: vormittags 10 Uhr bei Grasemann: für das Röblinger Revier und die Reviere Teutschenthal und Salzmünde.

Wittenberg: vormittags 10 Uhr in Muths Saal: für Stadt und Kreis Wittenberg.

Alle Werktätigen, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, werden aufgefordert, zu diesen Konferenzen ihre Vertreter zu wählen, in Resolutionen diesen Vertretern Vorschläge für die Organisierung des Kampfes gegen Lohnraub, Negersteuer und Faschismus mit auf den Weg zu geben.

BL. der KPD. Halle-Merseburg.
Bezirksausschuß der RGO.
Kampfbund gegen Faschismus.

Zwei Bauernwagen voll Lebensmittel für die streikenden Pels-Arbeiter in Erfurt!

Die JAH. schafft das Bündnis zwischen Industrie-Proletariat und Werktätigen auf dem Land

Seit dem 1. Januar stehen die Arbeiter der Maschinenfabrik Henry Pels A.-G., Erfurt, unter Führung der RGO. im Streik. Sie kämpfen gegen einen Lohnraub der Direktion von 6 Prozent. Der Streik findet das stärkste Interesse und die Unterstützung der werktätigen Bevölkerung.

Die Internationale Arbeiter-Hilfe hat sofort zur aktiven Unterstützung der kämpfenden Pels-Arbeiter eine Solidaritätsaktion eingeleitet. Am Sonntag, dem 18. Januar, ging ein JAH.-Sammelkommando aus Erfurt erstmalig aufs Land und sammelte in Herbsleben und Döllstedt unter der Landbevölkerung für die streikenden Metallarbeiter. Der Erfolg war überraschend: Auf zwei Bauerngeschirren brachten die Landarbeiter 64 Zenter Kartoffeln, 50 Pfund Speck, 20 Pfund Fett, 20 Brote, ein Zentner Mehl, ferner Gemüse und andere Lebensmittel, außerdem 66 Mark bares Geld, auf Solidaritätslisten der JAH. gesammelt, in die Stadt Erfurt. Dieser große Erfolg der JAH. bestätigt die Erfahrung, die schon während der Solidaritätsaktion für die Berliner Metallarbeiter gemacht wurde. Die Verschärfung der Klassengegensätze mobilisiert die Werktätigen auf dem Lande. Die Solidaritätsaktion der JAH. schafft das Bündnis zwischen Stadt und Land im Zeichen von Hammer und Sichel!

Ein Korruptionsheld bezieht — Wartegeld

Die Liebenwerdaer „Vogl"-Geschichte

Der frühere Landrat des Kreises Liebenwerda, Vogl, war im Februar 1927 wegen Untreue im Amt rechtskräftig zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Seine Finanzgeschäfte, die er in Gemeinschaft mit dem Sparkassendirektor Merres getätigt hatte, haben dem Kreis bekanntlich einen runden Verlust von 1½ Millionen Mark eingebracht. Die Gefängnisstrafe brauchte der gewesene Landrat allerdings nicht abzusitzen, vielmehr erhielt er im Dezember 1928 auf zwei Jahre Bewährungsfrist. Inzwischen nahm das nach seiner Verurteilung eingeleitete Disziplinarverfahren seinen Fortgang. Nach mehr als dreijähriger Dauer erging das Urteil auf Dienstentlassung. Vogl legte aber Berufung beim Staatsministerium als der letzten Instanz im Disziplinarverfahren für nichtrichterliche Beamte ein. Ueber diese Berufung ist noch nicht entschieden. Nach einer amtlichen Auskunft, die das „Liebenwerdaer Kreisblatt" veröffentlicht, seien zur Berufungsverhandlung Voten verschiedener Ministerien notwendig. Einzelne dieser Voten lägen bereits vor, so daß „damit zu rechnen" sei, daß „in den nächsten Monaten" die Entscheidung des preußischen Staatsministeriums gegeben werde.

Vogl bezieht also nun bereits ins sechste Jahr hinein Wartegeld für seine fünfjährige „ersprießliche" Tätigkeit (von 1920 bis 1925). Auch das Verfahren gegen den Sparkassendirektor Merres, der rechtskräftig mit vier Monaten Gefängnis bestraft und im Disziplinarverfahren erster Instanz zur Dienstentlassung verurteilt ist, kann vom Oberverwaltungsgericht als Berufungsinstanz erst erledigt werden, wenn das Disziplinarverfahren gegen Vogl vollständig abgeschlossen ist. Bis dahin ist aber Merres — mit halbem Gehalt — nach wie vor Sparkassendirektor, obwohl er seit 1925 seines Amtes enthoben ist.

Die Steuerzahler streiken

Ueber 1 Million Steuerrückstände im Kreis Calbe

Der Kreisausschuß des Kreises Calbe veröffentlicht eine Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Kreises für das Vierteljahr Oktober—Dezember 1930. Danach betrugen die Einnahmen an Steuern 991 142,01 Mark. Einschließlich der im Laufe des Etatsjahres schon vereinnahmten Steuern ergab sich eine Gesamtsumme von 1 928 396,73 Mark, während der Etatvoranschlag 2 817 148 Mark erwartet. Von den veranschlagten Gesamteinnahmen in Höhe von 3 622 000 Mark sind erst 2 520 463,50 Mark eingekommen.

Die „Sorgen" des Provinzialausschusses

Zu Beginn der Sitzung des Provinzialausschusses am 21. Januar hielt Professor Dr. Vetterlein einen Einführungsvortrag über die Landesplanung für den Regierungsbezirk Magdeburg, für die der Provinzialausschuß in seiner letzten Sitzung eine Beihilfe bewilligt hatte, indessen ihm aber die Not der Erwerbslosen ein „Brief mit sieben Siegeln" ist. Die Landesplanung geschieht vor allem im Interesse der Industrie und des Großgrundbesitzes. Sie bezweckt die „Förderung aller Wirtschaftszweige, die Regelung der Verkehrsfragen (Eisenbahn-, Wasser-, Wege-, Straßen- und Flugwesen), „die Bereitstellung von Siedlungsflächen für Stadt und Land".

Der Provinzialausschuß beschäftigte sich erneut mit dem Elbbrückenbau in Tangermünde, ohne der Sache praktisch näher zu treten. Nach Bürokratenart beschloß er nur, dem Landtag eine entsprechende Vorlage zu machen und den Landeshauptmann mit der Führung weiterer Verhandlungen über die Finanzierung zu beauftragen. Schließlich leistete sich der Provinzialausschuß noch einen hohnvollen Witz über die „Linderung der Not der erwerbslosen Jugend", den wir morgen noch gebührend anprangern werden.

Ferner wurden verschiedene Vorlagen für den kommenden Provinziallandtag festgestellt.

Glosse vom Tage

„Wein, Weib und Würfel"

Was die Frauen im „Dritten Reich" zu erwarten haben

Es ist bekannt, daß die Nationalsozialisten die tiefste menschliche und politische Mißachtung vor der Frau haben. In ihrem Programm heißt es, daß die Frau nur Dienerin und Magd sein soll und die Politik nur Angelegenheit der Männer ist. Deswegen sitzen in der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion als einziger auch keine Frauen. Mit dankenswerter Offenheit gibt das Pfälzer Hitler-Organ „Die Rheinfront" in einem Artikel „Der neue Lebensstil der SA." darüber Auskunft, was die Frau im „Dritten Reich" zu erwarten hat. Man kann diese Ausführung nicht weit genug, besonders bei Arbeiterfrauen, verbreiten. Wir zitieren daher wörtlich:

„Wenige werden es daher auch nur von den Außenstehenden begreifen, daß der Verkehrston innerhalb der SA. alles andere als keusch und stille ist. Hier herrscht vielmehr ein sinnesfroher Landsknechtstil; das Lager der Braunhemden ist nicht das puritanische Lager Cromwells. Wein, Weib und Würfel, zumindest die mittlere der drei alten Soldatenparolen, spielen keine geringe Rolle in der Armee des kommenden Deutschlands."

Es war schon immer alter Landsknechtsbrauch, jede Frau als Hure zu betrachten und dementsprechend zu behandeln. Aus den Zeiten des weißen Terrors, z. B. nach dem Kapp-Putsch, ließen sich beliebig viel Beispiele in Erinnerung zurückrufen, wo die Banditen des Freikorps Arbeiterfrauen vergewaltigt und geschändet haben.

Das ist der „neue Lebensstil" im „Dritten Reich".

Kreis-Erwerbslosen-Konferenzen

in Wansleben und Eisleben

Am Sonnabend, 24. Januar, 15 Uhr, findet in Wansleben, Lokal Grasemann, und in Eisleben in der Turnhalle eine Kreis-Erwerbslosenkonferenz des Mansfelder See- und Gebirgskreises statt. Alle Erwerbslosenausschüsse müssen dort vertreten sein.

Kreis-Erwerbslosenausschuß Eisleben.

Eilenburg. Der gesamte Steinbruchbetrieb stillgelegt. Nunmehr haben auch die beiden Kollmener Steinbrüche ihren Betrieb eingestellt. Sämtliche Arbeiter sind entlassen worden. Erst vor kurzem war der Betrieb in den Hohberg-Röcknitzer Brüchen zum Stillstand gekommen. Damit sind nun sämtliche Brüche der Umgebung außer Betrieb. Die „Stempelei" kommt aber immer mehr „in Betrieb".

Magdeburg. Die Elbe steigt wieder. Die vielen Niederschläge der letzten Zeit haben wieder ein Ansteigen des Wasserstandes der Elbe zur Folge gehabt. In Dresden war ein Steigen von 51 Zentimeter zu verzeichnen. Mit einem weiteren langsamen Ansteigen des Wassers ist zu rechnen. Infolge der milden Witterung ist die Elbe inzwischen auch wieder eisfrei geworden, so daß der Schiffsverkehr aufs neue einsetzen konnte.

Heringen. Heringen von einem Großfeuer heimgesucht. Im Anwesen des Stallmeisters Laun war hier in der Nacht Feuer ausgebrochen. Es vernichtete sämtliche Wirtschaftsgebäude. Das Wohnhaus konnte vor den Flammen bewahrt werden. Da die benachbarten Grundstücke des Landwirts Natt und des Metzgermeisters Möller vom Feuer bedroht waren, mußte an ihre Räumung geschritten werden, doch konnte dem Feuer bald Einhalt geboten werden, so daß für diese Gebäude keine Gefahr mehr bestand.

Giersleben. Selbstmord eines „krampf"haften Gemeindevorstehers. Der Amts- und Ortsvorsteher von Giersleben, Thiemann, hat seinem Leben durch Erschießen ein Ende gemacht. Wie es heißt, soll sich der Gemeindevorsteher Veruntreuungen haben zuschulden kommen lassen, deren Aufdeckung er bei der Revision fürchtete. Kurz vor Eintreffen der Revisionsbeamten aus Bernburg verübte er die Tat. Das Ergebnis der Revision wird noch verschwiegen.

Deine Partei ist die KPD

„Fürsorge"

Die letzte Station vor dem Verhungern

Du sollst hungern, damit die Satten leben und prassen — „Fürsorge" heißt Brosamen von dem Tisch der Reichen — „Es ist kein Geld da"

Man sorgt für — wen? Ich behaupte, die besitzende Klasse, das satte Bürgertum, sorgt eben durch die kommunale Fürsorge für sich am besten. Stell dir doch einmal vor, morgen würde keine Fürsorge mehr gezahlt. Es würden nicht mehr die allernotwendigsten Brocken vom Fürsorgeamt geholt werden können. Mietbeihilfe würde eingestellt werden. Dann müßten die ärmsten der Armen umkommen — denkst du? — ich bin anderer Meinung, und ich glaube auch von dir nicht, daß du dich wehrlos vernichten läßt. Also, wenn heute alle Fürsorge eingestellt würde, so werden bestimmt morgen oder übermorgen, all die verzweifelten Massen der Armen aufstehen, fordern, marschieren und vor nichts Halt machen, sondern sich das holen, was sie brauchen. Und das weiß sie, die Bourgeoisie, deshalb auch ihre Fürsorge, aber auch nur deshalb diese sozialen Brosamen von ihrem vollen Tisch, den du ihnen erst gedeckt hast. Sie wollen an diesem Tisch bleiben, in Ruhe genießen, sie machen die Fürsorge nur um ihrer selbst willen.

Und wie sorgen die Satten für die Hungernden? Für Menschen, die Jahre gearbeitet haben die, als man ihnen die Arbeit nahm, leere Hände hatten, Bettler wurden. Mit Bangen gehen heute diese Enterbten zu ihrem Pfleger, zum Vorsteher, aufs Fürsorgeamt, mit irgendeinem dringenden Anliegen, welches dann in den meisten Fällen abgelehnt wird — so von oben herunter. Weil kein Geld da ist — sagt man.

Fürsorge — die letzte Station vor dem Verhungern.

Der Fürsorgeempfänger A. schleppt sich in zerrissenen Schuhen, müde, frierend, Hunger im dürren Leib, über den Asphalt. Weil kein Geld da ist, grübelt er. Eine Luxuslimousine fuhr ihn um.

Weil kein Geld da ist, sprang die Fürsorgeempfängerin B. in den Kanal. Drüben im Hotel hatte man ihren letzten Schrei nicht gehört. Dort spielte eine Jazzkapelle. Die Creme der Gesellschaft war zur Modenschau versammelt.

Weitergehen! Weitergehen! — Die Polizei kämmt die Straße ab. Ihre Bajonette funkeln im Lichte warenprotzender Schauläden. Im Portal eines Bankhauses liegt der Fürsorgeempfänger C — erschossen. Er hatte mit anderen demonstriert, die Grünen schossen, weil kein Geld da ist.

Und so wird immer kein Geld da sein. Fürsorge in diesem Staate wird immer Almosen bleiben. Fürsorgeempfänger in diesem System werden noch zu Tausenden zugrunde gehen. Geduldig hoffen sie alle noch einmal Arbeit zu bekommen. Ihre Hoffnung wird zuschanden werden. Abertausende werden keine Arbeit wieder finden. In dieser Gesellschaft nicht mehr. Sie werden Fürsorge beziehen und zugrunde gehen — langsam, aber sicher.

Fürsorgeempfänger, willst du das??

Du hast noch Arbeit, bist du sicher, daß du nicht auch noch Fürsorge beziehen mußt?

Und du, Kleingewerbetreibender, viele deines Standes sind heute auf der letzten Station und gehen mit zugrunde.

Wir rufen euch zu! Wehrt euch! Kämpft mit uns in der Kommunistischen Partei gegen die auf Hunger und Elend aufgebaute Gesellschaft. Unterstützt uns im Kampf gegen den Faschismus. Reißt nieder die Diktatur der Parasiten. Rafft Euch alle auf!

heraus zu den Kampfkonferenzen gegen den Faschismus!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310123-12/fragment/page=0009
DFG

Politisch versumpfte Elemente werden aus der KPD. entfernt aber mit offenen Armen von der SPD. aufgenommen

Der Kampf der Arbeiterschaft geht erfolgreich über sie hinweg

A.-K. Zeitz. Die aus der Partei hinausgeworfenen Renegaten Paul Nelk und Franz Schickfuß sind jetzt die schlimmsten Denunzianten, Lügner und Verleumder gegenüber der Kommunistischen Partei geworden. Beide Renegaten waren schon längere Zeit Hauptfunktionäre im Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband. Vor längerer Zeit nun haben diese beiden Elemente viel höhere Verwaltungskosten für sich eingeschrieben, als sie zu bekommen haben. Durch den Kassenbericht wurde der Hauptvorstand des NGAV. auf die beiden aufmerksam und sie fielen in Ungnade. Bei den oberen Instanzen wie auch bei der Arbeiterschaft kamen dadurch diese beiden in ein schlechtes Licht. Nun haben sie lange gegrübelt, wie sie auch für 1931 wieder ihre Posten als Ortsverwaltungsmitglieder erobern könnten. Da fanden sie ein Mittel, das bei den Gewerkschaftsinstanzen am besten anschlägt, **nämlich, sie hetzten offen gegen die KPD.** Die KPD.-Leitung, die einige Zeit noch Nachsicht mit diesen beiden gehabt hatte, verlor jetzt die Geduld und warf sie aus der Partei hinaus. Früher hat Schickfuß in dem reformistisch geleiteten Konsumverein Zeitz gearbeitet. 1928 wurde er entlassen. 1929 wurde ihm von dem SPD.-Gewerkschaftssekretär P. Müller gesagt, daß er „unter besonderen Umständen" wieder Arbeit im Konsum

Deine Partei ist die KPD.

erhalten könne. Schickfuß hat den Wink verstanden: Hetze gegen die KPD. und die RGO. Das waren die Vorbedingungen, um wieder Arbeit und außerdem einen Posten zu bekommen.

Jetzt sind nun Nelk und Schickfuß auf dieser Bahn der politischen Versumpfung noch weiter gegangen. **Sogar zum Denunzianten sind sie herabgesunken.** Am 4. Januar hatte Nelk beim Kassieren der Beiträge für den NGAV. bei einem Mitglied des Verbandes einen Arbeiter angetroffen, der Broschüren verkaufte. Schon denunzierte Nelk diesen Genossen bei den Gewerkschaften, daß dieser ein Werber für die RGO. sei.

Auf die Anregung Nelks brachte in der Generalversammlung des NGAV. der Hakenkreuzler Rüderich einen Antrag ein, die Genossen Seifert und Bock aus der Gewerkschaft auszuschließen, weil sie angeblich heimlich für die RGO. werben.

Durch alle diese Liebesdienste für die reformistischen Gewerkschaftsbonzen erwarteten die beiden Renegaten natürlich die Belohnung. Sie wird auch nicht ausbleiben, denn für derartige Elemente haben die Gewerkschaften und die SPD. schon etwas übrig.

An dem Zusammenarbeiten dieser Renegaten mit dem Nazi Rüderich können die Arbeiter die ganze politische Verlumptheit dieser Gesellen erkennen. Nelk und Schickfuß, sie sind nun würdige Mitglieder der SPD. Eins aber ist allen ehrlichen, klassenbewußten Arbeitern klar: solche Elemente, die sogar Hakenkreuzler als ihre Werkzeuge benutzen, um klassenbewußte Proleten aus den Gewerkschaften hinauszudrängen, die fallen der Verachtung der Arbeiterklasse anheim.

Wir wissen, daß es in der SPD., in den Gewerkschaften und auch bei den Hakenkreuzlern noch viele ehrliche Proleten gibt, die ein solches Tun und Treiben gleich uns auf das Schärfste verurteilen. Sie alle müssen erkennen, daß der Kampf auch gegen solche politische Versumpfung nur geführt werden kann durch die Kommunistische Partei, daß darüber hinaus nur die Kommunistische Partei in Gemeinschaft mit den revolutionären Massenorganisationen des Proletariats die Kämpfe der Arbeiterschaft siegreich führen kann bis zur endgültigen Befreiung aus der Sklaverei des Kapitalismus.

Ein neuer Schurkenstreich der Sozialfaschisten

A.-K. Zangenberg. Nach langer Zeit ist es dem Achtgroschen-S. endlich gelungen, die Einheit des hiesigen Arbeitersportes zu zerschlagen. Lange genug hat man daran gearbeitet, um willfährige Subjekte zu finden. Hatte man doch erklärt: Und wenn es einige hundert Mark kostet, die Zerschlagung des Sportvereins muß zuwege gebracht werden. Durch Kauf von Mitgliedern, durch Bezahlung der Zeche, durch Zuweisung oder In-Aussichtstellung von Arbeit gelang es ihnen auch, solche Elemente zu finden. Man wartete nur noch auf einen Anlaß, um die Schurkerei in die Tat umzusetzen. Einige ehrliche Sportgenossen fanden sich, denen die Einheit der Arbeiterbewegung am Herzen lag und deshalb Solidaritätsspiele mit Ausgeschlossenen austrugen. Diese proletarische Handlung brachte den Gernegroß S. aus dem Häuschen.

Nachdem man wochenlang im Zeitzer „Volksbote" geschmiert hatte, läßt nicht zu, daß noch ein neuer Verein aufgemacht wird, trotzdem aber dieser Sudelfritze schon lange am Gegenteil arbeitete, machten nun die sogenannten Bundestreuen einen eigenen Laden auf.

Eine besonders schuftige Rolle spielt hierbei der aus der KPD. ausgeschlossene frühere Kassierer W. Seifert. Da dieser behauptet, ausgeschlossen zu sein, weil er bundestreu ist, und außerdem andere ehrliche Genossen in den Schmutz zu ziehen glaubt, können wir nicht umhin, die wahren Gründe des Ausschlusses dieses Burschen preiszugeben. Bis jetzt haben wir nur Parteischädigung angegeben. W. Seifert ist ausgeschlossen, weil er vergessen hatte, einkassierte Beiträge abzurechnen, das heißt also Unterschlagung von Arbeitergroschen. Diesen Burschen gönnen wir gern der korumpierten SPD., sie kann Staat mit solchen sauberen Elementen treiben.

Nun zu der anderen Schwindelei dieses Artikelschreibers. Die Versammlung des „Arbeiter-Sportvereins" beschloß, alle Wege einzuschlagen, um in den Besitz des in den Händen einiger dieser Burschen befindlichen Vereinseigentums zu kommen. Da sich diese weigerten, es freiwillig herauszugeben, blieb nur der Klageweg offen. Gen. Voigt hat mit der Klage nichts zu tun. Da die anderen genannten Genossen dem Vorstand angehören, waren diese verpflichtet, den Versammlungsbeschluß durchzuführen. Da einer dieser Beklagten noch unmündig ist, müßte der gesetzliche Vertreter haftpflichtig gemacht werden, um so mehr, als dieser die Handlungsweise seines Sohnes gutheißt. Dies ist der wahre Sachverhalt.

Auf die anderen kindlichen Sachen dieses blassen Jünglings einzugehen, erübrigt sich, da uns der Raum unserer Zeitung wirklich zu schade ist. Ob die KPD. den Bankrott anmeldet, wird die Zukunft beweisen, denn unseren Reihen rein von unsauberen Elementen zu halten, halten wir für unsere proletarische Pflicht und werden es auch in Zukunft tun. Des weiteren bezeichnen wir den W. Seifert öffentlich als Lump, wenn er behauptet, daß in der Wohnung des Gen. Dietzmann eine Sitzung stattgefunden hat, in der beschlossen wurde, nur Linientreue zur Vorstandswahl des „Arbeiter-Sportvereins" aufzustellen.

Landarbeiter, merkst Du nicht, wie Du entlohnt wirst?

Ein treuer Lakai des Großagrariers scheint der Verwalter Ernst auf dem Rittergut in Kölleda zu sein.

Um sich bei seinem Vorgesetzten eine dicke Nummer zu verschaffen, glaubt er zu diesem Zwecke bei den Arbeitern den nötigen Stoff gefunden zu haben.

Landarbeiter, wo ist denn Euer Betriebsrat, wenn sich dieser kaum hergekommene Jüngling erlaubt, Euch an Eurem Deputat unberechtigte Abzüge zu machen?

Wo ist denn Euer schöner Max vom Landarbeiterverband, der es sich scheinbar nur zur größten Aufgabe macht, mit dem von Euren Groschen gekauften Auto die Gutsbesitzer zu besuchen, um weitere Lohnabbauverhandlungen vorzubereiten.

Landarbeiter, laßt es Euch nicht länger gefallen, daß man Euch mussiges Korn als Deputat verabreicht.

Schmeißt es diesem Kapitalsknecht vor die Beine.

Dem Verwalter möchten wir empfehlen, diese Schweinereien zu unterlassen, wenn er sich nicht einen längeren Aufenthalt in Kölleda verscherzen will.

Landarbeiter, macht Schluß mit allen Eigenbröteleien, stellt alle persönlichen Feindseligkeiten zurück,

vereinigt Euch in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, kämpft geschlossen für die Verbesserung Eurer Lebensbedingungen,

jagt Euren Betriebsrat zum Teufel, wenn er sich weigert, Eure Interessen tatkräftig zu vertreten.

Erst wenn wir geschlossen und sicher auftreten, ist der Sieg unser. Die Ausbeutung an Eurer Arbeitskraft hat gewiß schon die Spitzenleistung erreicht, und trotzdem plant man neue Maßnahmen, um Euch neue Verschlechterungen zu bringen.

(Aus der Ortszeitung der KPD., Kölleda.)

*

Es muß mit aller Kraft an der Vorbereitung des Streiks zur Zeit der Frühjahrsbestellung auch in Kölleda gearbeitete werden. Haltet Landarbeiterversammlungen ab, bildet Gutsgruppen der RGO., wählt Delegierte zu den Landarbeiterkonferenzen, zu denen demnächst aufgerufen werden wird. Sorgt auch in Kölleda für die Wahl roter Betriebsräte.

Ein Autofahrer, wie es keine geben dürfte

A.-K. Naumburg. Kommt da am Sonntagnachmittag gegen 4 Uhr der Schuhmachermeister Bösel, Mücheln, vom Markt nach der Großen Jakobstraße angesaust und fährt einen zehnjährigen Jungen um. Das Auto sauste dann noch zirka 20 Meter den Bürgersteig entlang und klemmt einen Mann und eine Frau an ein Haus. Arbeiter-Samariter, die Augenzeugen des Unfalls waren, leisteten sofort Hilfe. Der Frau Gübler aus Zöbigker bei Mücheln war von ihrem Landsmann ein Fuß über dem Knöchel abgefahren, während der Herr Müller aus Naumburg mit leichteren Quetschungen und der Junge unverletzt davonkamen.

Zur Ursache selbst: Es kann der Umstand eintreten, daß ein Chauffeur durch Umfahren eines Kindes sich aufregt. Es darf aber nicht passieren, daß, nachdem zwei weitere Personen überfahren sind, der Getriebegang noch nicht ausgeschaltet ist. Als die Arbeiter-Samariter und noch andere Hilfsbereite den Wagen aus der Klemme haben, fuhr er nochmals weiter und wurde nun erst zum Stehen gebracht. Unseres Erachtens darf eine Person, die so die Nerven verliert, nicht weiter ein Auto führen.

Eine Arbeiterfrau schreibt über den Reichsgründungsrummel

A.-K. Freyburg. Welchen Blödsinn man in die Gehirne der irregeführten Proleten hineintrichtert und zu welchem Unfug selbige benutzt werden, konnte man am heutigen Sonntag beobachten. Reichsgründnugsfeier nennt man den Rummel, schwarz-weiß-rote Lappen waren an der Tagesordnung. Frühmorgens um 10 Uhr marschierten Stahlhelm, Kriegervereine usw. mit Trommeln und Pfeifen in die Kirche (Verdummungsanstalt), wahrscheinlich um für das Elendsdasein zu danken. Einen großen Kranz schleppte man mit, um ihn am Steinhaufen niederzulegen. Man sollte lieber den Kriegsopfern ein menschenwürdiges Dasein verschaffen, als solchen Klimbim zu verzapfen. In dem Zuge sah man einerseits ausgemergelte Proleten und auf der anderen Seite satte Spießer (abgetakelte Offiziere). Der Arbeiter Wendt, ein Schwerarbeiter im Betrieb Flemig, Fahnenträger im Kronprinz-Verein, war traurig anzusehen. Jeden Augenblick dachte man, der Wind schmeißt den Kerl um. Also viele Proleten waren dabei, welche in der Sektkellerei nur drei Tage arbeiten bei dem fürstlichen Lohn von (ledig) 9 Mark, (verheiratet) 12 Mark.

Arbeiter, erkennt, daß Stahlhelm, Kriegervereine nur Euren Untergang wollen. Kehrt vor allen Dingen der Verdummungsanstalt (Kirche) den Rücken, ein aufgeklärter Arbeiter hat da nichts zu suchen. Heraus aus der Kirche, denn Religion ist Opium für das Volk.

Weißenfels. Achtung, Rundfunkhörer! Alle proletarischen Rundfunkhörer schließen sich der bereits bestehenden Ortsgruppe des „Freien Radiobundes" an. Interessenten können sich beim Genossen Frohl, Müllnerstraße 23, melden, desgleichen auch aus dem gesamten Unterbezirk. Freie Funkhilfe gibt Auskunft über technische Fragen, man wende sich an Genossen Maßwo, Lutherstraße. Unsere Gruppenabende finden jeden Montag im Jugendheim, Langendorfer Straße (Keller) statt.

Weißenfels. Alle oppositionellen Holzarbeiter erscheinen zum Sonnabend, dem 24. Januar 1931, zur Jahresversammlung im „Restaurant zur Eisenbahn", 20 Uhr.

Merseburg-Leuna-Querfurt

Die einzige Hoffnung des Stadtoberhauptes ist: zwangsweise Eintreibung der Diktatursteuern!

A.-K. Lützen. Am Donnerstag fand die erste Sitzung im neuen Jahre statt. Zur Wahl des Vorstehers lagen zwei Vorschläge vor. Unsere Fraktion schlug den Genossen Winkler, die Bürgerlichen schlugen den bisherigen Vorsteher Dr. Möllenberg vor. Genosse Winkler erhielt 8 Stimmen, auf den bisherigen Vorsteher entfielen 7 Stimmen, der Genosse Winkler war somit gewählt. Auch bei der Wahl des stellvertretenden Vorstehers reichten unsere Genossen einen eigenen Wahlvorschlag ein. Aus Verärgerung, daß die Bürgerlichen den ersten Vorsteher nicht bekommen hatten, schlug die bürgerliche Fraktion keinen ihrer Freunde vor, so daß die Wahl zwischen unseren Genossen Rohmann und Herrn Augusta von der SPD. stattfand. Unser Genosse Rohmann erhielt fünf Stimmen und Herr Augusta ganze zwei Stimmen, die Bürgerlichen gaben weiße Zettel ab, so daß unser Genosse Rohmann gewählt war. Als Schriftführer wurde unser Genosse Baumann mit fünf Stimmen gewählt, zehn Stimmzettel waren unbeschrieben.

Die Wahlen der einzelnen Kommissionen erfolgten auf Grund der Stärke der einzelnen Fraktionen. Bei der Uebernahme des Vorsteherpostens erklärte der Genosse Winkler, daß er diesen Posten trotz aller Schikane der vorgesetzten Behörde im Interesse der Werktätigen ausführen werde.

Der Punkt 3 beschäftigte sich mit einem Vorschlag des Magistrats, und zwar 1. Einführung einer Gemeindegetränkesteuer, diese Steuer wurde mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt. 2. Die Biersteuer, die am 1. Februar verdoppelt werden soll. Die Vorlage des Magistrats wurde mit 8 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Auch hier hofft unser Stadtoberhaupt auf die zwangsweise Einführung der Diktatursteuern durch die vorgesetzte Behörde. Bereits am Sonnabend hat unser Herr Bürgermeister Meyer den Gastwirtschaften ein Schreiben zugesandt, in welchem er den Gastwirten empfiehlt, sich darauf einzurichten, da diese Steuer, trotzdem diese von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt worden ist, zwangsweise von der Aufsichtsbehörde eingeführt werden würde.

Also, Einwohner von Lützen, das Stadtparlament kann beschließen, was es will, die Steuern werden nach Ansicht unseres Herrn Bürgermeisters Meyer bestimmt von der Aufsichtsbehörde.

Arbeiter und Arbeiterinnen! So sieht die vielgepriesene Demokratie der SPD.-Führer aus. Die SPD.-Vertreter in den Aufsichtsbehörden pfeifen auf die Beschlüsse der Gemeinden, diese Leute beugen sich dem Willen der besitzenden Klasse.

SPD.-Arbeiter und Arbeiterinnen, begreift endlich, wie Ihr von Euren Führern verraten werdet, kämpft mit den Kommunisten geschlossen gegen die Ausbeutung der Arbeiterklasse. Verweigert die Zahlung dieser Diktatursteuern! Tretet ein in die Reihen der Kommunistischen Partei. Geschlossener Kampf verbürgt den Erfolg.

Die KPD. und ihre Presse ist die Helferin aller Ausgebeuteten

A.-K. Rössuln. Der „Volksboten"-Schmierer hat ziemlich lange dazu gebraucht, bis er sich von seinem Schreck, der ihm durch den Artikel im „Klassenkampf" eingejagt worden ist, erholt hat. Nur durch die schändlichsten Lügen und Verleumdungen bringt er die SPD. in Rössuln noch fertig, die Arbeiter bei der Stange zu halten. In seinem letzten Artikel schreibt dieser Berichterstatter des „Volksboten" davon, daß es doch bezeichnend für die Kommunisten ist, daß diese sich zum Sprecher für die Bauern hergeben.

Jawohl, Ihr Herren Sozialfaschisten, wenn es gilt, Eure Betrügereien und Schiebereien aufzudecken, wenn es gilt, die Wahrheit zu sagen, dann werden wir auch stets als Sprecher sogar der mittleren Bauern auftreten. Außerdem ist es ja klar, daß besonders die kleineren Bauern alle doch nur Ausgebeutete des kapitalistischen Systems sind und daß es da selbstverständlich ist, daß auch die Kommunisten deren Interessen vertreten.

Die kommunistischen Anträge auf Winterbeihilfe werden von dem „Volksboten"-Schmierer als Agitationsanträge bezeichnet. Der Kerl verdient es, ganz energisch zurechtgestaucht zu werden. **Wir agitieren nicht mit der großen Not der Erwerbslosen, sondern kämpfen, daß deren Elendslage gebessert wird.**

Die Kampfkonferenzen, die an vielen Orten des Bezirks bereits durchgeführt worden sind, haben bewiesen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter, die Kleinbauern, die Arbeiterfrauen, wie alle anderen Ausgebeuteten des werktätigen Volkes in seinem sehr weitem Maße schon erkannt haben, daß nur die Einheitsfront aller Werktätigen über die Köpfe der sozialfaschistischen und nationalsozialistischen Führer hinweg den Sieg des Proletariats über die Ausbeuter sichern kann.

Die Arbeiterschaft von Rössuln, Köpsen und Umgegend wird aus den Schmierereien die Lehre ziehen, dieses Schmierblatt aus dem Hause werfen, den „Klassenkampf" lesen und sich in der Kommunistischen Partei, der einzigen Arbeiterpartei, organisieren.

Mansfeld-Sangerhausen

Rote-Hilfe-Ortsgruppe protestiert gegen Steuerstreikprozesse

A.-K. Hettstedt. In der am 17. Januar stattgefundenen Mitgliederversammlung der Roten Hilfe, Ortsgruppe Hettstedt, wurde u. a. Stellung genommen gegen die Klassenjustiz in der Sache der Steuerstreikprozesse. Nach einer ausgiebigen Aussprache wurde die nachstehende Resolution einstimmig angenommen und an den Reichsjustizminister in Berlin abgesandt.

Resolution

Die Ortsgruppe Hettstedt der Roten Hilfe Deutschlands nimmt in seiner Mitgliederversammlung am 17. Januar Stellung zu den augenblicklich schwebenden Prozessen gegen Kommunalfunktionäre wegen öffentlicher Aufforderung zum Steuerstreik gegen die Notverordnungen der Brüning-Regierung und verurteilt aufs Schärfste das Vorgehen der Justiz.

In der Gerichtsverhandlung vom 8 Januar in Halle wurden die Angeklagten freigesprochen und das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß die KPD. hierzu berechtigt war. Anders dagegen beschloß das Gericht in Halle bei einer Verhandlung am 16. Januar. In derselben Sache wurden drei Angeklagte zu 100 Mark und zwei Angeklagte zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Damit hat das Gericht bewiesen, daß es in der deutschen Republik zweierlei Gericht gibt und deshalb fordern die 400 Mitglieder der Ortsgruppe Hettstedt:

1. Niederschlagung des gefällten Urteils.
2. Einstellung aller Prozesse in dieser Sache.

Die Ortsgruppe Hettstedt erkennt den Weg der Aufforderung zum Steuerstreik als den richtigen an und ist ebenfalls bereit, infolge der immer größer werdenden Not der Arbeiterklasse gegen diese Notverordnung zu kämpfen.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden zwei Delegierte zur Delegiertenkonferenz zum Kampf gegen den Faschismus nach Eisleben gewählt. Es sind dies ein parteiloses und ein kommunistisches Mitglied. Entsprechende Richtlinien wurden aufgestellt.

Klassenbewußte Arbeiter und Frauen von Hettstedt und Umgebung, heraus!

Die Rote-Hilfe-Ortsgruppe beabsichtigt, in kommenden Wochen Vorträge über folgende Themen zu veranstalten.

1. Grundlagen der Klassenjustiz.
2. Gesetz zum Schutze der Republik.
3. Wie verteidigt sich der Proletarier vor Gericht und Verhalten vor Polizei und Untersuchungsrichter.
4. Wie verteidigt sich der Proletarier vor Gericht. Verhalten vor Gericht und Schnellgericht.
5. Bedeutung und Aufgaben der Roten Hilfe Deutschlands.

Der erste Vortrag findet am Sonnabend, dem 24. Januar, 20 Uhr, im Friedrich-Wilhelm-Bad (Unten rechtes Zimmer) statt. Wir erwarten, daß alle Genossen und Genossinnen der RH. und der KPD. sowie der anderen proletarischen Organisationen diese Vorträge zahlreich besuchen. In Anbetracht des immer schärfer werdenden Terrors ist es Pflicht, daß jeder klassenbewußte Arbeiter sich zu seiner eigenen Sicherheit informiert. Da kein Trinkzwang vorliegt, ist es selbst dem letzten Erwerbslosen möglich, sich die Vorträge anzuhören. Also heraus aus der Unkenntnis — Wissen ist Macht!

Bitterfeld-Wittenberg

Bitterfeld. Tätigkeitsbericht der Arbeiter-Samariter-Kolonne Bitterfeld. Die Kolonne beteiligte sich an zwei Uebungen, die vom Bezirk angesetzt waren. Ein Kursus „Die erste Hilfe bei Unglücksfällen" mit 15 Teilnehmern wurde am 6. April 1930 durch eine Prüfung abgeschlossen. Ein zweiter, gleicher Kursus mit ... Teilnehmern wird voraussichtlich Ende Februar 1931 beendet. In 50 Wochen mit zusammen 276 Dienststunden wurden auf Anforderung gestellt. Die Kolonnenmitglieder leisteten in 149 Fällen erste Hilfe. Die Verletzungen waren meist leichter Art. In 11 Fällen mußte sofort ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310123-12/fragment/page=0010
DFG

Arbeiter-Sport

Nr. 19 — Freitag, 23. Januar 1931

Am Mittwoch, dem 28. Januar, abends 9 Uhr

Gründungsversammlung des Zentralvereins Halle (Saale)

Die erste Etappe auf dem Wege zur Zentralisation des hallischen Arbeitersports

Am kommenden Mittwoch treten die Mitglieder von zwei der größten hallischen Arbeitersportvereine zur Bildung eines Vereins aller Sparten, der die Keimform eines großen hallischen Zentralvereins bilden wird, zusammen. Für die gesamte hallische Arbeitersportbewegung ist dies ein Ereignis von allergrößter Bedeutung. Handelt es sich doch um weit mehr als um die bloße organisatorische Vereinigung von Hunderten von Arbeitersportlern! Diese Zentralisation ist vielmehr

gleichbedeutend mit einer stahlharten Festigung der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit,

mit der Ueberwindung von Vereinsmeierium und sonstigen schlechten Traditionen in der Arbeiterbewegung.

Dabei handelt es sich nur um den Anfang der Zentralisation, die bei ihrer weiteren Durchführung selbstverständlich alle hallischen Arbeitersportvereine erfassen muß.

In Halle sind zunächst in den Vereinen FTS. 1930 und Freier Wassersportverein die Vorarbeiten so weit gediehen, daß am Mittwoch die Vereinigung beider Vereine erfolgen kann. Im Verlaufe der höchst eifrigen politischen Diskussion über die Zentralisation konnten beide Vereine bereits von Schlacken opportunistischer Anschauungen und opportunistischer Sportpraxis, soweit sie die Entwicklung dieser Vereine hemmten, gereinigt werden. Das sei ausdrücklich festgestellt, um daran zu zeigen, daß die Arbeitersportler durch die Zentralisation auch ein höheres politisches Niveau zu erklimmen in der Lage sind. Außer dieser

Verbesserung des inneren Gehalts unserer roten Sportbewegung

erweist sich die Zentralisation aber auch gleichzeitig als das beste Mittel zur Verbreiterung und Vertiefung der sportlichen Erziehungsarbeit der Arbeitersportler. Diese Erziehungsarbeit, die zuentwegt unter dem Gesichtspunkt der Stärkung der Arbeiter für den revolutionären Klassenkampf durchgeführt wird, verschlingt dabei im Zentralverein bei weitem nicht so viele Kräfte als dies in zahlreichen Vereinen im einzelnen der Fall ist. Vom Gesichtspunkt des einzelnen Mitgliedes aus betrachtet, hat

die Zentralisation schließlich auch eine ökonomische Bedeutung,

die darin besteht, daß diesem Mitglied die sportliche Betätigung in allen Sparten bei nur einmaliger Entrichtung eines Vereinsbeitrages ermöglicht wird. Diese Frage des Beitrages wird im Zentralverein um so leichter zu lösen sein, je größer die Zahl seiner Mitglieder wird. Aus alledem ergibt sich deshalb für die Gesamtheit der hallischen Arbeitersportler,

die Gründungsversammlung des Zentralvereins als ein begeisterndes und nachahmenswertes Beispiel für die Konzentration der Kräfte unserer roten Sportbewegung anzusehen.

Diese Gründungsversammlung ist die erste Etappe. Ohne Rast müssen die übrigen Vereine alsdann die gleiche Marschrichtung nehmen wie FTS. 30 und FWV., damit aus dem Zentralverein, der am Mittwoch auf einer immerhin noch verhältnismäßig schmalen Basis gegründet wird, ein ähnlich machtvoller Zentralverein entsteht, wie er in diesen Tagen in Berlin gegründet wurde.

Die Gründung des Berliner Zentralvereins mit seinen über 1000 Mitgliedern ist ein historisches Ereignis von gewaltiger Bedeutung und gleichzeitig ein leuchtendes Beispiel für alle übrigen Arbeitersportler.

Gelegentlich der Gründung eines Zentralvereins in Halle sei auch an alle Arbeiter, die noch keinem Arbeitersportverein angehören, die Mahnung gerichtet, jetzt zum roten Sport zu stoßen und sich in der Gründungsversammlung dem hallischen Zentralverein anzuschließen. Deshalb

fordern die Funktionäre von FWV. und FTS. 30 alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die noch nicht im Arbeitersport organisiert sind, auf, sich am Mittwoch an der Gründungsversammlung zu beteiligen und daselbst als Mitglied dem Zentralverein beizutreten.

Die Gründungsversammlung findet unter Mitwirkung der Arbeiter-Sänger und der Freien Sportkapelle im kleinen Saal des „Volkspark" 21 Uhr statt und dürfte gegen 23 Uhr beendet sein.

Sportgenossen und Sportgenossinnen, erscheint bis auf den letzten Mann zu dieser Versammlung und bringt noch nicht sportlich organisierte Klassengenossen mit.

Heraus, zur Gründungsversammlung im Zeichen der Einheit und Geschlossenheit der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit!

Zentralisation auch in Löbejün!

Rot Sport marschiert! Das bewies die gut besuchte Sportlerversammlung am 17. Januar im „Schwarzen Adler" in Löbejün, wo sämtliche Sportarten vertreten waren und sich mit dem Punkt Zentralisation beschäftigten. Ohne lange zu diskutieren, schlossen sich die Fußballer, Schützen, Athleten, Turner und Sänger zu einem großen Ganzen zusammen. Von jeder Sparte wurden Genossen zum Kampfkongreß der Werktätigen nach Könnern delegiert. Weiter so, Sportgenossen! Sammelt Euch hinter dem roten Banner, so werden uns die Erfolge nicht ausbleiben!

Große Ringkämpfe im „Volkspark"

Um die Entscheidung

Die Kämpfe der Athleten nehmen ihren Fortgang. Morgen kommen die stärksten Kämpfe zum Austrag, da 09 Halle und Könnern als Favorit gelten. Dieser Kampf kann als Entscheidungskampf gewertet werden. Wer guten Sport sehen will, halte sich für Sonntagvormittag frei. Die Kämpfe beginnen pünktlich 11 Uhr.

Die Landeskonferenz der Fußballsparte

die zum Sonntag, dem 25. Januar, in Halle, Lokal „Goldene Berge", einberufen ist, fällt aus technischen Gründen aus.

Fußballsparte Bezirk Weißenfels

Sonntag, den 1. Februar, findet im „Tivoli", 9 Uhr, in Weißenfels eine Vereinsleitertagung statt. Es ist notwendig, daß jeder Verein oder Abteilung vertreten sein muß. Die Vereine werden ersucht, bis 1. Februar die Mitgliedsbücher in Ordnung zu bringen (Lichtbild) und zur Tagung mitzubringen. Nach dem 1. Februar

ohne Paß keine Spielerlaubnis. Laut Mitteilung der Reichsleitung und Landesleitung findet in diesem Jahr die Spartakiadenmeisterschaft statt. Alle Vereine, die mit ihren ersten Mannschaften daran teilnehmen wollen, müssen dies bis zum 1. Februar gemeldet haben. Die Spiele finden nach Pokalsystem statt (neutraler Platz). Alles andere wird auf der Bezirkstagung besprochen.

J. A.: Albert Holzschuh, Leipziger Str. 6.

Unterstützt die Opfer des Terrors

Nachdem eine Anzahl Vereine ihre Solidarität zur Unterstützung des Sportgenossen Ernst Klette, Weißenfels, bekundet haben, überwies

HFC. Minerva 5 Mark.

Sportgenossen und Vereine! Sammelt in Euren Versammlungen und helft den Opfern des faschistischen Verrats.

Arbeiter-Athleten, Bezirk Halle

Sonntag, den 25. Januar 1931, vormittags 11 Uhr, im „Volkspark"

Gr. Meisterschafts-Ringkämpfe

Es ringen:

Sportvereinigung Achilles 1. gegen Atlas 1.

Sport-Klub 09 1. gegen Könnern 1.

271

Großer Vorabend in Eisleben

Sonnabend, den 24. Januar, im „Volkshaus".

Die Arbeiter-Sportvereinigung L. Jahn, Eisleben, veranstaltet am Sonnabend, dem 24. Januar, im „Volkshaus" einen großen Boxabend. Es kämpfen Genossen aus Berlin, Wittenberg, Halle, Eisleben. Die Eislebener Arbeiterschaft muß es sich zur Pflicht machen, diese Veranstaltung, erstmalig in dieser Form, zu besuchen. Daß alle Vereinsmitglieder erscheinen, wird als selbstverständlich angenommen. Preise 50 und 70 Pf. Frauen von Mitgliedern frei.

Fußballspiele am 25. Januar

Halle. Am Gimritzer Damm ½15 Uhr: FTS. 30 1. — Lettin 1.
Halle. Am Gestüt ½15 Uhr: Teutonia 1. — Giebichenstein 1.
Halle. Peißnitz ½15 Uhr: Sportlust 1. — Friedrichsschwerz 1.
Amsdorf. ½15 Uhr: Amsdorf 1. — Zscherben 1.
Rietleben. ½15 Uhr: Askania 1. — Gröbers 1.
Brachwitz. 10 Uhr: Brachwitz 3. — Wettin 2. Zscherben. ½10 Uhr: Brachwitz 2. gegen Wettin 1. Fortuna. 240 1 Uhr: Brachwitz 2b — Bennstedt 1. Zscherben. 196 ½15 Uhr: Brachwitz 1. — Cölme 1. Trotha. Das Spiel gegen Cölme 2. fällt aus.
Döllnitz. ½15 Uhr: Döllnitz 1. — Sangerhausen 1.
Eisdorf. ½13 Uhr: Eisdorf 1. — Höhnstedt 1.
Eisleben. ½15 Uhr: Eisleben 1. — Lieskau 1.
Dölau. 14 Uhr: Fortuna 1. — Reideburg 1.
Merseburg. ½15 Uhr: Merseburg 1. — ASB. 1.
Löbejün. ½15 Uhr: Löbejün 1. — Atlas 1.
Ostrau. ½15 Uhr: Ostrau 1. — Könnern 1.
Teicha. ½15 Uhr: Teicha 1. — Bruckdorf 1.
Trotha. ½15 Uhr: Trotha 1. — Minerva 1.
Wansleben. ½15 Uhr: Wansleben 1. — Teutschenthal 1.
Wörmlitz. ½15 Uhr: Wörmlitz 1. — Sportbrüder 1.
Webmar. 13 Uhr: Weßmar 1. — Ammendorf 2.

Union-Weißenfels in Diemitz

U. tritt mit drei Mannschaften in D. an. ½15 Uhr spielen die ersten Mannschaften.

Favorit-Leipzig auf dem Sandanger

Viktoria ist es gelungen, eine führende Mannschaft aus Leipzig auf dem Sandanger zu verpflichten. Mit drei Mannschaften tritt L. an, das Spiel der ersten Mannschaft beginnt 14 Uhr.

Sandersdorf in Zörbig

Z. versucht die Spielstärke höher zu schreiben und verpflichtete den Gruppenmeister S. mit vier Mannschaften. Die erste spielt 15 Uhr.

Handballspiele am 25. Januar

Eisdorf. 15 Uhr: Eisdorf 1. — Unterröblingen 1.
Schraplau. 13 Uhr: Schraplau 1. — Sennewitz 1.
Hohenthurm. 13½ Uhr: Hohenthurm 1. — Gutenberg 1.
Dieskau. 15 Uhr: Dieskau 1. — Reinsdorf 1.
Rietleben. 16 Uhr: Frisch auf 1. — Adler 1.
Wörmlitz. 13½ Uhr: Wörmlitz 1. — Achilles 1.
Osmünde. 15 Uhr: Osmünde 1. — Seeben 1.
Trotha. 13½ Uhr: Trotha 1. — Reideburg 1.
Weißenfels. 14 Uhr: 93 1. — FWB. 1.
Seeben. 14 Uhr: Atlas 1. — Wieskau 1 (Serienspiel).
Halle. Sportplatz Brandberge 14½ Uhr: Cröllwitz 1. — FTS. 30 1.
Turnersparte. 2. Gruppe. Bezirk Halle. (Freie Turnerschaft Giesen.) Unsere Vereinslehrstunde findet statt am Sonntag, dem 25. Januar 1931, in der Abteilung Cursdorf. Wir ersuchen hier mit alle Gruppenvereine der 2. Gruppe im Bezirk Halle, sich restlos an dieser Lehrstunde zu beteiligen.

Die technische Leitung.

Spieländerungen (Handball): Spiel 42 **und** 43 leitet Lungewitz, Adler. Nr. 45 fällt aus. Nr. 44 findet um 10 Uhr statt. Gumbrecht, FTS. 30. Nr. 50 leitet Keil, Reinsdorf.

Folgende Spiele finden noch statt: Nr. 34 10 Uhr: Wörmlitz 2. — Achilles 2. FTS. 30. Nr. 35 13½ Uhr: Wörmlitz 1. — Achilles 1. Scholz, Schwimmer.

Mitteilung. Alle restlichen Strafen von 1930 und die Kopfsteuer für das erste Quartal 1931 müssen Montag unbedingt bezahlt werden, andernfalls erfolgt Schwarzstellung.

Spartenleitung.

So sehen die Amateure aus!

Neues aus dem bürgerlichen Sport-Sumpf

Der Vorstand nimmt „Stakes" — Spieler werden betrogen — Doppelte Eintrittskarten sichern Profit!

Wiederholt nagelten wir die außergewöhnliche Geschäftstüchtigkeit der bürgerlichen Kanonenvereine fest und wiesen darauf hin, daß die ganze bürgerliche Sportbewegung ein Geschäft großen Stils ist, in dem einer den anderen begaunert. Schiebungen, Spielerkauf und laufende Bezahlung der Spieler sind Zustände, die jahrelang bestehen und immer wieder abgestritten werden. Ab und zu, wenn eine Eiterbeule platzte und der Gestank allzu durchdringend wurde, versuchte man diese „Entgleisungen" als Einzelerscheinungen hinzustellen.

Jetzt platzt eine neue Bombe. Unser Gewährsmann übermittelt uns ganz konkrete Angaben über die

Korruption, die im Vorstand von Hertha BSC. herrscht.

Demnach erhielten nicht nur die Spieler ganz ansehnliche Beträge für jedes Spiel, die zwischen 25 und 150 Mark schwankten, sondern auch die Vorstandsmitglieder steckten 100 bis 200 Mark in die eigene Tasche. 15 000 Mark seien so von Mitte Mai bis Mitte August in diese dunklen Kanäle geflossen.

Und wie es gemacht wurde?

Eintrittskarten sind doppelt gedruckt worden, so daß man bei der Abrechnung mit den Spielgegnern diesen auf solche Art den Anteil schmälerte. Da auch in anderen Vereinen nach diesem Rezept verfahren sein dürfte, so ergibt sich also das angenehme Schauspiel, daß ein Ganove den anderen bekaupelte. Bei den Revisionen war dann alles in schönster Ordnung, denn Leute, die irgendwelche fingierte Quittungen unterschrieben, fanden sich immer.

Aber auch die Spieler wurden vom Vereinsvorstand begaunert. So zeigte man sich den Verletzten gegenüber äußerst knickrig, und darin kommt so richtig das wahre Gesicht der bürgerlichen Sportbewegung zum Ausdruck, daß diejenigen, die ihre Knochen für die Interessen anderer gelassen haben, auf den Misthaufen geworfen werden, wenn sie nicht mehr in der Lage sind, ferner als Ausbeutungsobjekt zu fungieren.

In den nächsten Wochen werden wir also noch allerhand nette Geschichten zu hören bekommen. Aber wir wissen auch, daß man ebenso eifrig bemüht sein wird, alles wieder einzurenken und als harmlos hinzustellen. Unsere Aufgabe muß sein, der bürgerlichen Sportbewegung die heuchlerische Maske vom Gesicht zu reißen.

Immer wieder müssen wir mit unseren Klassengenossen, die noch der bürgerlichen Sportbewegung nachlaufen, zeigen, daß die bürgerlichen Verbände nur eine Interessengemeinschaft für die Spitzenvereine sind und daß es für jeden Proletarier Ehrenpflicht sei, diese faschistischen Organisationen nicht nur zu meiden, sondern auch zu bekämpfen.

Darum verstärkte Agitation in den bürgerlichen Organisationen, heran an die Klassengenossen mit der Losung:

Schluß mit diesen arbeiterfeindlichen Organisationen, hinein in die rote Arbeitersportbewegung!

Heute öffentliche Sportler-Versammlung

zum Zwecke der Mobilisierung der Arbeitersportler für den Kampf gegen den Faschismus, der von allen klassenbewußten Arbeitersportlern

im Zeichen des roten Wehrsports

durchgeführt wird. Dem Gedanken des Wehrsports auch in der Versammlung selbst Ausdruck zu verleihen, wird im Anschluß an das Referat

ein Boxkampf: Ko den Faschisten

gezeigt. **Außerdem zeigen rote Sportler**

Jiu-Jitsu-Vorführungen

und gewähren den hallischen Arbeitern damit einen Einblick in den Wehrsportbetrieb der roten Sportvereine. Die Veranstaltung beginnt pünktlich 20 Uhr im „Volkspark" und muß von allen hallischen Werktätigen besucht werden. Vordem sammeln sich die roten Sportvereine und die mit ihnen sympathisierenden Arbeiter zur geschlossenen

Demonstration nach dem „Volkspark"

nach folgendem Plane:

Alle Vereine des Nordens: Antreten 19 Uhr auf dem Paradeplatz.

Alle Vereine des Westens: Antreten 19 Uhr auf dem Weingärtenplatz.

Alle Vereine des Südens: Antreten 19 Uhr Huttenstraße, an der „Granate".

Alle Vereine des Zentrums: Antreten 19 Uhr auf dem Hallmarkt.

Stellplatz für die Spielmannszüge:

ASC.-Spielmannszug auf dem Hallmarkt, Atlas-Spielmannszug, Huttenstraße, ASC.-Schalmeienkapelle Weingärtenplatz.

Der Kartellvorstand.

An die Vereine des Landesgebiets Sachsen-Anhalt!

Alle Beiträge an die Landesleitung sind an Sportgenossen Arno Pezold, Postscheck Leipzig 216 66, zu senden. Auf allen Abschnitten muß die genaue Bezeichnung für die Einzahlung vermerkt werden.

Vereinsmitteilungen

Außerordentliche Generalversammlung von FTS. 30 am Mittwoch, dem 28. Januar, 20 Uhr, im Mittelzimmer des „Volkspark". Die Mitglieder aller Abteilungen müssen restlos erscheinen. 19 Uhr Sitzung des Gesamtvorstandes.

ASC.-Spielmannszug tritt nicht wie bisher gemeldet, sondern endgültig 19 Uhr Hallmarkt an!

Arbeiter-Schachklub Halle. Achtung! Die Abfahrt nach Köthen erfolgt am Sonntag, dem 25. Januar 1931, vormittags 7.40 Uhr vom Hallmarkt. Treffpunkt ¾8 Uhr an den Haltestellen der Omnibuslinien.

Spielmannszug der Gruppe Teuchern. Sonntag, den 25. Januar, vormittags 9 Uhr, findet im Gasthof Runthal laut Beschluß der letzten Uebungsstunde unsere Gruppen-Uebungsstunde statt. Signalhörner mitbringen, um den „Russischen Rotgardistenmarsch" in der Gruppe einzuüben. Nach der Uebungsstunde Jahresversammlung. Zahlreiche Beteiligung sämtlicher Spielmannszüge ist erwünscht.

Der Obmann.

FTS. 30 (Handball). Sonnabend, den 24. Januar 1931. Vollsitzung aller Sportler 19½ Uhr in der „Sonne". Anschließend Mannschaftssitzung der 1. Mannschaft. Restloses Erscheinen ist Pflicht. Sehr wichtig! 263

Freier Wassersportverein. Sonnabend, 24. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Protokoll. 2. Eingänge. 3. Berichte: a) Geschäftsbericht, b) Kassenbericht, c) Technischer Bericht. 4. Bericht über die bisherigen Arbeiten der Zentralisation. 5. Vorstandswahl. 6. Verschiedenes. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht. Dienstag, den 20. Januar, 20 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung im Bade. Erscheinen aller ist Pflicht. Mittwoch, den 21. Januar 1931, 20 Uhr, im Bade kombinierte Funktionärsitzung von FTS. 30 und FWB. Erscheinen sämtlicher Funktionäre ist unbedingt erforderlich. 264

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310123-12/fragment/page=0011

Rund um den Erdball

Arbeiter aus Sibirien entlarvt die Lügenstatistik der „Kölnischen Jllustrierten“

So leben wir in Tomsk – und wie lebt ihr?

Ein Bremer Arbeiter warnt seine deutschen Klassengenossen vor der Hetzpropaganda der Antibolschewisten

Das Zentralorgan der KPD., die „Rote Fahne“, erhielt vor einigen Tagen aus Tomsk in Sibirien den im nachfolgenden veröffentlichten Brief eines deutschen Arbeiters aus Bremen. Als ständiger Leser der „Roten Fahne“ las er in der Ausgabe vom 21. Dezember die idiotischen „Statistiken“ der „Kölnischen Illustrierten Zeitung“, die damit beweisen wollte, daß Sowjetrußland nichts mehr und nichts weniger als eine Arbeiterhölle darstelle. Hier die Antwort eines derjenigen, der in dieser „Arbeiterhölle“ schmachtet:

Unsere Wohnungsverhältnisse

„Ungeachtet dessen, daß ich in dem weiten Sibirien lebe, lese ich doch mit großem Interesse die „Rote Fahne“, die ich durch das Bergbau-Technikum in Tomsk pünktlich und regelmäßig erhalte. Durch sie bleiben wir deutschen Arbeiter über den schweren Kampf unserer deutschen Klassengenossen auf dem Laufenden. Gleichzeitig aber ersehen wir daraus, wie polizeiwidrig dumm die Antibolschewisten vom Schlage der Herren Redakteure der „Kölnischen Illustrierten Zeitung“, mit deren Quark wir uns heute beschäftigen wollen, eigentlich sind. Nach den Angaben der „Kölnischen Illustrierten“ sind die Verhältnisse in Sowjetrußland so unerträglich, daß alle vor Hunger längst krepiert sein müßten. Wie ist es aber in Wirklichkeit?

Ich lebe z. B. in Tomsk in Sibirien. Da Tomsk keine Industriestadt ist, so bekommen wir sämtliche Waren, wie Schuhzeug, Kleidung, Konserven, Seife usw. aus Moskau. Der ungelernte Arbeiter verdient hier 50 bis 100 Rubel im Monat, der gelernte 150 bis 300 Rubel. Gute Spezialisten verdienen darüber hinaus. Das Wohnungsproblem, zwar im Augenblick noch nicht vollständig befriedigend, wird durch eifriges Bauen bald gelöst sein. Denn man muß wissen: Tomsk ist eine Universitätsstadt, in der Tausende von Arbeitern und Bauern zu roten Spezialisten herangebildet werden, und da die Zahl der Studenten sich in diesem Jahre, in Erfüllung des Fünfjahrplanes, um einige tausend vergrößert hat, so ist es mit der Wohnungsfrage etwas knapp. Doch keiner braucht deshalb auf der Straße zu liegen! Jeder hat ein Obdach zu angenehm billigem Preis, denn es besteht ein fester Tarif, der niemals überschritten werden darf. Vermieter, die diesen Tarif nicht einhalten, werden auf das strengste bestraft. Für einen Arbeiter mit einem Monatsgehalt von 50 Rubel kostet hier in Tomsk ein unmöbliertes Zimmer 1 Rubel 50 Kopeken, der Arbeiter aber, der 100 Rubel verdient, bezahlt für dasselbe Zimmer 3 Rubel, derjenige, der 150 Rubel im Monat hat, muß für das Zimmer 4 Rubel 50 Kopeken bezahlen. Ich selber habe eine Wohnung, bestehend aus drei Zimmern, muß 15 Rubel 20 Kopeken bezahlen, da mein Monatsgehalt über 300 Rubel beträgt. Eine Küche brauchen wir nicht, denn nach unserem Kantinenessen würde sich mancher deutsche Arbeiter die Finger lecken.

Unsere Lebensmittelpreise

Hell aufgelacht haben meine deutschen Arbeitskollegen, als ich ihnen aus der „Roten Fahne“ die Statistik der „Kölnischen Illustrierten“ vorlas, wie da über Preise in Moskau das Blaue vom Himmel heruntergelogen wird. Da unsere Konsumgenossenschaften fast sämtliche Bedarfswaren aus den Moskauer Fabriken beziehen, so kann ich mir absolut nicht vorstellen, daß die Moskauer Ware in Moskau teurer sein soll als bei uns in Tomsk, zumal Tomsk 4000 Kilometer von Moskau entfernt ist. Wir bezahlen also für:

Preise nach Angabe des Arbeiters	Lügenpreise der „Köln. Illustrierten“
1 Anzug 25–60 Rubel	1 Anzug 216 und 1700 Mark
1 Stück Seife 20 Kopeken	1 Stück Seife 2–17 Mark
1 Pfd. weiß. Brot 4–5 Kopeken	1 Pfund weißes Brot 1,08 Mark
1 Kilo Fleisch 0,80–1,20 Rubel	1 Pfund Fleisch 6,50 Mark
1 Kilo Butter 2,50 Rubel	1 Pfund Butter 21,60 Mark
1 Kilo Zucker 71 Kopeken	1 Pfund Zucker 5,30 Mark
1 Pfund Tee 3,20 Rubel	1 Pfund Tee 65 Mark

Wem, deutscher Arbeiter, glaubst du nun mehr, uns oder den Hetzern der „Köln. Illustrierten“?

Ich könnte die Liste unserer Preise für Bedarfsartikel noch beliebig verlängern, doch glaube ich, den deutschen Arbeitern bereits auch durch diese paar Vergleiche genügend gezeigt zu haben, wie hundsgemein und dabei so polizeiwidrig dumm die Antibolschewisten über Sowjetrußland lügen. Doch bin ich überzeugt, daß kein deutscher Arbeiter diesen und den sozialdemokratischen Hetzpropagandisten auf den Leim kriecht. Im übrigen, deutsche Arbeiter, überzeugt Euch doch selbst, wie wir hier leben und wählt Delegierte. Die russischen Arbeiter nehmen sämtliche Unkosten auf sich, damit Ihr durch Eure eigenen Klassengenossen erfahrt, wie wir am Sozialismus bauen. Nun wißt Ihr also, wie wir hier leben! Und Ihr? Wie lebt Ihr im Young-Deutschland? Mit kommunistischem Gruß

Karl Evers, Tomsk, Sibirien,
Jardikowskaja Nr. 3, Wohn. 4.

Hochwasser in Holland

Der schwere Sturm der letzten Tage hat das Wasser der Nordsee in die holländischen Flußmündungen und Hafen hineingedrückt und dort riesige Ueberschwemmungen verursacht. Unser Bild zeigt die Straße in einer Vorstadt von Rotterdam.

Immer noch Giftgas im Maastal

Stickstoffabrik die Ursache?

Brüssel, 22. Januar. Am Mittwoch nachmittag wurden im belgischen Maastal, insbesondere in der Nähe des Städchens Tilleur wiederum giftige Nebel festgestellt. Fluchtartig verließen die Bewohner ihre Häuser und waren nicht zu bewegen, zurückzukommen. Allem Anschein nach entströmen die Giftgase, die bereits viel Unheil angerichtet haben, einer chemischen Fabrik an der Maas, die Stickstoff bearbeitet. Bisher ist allerdings noch kein Todesopfer gemeldet worden.

Explosion in einem schottischen Bergwerk

5 Feuerwehrleute erstickt — 5 Kumpels getötet — Mehrere schwer verletzt

London, 22. Januar. Eine folgenschwere Kohlenstaubexplosion ereignete sich in einem Bergwerk bei Auchengren in der Grafschaft Lanark. Fünf Bergleute wurden dabei getötet und mehrere schwer verletzt. Von den Rettungsmannschaften mußten sechs mit Gasvergiftungen in das Krankenhaus gebracht werden, wo sie bald nach ihrer Einlieferung starben.

Selbstmord eines Schupobeamten

Der 25jährige Schupowachtmeister Welken hat sich auf der Polizeiwache am Frankfurter Flughafen erschossen. Auf dem Tisch fand man das Bild seiner Frau, mit der er sich erst vor kurzem verheiratet hatte. In einem Brief teilte er ihr mit, daß er aus dem Grunde aus dem Leben scheide, weil sich sein nervöses Leiden ständig verschlimmere.

Tausend verlangt 5 Millionen Schadenersatz

Soll Ludendorff nicht vernommen werden?

Beginn des Zeugenverhörs im Tausend-Prozeß

München, 22. Januar. Wie bekannt wird, soll der Hauptheld im Münchener Alchimisten und Idioten-Prozeß, also Franz Tausend, gestern zu einem ihn begleitenden Kriminalbeamten geäußert haben, daß er unschuldig sei und für die erlittene Untersuchungshaft 5 Millionen Mark Schadenersatz verlangen würde. Die Vernehmung des Angeklagten wurde heute beendet.

Als erster Zeuge wurde der völkische Referendar Rudolf Rienhardt vernommen, der als erster Kompagnon Tausends zu betrachten ist. Die 100 000 Mark, die er dem Goldmacher zur Verfügung stellte, stammten von seiner Braut. Er war es auch, der Ludendorff mit Tausend in Verbindung brachte.

Vorsitzender: „Sie sagten gestern, daß auch andere ohne Hilfe Tausends Erfolge erzielt haben. War diesen denn das Goldmacherverfahren bekannt?“

Rienhardt: „Es wurde nach den verschiedensten Methoden experimentiert. Im Laboratorium in Gilching wurde anders gearbeitet als später in der Münze. In das erste Verfahren war nur General Ludendorff eingeweiht. Der Erlös sollte nur dem Volksganzen dienen, ohne privatwirtschaftliches Interesse Tausends. Im übrigen wurde bei diesen Experimenten mehr nach Gefühl als nach Beobachtungen verfahren.“

Verteidiger: „Stimmt es, daß die ersten Mitarbeiter ausschließlich aus dem engsten Kreise Ludendorffs gewählt wurden?“

Rienhardt: „Ja, es waren persönliche Bekannte Ludendorffs.“

Des weiteren wurden die zweideutigen Geschäftspraktiken mit Ludendorffs Käseblättchen, dem „Völkischen Kurier“, erörtert. Der Zeuge Rienhardt wird bei dieser Angelegenheit immer vorsichtiger mit seinen Aussagen, doch konnten Verteidiger und Vorsitzender einwandfrei feststellen, daß von den 750 000 Mark bereits vor der Gründung der „Studiengesellschaft Tausend“ mehr als die Hälfte zur „Erneuerung des Vaterlandes“ verbraucht waren. Die Aussicht auf den riesigen Goldsegen aus der Tausendschen Goldmünze hatte diese nationale und reaktionäre Gesellschaft äußerst leichtsinnig gemacht.

Ludendorffs Stiefsohn marschiert auf

Kaufmann Heinz Pernet, Ludendorffs Stiefsohn, erklärt als Zeuge, daß er im April 1926 von seinem Papa den Auftrag erhalten habe, „Mitarbeiter“ von Tausend zu werden. Im Anfang habe er gegenüber Tausend Mißtrauen gehegt. Doch als von etwa 40 Versuchen Tausends nur einer bis zwei negativ verlaufen wären, habe er zu der Goldmacherkunst Tausends unbedingtes Zutrauen erhalten. Bis auf die Fingernägel habe er den Goldmacher beobachtet, aber nie etwas verdächtiges bemerkt. Doch habe er die Gewißheit, daß Tausend von der Goldmacherkunst mehr wisse, als er sage.

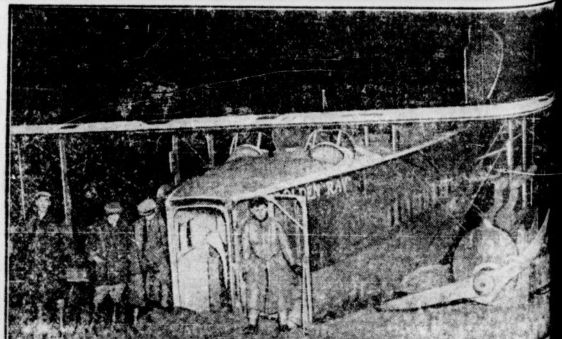
Es scheint, als ob das Münchener Gericht dem Generalgeneppten Tausends, also Ludendorff, die Blamage ersparen will, als Zeuge hier zu erscheinen. Gegen diese offenkundige Bevorzugung muß von allem Anfang an auf das energischste protestiert werden. Ludendorff muß als Zeuge erscheinen, denn die Arbeiteröffentlichkeit, und besonders die vielen Hunderttausend Muschkoten des Weltkrieges, haben ein Recht, zu erfahren, welcher Wirrkopf sie jahrelang an der Nase und in dem Dreck der Schützengräben herumgeführt hat.

Grippeseuche in Englands Mittelmeerflotte

Die Grippeseuche hat nunmehr auch in der englischen Mittelmeerflotte größere Ausbreitung erhalten. Die Besatzungen der Schlachtkreuzer „Tiger“, „Renown“, „Repulse“ und „Warspite“ kamen in Quarantäne.

Notlandung eines französischen Goldflugzeuges

Ein französisches Flugzeug — unser Bild —, das mit einer Goldladung im Werte von 1,6 Millionen Mark von London unterwegs war, mußte in Süd-England notlanden und erlitt dabei schwere Beschädigungen. Mit dem Revolver in der Hand hielt einer der Piloten Wache bei dem kostbaren Transportgut, bis sein Begleiter Hilfe herbeigeholt hatte, bis das Geld wieder in Sicherheit gebracht war.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310123-12/fragment/page=0012